

Arbeiterstimme

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Ostachsen
Beilagen: Der rote Stern / Der kommunistische Genossenschaftler / Wirtschaftliche Rundschau / Kunst und Wissen / Für unsere Frauen / Die Energie

Bezugspreis monatl. frei Haus 2,50 M. (Halbmonatl. 1,25 M.) durch die Post bezogen monatl. 2,20 M. (ohne
Schuldungsgebühr) / Verlag: Dresdner Verlagsgesellschaft m. b. H. Dresden-2 / Geschäftsstelle u. Expedition
Güterbahnhofstr. 2 / Fernsprecher: 17259 / Postfachkonto: Dresden Nr. 18690. Dresdner Verlagsgesellschaft
Schriftleitung: Dresden-2, Güterbahnhofstr. 2 / Fernspr. Amt Dresden Nr. 17259 / Drahtanschrift: Arbeiter-
stimme Dresden / Sprechstunden der Redaktion: Wochentags 4-6 Uhr (außer Dienstag u. Donnerstag)

Anzeigenpreis: Die neunmal gebaltene Nonpareilzeile oder deren Raum 0,35 RM. für Familien-
anzeigen 0,20 RM. für die Reklamezeile anschließend an den dreispaltigen Teil einer Textseite 1,50 RM.
Zweispaltige Anzeigen wochentags bis 9 Uhr vormittags in der Expedition Dresden-2, Güterbahnhof-
straße 2 / Die „Arbeiterstimme“ erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen / In Fällen höherer
Verwaltung besteht kein Anspruch auf Vierung der Zeitung oder auf Zurückzahlung des Bezugspreises

4. Jahrgang

Dresden, Sonnabend den 19. Mai 1928

Nummer 116



Joh. Hartfeld

5 Finger hat die Hand
mit **5** packst Du den Feind!
Wählt Liste **5**
Kommunistische Partei!

Die Mörder schänden ihr Opfer

Von Paul Trölich

Es ist bei allen arbeiterteindlichen Parteien von allerhöchster Bedeutung, ihre Schutzecken vor den Wägen zu rechtfertigen, indem sie die Worte der wirklichen Arbeiterführer entleeren, aus dem Zusammenhang herausreißen und ihnen durch eine raffinierte Zusammenstellung einen ganz anderen, einen direkt entgegengesetzten Sinn geben. Das ist so tausendfach geschehen worden, daß man sich nicht aufzuringeln braucht, wenn es zum tausendsten Male wieder geschieht. Man trübt sich darüber mit dem Worte von Marx: Die Lüge ist eine europäische Macht. Aber es gibt Grenzen auch für die Schamlosigkeit! Dico mal ist es der Leipziger Volkszeitung — ausgerechnet diesem Blatt, das seine großen Zeiten unter Bruno Schönlank, Franz Wehring und Rosa Luxemburg erlebte. Ihm ist es gelungen, diese Grenzen zu durchbrechen und einen Gipfel der Gemeinheit zu erklimmen. Es brachte dieser Tage folgende Notiz:

Hineinpressen in den bürgerlichen Staat Was sagte Rosa Luxemburg?

Auf dem Gründungsparteiabend der Kommunistischen Partei Deutschlands hat Rosa Luxemburg die Situation durchaus zurechtend in folgenden Sätzen gekennzeichnet:

„Weider sind wir noch nicht so weit, um durch den Sturz der Regierung den Sieg des Sozialismus zu sichern. Die Wählerüberwindung soll nicht eine einmalige, sondern eine fortwährende sein, indem wir uns hineinpressen in den bürgerlichen Staat, bis wir alle Positionen besitzen und sie mit Fäusten und Nägeln verteidigen. Die Masse muß, indem sie Macht ausübt, lernen, Macht auszuüben. Es gibt kein anderes Mittel, ihr das beizubringen.“

Da Rosa Luxemburg, wenn sie noch lebte, heute noch Mitglied der Kommunistischen Partei sein würde, bliebe dahingestellt. Die Sozialdemokratie hält sich jedenfalls an das ihr aufgestellte Programm.

Was tun die Kommunisten? Sie reden, reden, reden... Also da haben wir es schwarz auf weiß: Rosa Luxemburg als Verteidigerin der Koalitionspolitik. Derselbe Rosa Luxemburg, die einst den Satz schrieb und in eingehenden Auseinandersetzungen begründete:

„In der bürgerlichen Gesellschaft ist der Sozialdemokratie dem Wesen nach die Rolle einer oppositionellen Partei vorbehalten, als regierende darf sie nur auf den Trümmern des bürgerlichen Staates auftreten.“

Kann leben, daß diese Rosa Luxemburg sich in den bürgerlichen Staat hineinpressen wollte. Ministerstempel wollte sie besetzen, Oberpräsident und Polizeirat wollte sie werden. Schultze an Schultze mit Streikmann wollte sie ihr Jahrbuch in die Schranken fordern und mit Stinnes und Co. Arbeitsgemeinschaft stiften. Den 8. 18. wollte sie über den Arbeitern schwingen und Ausnahmeorgane gegen Revolutionäre einrichten. Und am Reichstag von Darmstadt wollte sie mit Heilmann, Bauer und Richter gröhlen: Seid unschuldigen Willkuren! So, nach dem Rezept der glorreichen völkerverhetzenden Sozialdemokratie wollte Rosa Luxemburg die Arbeiterklasse betreten. Die Leipziger Volkszeitung hat es entdeckt, welches die wahre Rosa war. Warum aber so spät? Welche Verwirrung aus der dreimal geheiligten Koalitionspolitik in den Klassenkampf hätte uns das vererbte Blatt ersparen können, wenn es uns rechtzeitig, viel früher, damals als Rosa Luxemburg noch nicht gemordet worden war, ihre Entdeckung mitgeteilt hätte. Die lebende Rosa Luxemburg hätte ihm dann gleich die Bestätigung geben können, wie vorzüglich der wahre Sinn ihrer Gedanken „herausgemittelt“ worden ist.

Aber leben wir uns an, was die lebende, von der Leipziger Volkszeitung noch nicht gekänderte Rosa Luxemburg in ihrer Rede auf dem Gründungsabend gesagt hat. Wir werden dabei die Sätze durchgedrückt hervorheben, die das sozialdemokratische Blatt zitiert, um zu zeigen, mit welcher meißelhaften Niedertracht die Sagen aus dem Luxemburgischen Text herausgelicht und gefälscht worden sind. Andere Genossen sagten:

„Wir dürfen nicht die Situation der ersten Phase der Revolution, der des 9. November weiterpflegen und wiederholen, als sei es überhaupt für den Verlauf der sozialistischen Revolution genügend die sozialistische Regierung zu führen und durch eine andere zu ersetzen. Nur dadurch kann man den Sieg der proletarischen Revolution herbeiführen, daß man umgekehrt anfängt, die Regierung Ebert-Scheidemann zu unterminieren durch einen sozialen, revolutionären Massenkampf des Proletariats auf Straß und Treib. Auch möchte ich sie hier an einige Unzulänglichkeiten der ersten Revolution erinnern, die nicht mit der ersten Phase überwunden worden sind, sondern deutlich zeigen, daß wir selber noch nicht so weit sind, um durch den Sturz der Regierung den Sieg des Sozialismus zu sichern. Ich habe ihnen darzulegen erlaubt, daß die Revolution des 9. November vor allem eine politische Revolution war, während sie in der Hauptsache noch eine ökonomische werden muß. Sie war aber auch nur eine städtische Revolution, das heißt Land ist bis jetzt so gut wie unberührt geblieben. Gegen die drohende Konterrevolutionäre Macht gibt es kein anderes Mittel, als den Klassenkampf auf's Land hinauszutragen, gegen das Bauerntum das landlose Proletariat und das Kleinbauerntum mobil zu machen.“

Daraus ergibt sich, was wir zu tun haben, um die Voraussetzungen des Gelingens der Revolution zu sichern, und ich möchte andere nächsten Wähler deshalb dahin zusammenfassen: Wir müssen vor allen Dingen das System der Arbeiter- und Soldatenräte, in der Hauptsache das System der Arbeiterräte in der Zukunft ausbauen nach allen Richtungen hin. Was wir am 9. November übernommen haben, sind nur schwache Anfänge und nicht bloß das. Wir haben in der ersten Phase der Revolution sogar große Nachmittage wieder verloren. Wir müssen deshalb nicht bloß das Arbeiter- und Soldatenräte-System ausbauen, sondern auch die Vorkämpfer- und Kleinbauern in dieses System der Räte einführen. Wir müssen die Räte ergreifen. Wir müssen uns die Kräfte der Wachregierung verlegen als die Frage: was tun, was kann, was soll jeder Arbeiter- und Soldatenrat in Deutschland? Dort liegt die Macht. Wir müssen von unten auf den bürgerlichen Staat ausheulen, indem wir überall die öffentliche Macht, Gesetzgebung und Verwaltung nicht mehr trennen, sondern vereinigen, in die Hände der Arbeiter- und Soldatenräte bringen.

Es ist Zeit und Gelegenheit, eine verhasste Tatsache wieder ans Licht zu ziehen. Am 14. Januar 1919 erschien Nr. 1 der „Volkswacht“, Mitteilungsblatt der freiwilligen Hilfstruppe in Berlin. Darin wurde unter dem 13. Januar folgendes mitgeteilt:

„Es ist die Befürchtung laut geworden, daß die Regierung in ihrem Vorgehen gegen die Spartakisten nachlassen könnte. Wie was von maßgebender Seite berichtet wird, wird man sich mit dem bisher Erreichten keineswegs begnügen, sondern auch gegen die Hauptkräfte der Bewegung mit aller Energie vorgehen. Die Berliner Bevölkerung soll nicht glauben, daß die vorläufige Entlassung der nächsten Tage eine ruhigen Tages ereignet werden. Schon die nächsten Tage werden zeigen, daß auch mit ihnen Ernst gemacht wird.“

Diese „Volkswacht“ trägt den Vermerk: „Schriftleitung Fritz Hent, 1. H. Reichstag.“ Diesem Herrn Fritz Hent ist durch Gerichtsurteil auf Grund zahlreicher Zeugenaussagen bestätigt worden, daß er im Regiment Karl Liebknecht und Rosa Luxemburgs angeboten hat. Dieser Fritz Hent ist der Schwiegersohn des Herrn Philipp Scheidemann, damaligen Volksbeauftragten der deutschen sozialistischen Republik.

Nach der Ermordung Rosa Luxemburgs und Karl Liebknechts hat die Leipziger Volkszeitung mit Recht die Führer der Sozialdemokratie als die Urheber des Mordes, die Verantwortlichen für den Mord bezeichnet.

Und jetzt mag es die Leipziger Volkszeitung, die sich als eine Bekämpferin der sozialdemokratischen Koalitionspolitik aufspielt, dieselbe Rosa Luxemburg, das Opfer der sozialdemokratischen Politik, durch Fälschung zur Kronzeugin für diese sozialdemokratische Politik zu heimpeln!

Näher! Mörder! Vorkämpfer!
Parteiangehörige! Das ist ein gewaltiges Feld, das zu besetzen ist. Wir müssen vorbereiten von unten auf, den Arbeiter- und Soldatenräte eine solche Macht geben, daß wenn die Regierung Ebert-Scheidemann oder irgendeine ihr ähnliche gestürzt wird, dies dann nur der Schlusssatz ist. So soll die Wählerüberwindung nicht eine einmalige, sondern eine fortwährende sein, indem wir uns hineinpressen in den bürgerlichen Staat, bis wir alle Posi-

Morgen früh 8 Uhr in allen Orten alle Mann an Bord! In den Versammlungslokalen Flugblattverteilen

Die Sozialdemokraten unternehmen in letzter Stunde alles, um mit den wüsteiten Verleumdungen gegen die Kommunisten zu wehen. Wir haben gestern schon aus einer sozialdemokratischen Zeitung einen Abfall veröffentlicht, in dem diese selbst erklärte, daß die gemeine Kommunistenbezeichnung nur dazu diene, die Arbeiter an der Seite der Imperialisten in den nächsten Krieg zu treiben.

Die SPD schmeißt aber noch Wahlbomben heraus. Die Methode der gefälschten Einwohnerrbriefe wird Allgemeingut der Sozialdemokraten.

In letzter Stunde! Der Gipfel der Niedertracht — Wahlbomben der SPD — Schmutzige Korruption — Verdrehungen — Banditenmanieren

Die Sozialdemokraten unternehmen in letzter Stunde alles, um mit den wüsteiten Verleumdungen gegen die Kommunisten zu wehen. Wir haben gestern schon aus einer sozialdemokratischen Zeitung einen Abfall veröffentlicht, in dem diese selbst erklärte, daß die gemeine Kommunistenbezeichnung nur dazu diene, die Arbeiter an der Seite der Imperialisten in den nächsten Krieg zu treiben.

Die SPD schmeißt aber noch Wahlbomben heraus. Die Methode der gefälschten Einwohnerrbriefe wird Allgemeingut der Sozialdemokraten.

Kommunisten, Gememord Kommunisten erziehen einen Reichsbannermann Marx Hoelz hat die SPD an Marx Hoelz von der SPD verraten

Unter diesen lächerlichen Anschuldigungen schützt die SPD ihre Giftblätter über die SPD aus. Wir wollen diese Verleumdungen hier ein wenig richtigstellen. Ueber den „Gememord“ schreibt die SPD-Fresse: „Es wird bekannt, daß ein Gememord beabsichtigt sein sollte“. Die Unternehmung sei noch nicht abgeschlossen.

Das Weib lügt

In Kangerode in einer Frauenversammlung erklärte die sozialdemokratische Rednerin Frau Reichstagsabgeordnete Stemann, um Stimmen zu laugern:

„In der Nähe von Dresden sei ein Großbetrieb, der sich in den Händen der Kommunisten befinde, nun aber sei selbstecht, daß alle Kommunisten dort im Stahlhelm seien.“

Diese Behauptung ist eine erbärmliche Lüge, die nur die Abgeordnete Stemann charakterisiert.

Einer Genosin unserer Partei, die der Lügnerin entgegen treten wollte, gab man nicht das Wort.

„Arbeiterinnen, wollt ihr diese verlogene Gesellschaft wählen?“

es könne jedoch sein, daß sich der Verdacht beistände. Hier zeigt sich schon die Nähe, weder die Polizei noch die SPD kann etwas behaupten — aber, es wird eben verleumdet.

Der zweite Schläger, der „Mord an dem Reichsbannermann“ Unsere Hamburger Organisation schreibt uns zu diesem die aufgelegten Schurke:

Sie wurde heute morgen vor den Hochbahnhöfen folgendes Flugblatt verteilt, das eine eifrige niederträchtige Verleumdung darstellt:

Zwei Reichsbannerleute ermordet!
Arbeiter, Volksgenossen! Völkische und kommunistische Schredensnotizen insonderlichen haben ganz Hamburg in Erregung versetzt.

Am 17. Mai morgens 12.30 Uhr wurde der Reichsbannermann Franz Heberlein erschossen. Den völkischen Mordtaten ist ein lebendes Arbeiterleben zum Opfer gefallen. Am Donnerstagabend haben Volkswächler das Lokal von Krause, Bogelwitz, überfallen. In der Abwehr wurden dann auch einige Kommunisten erschossen.

Das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold Hamburg.

Dieses Flugblatt geht zweifellos von der Reichsbannerführung aus. Die verlogenen Gesellen, die hier bewußt die Tatsachen auf den Kopf stellen und den von Volkswächler verurteilten Mord den Kommunisten in die Schuhe schieben wollen, mögen es nicht, den Namen eines Verantwortlichen unter dieses Schmutzblatt zu legen. Aber auch diese Lüge wird das Blut nicht von den

Wahlergebnisse

sind schnellstens an die Bezirksleitung und an die „Arbeiterstimme“ zu berichten. Die Telefon-Nummern sind: Redaktion der „Arbeiterstimme“: 17.239; Bezirksleitung 28.631. Schriftliche Berichte sind per Express an die Bezirksleitung zu senden. — Berichterstattungen der Kommunistischen Partei, (ab 10 Uhr Porträts und Rezitationen), in denen die Wahlergebnisse bekanntgegeben werden, finden statt im Ullrich-Palast, Pilsener (Kollshaus), Seidenhaus (Deutsches Haus u. Kaffee Schwabe), Königlein (Stadt Dresden) und Gotteluba (Restaurant Hammerhahn); Freiberger (Restaurant Pilsener); Radeberg (Deutsches Haus); Zschornitz (Kollshaus Groß-Zschornitz); Leuben (Kollshaus); Köhler (Kollshaus); Schweitz; und Weinböhler (Wettlingshaus). — In Dresden sind die Zusammenkünfte der Genossinnen und Genossen in den bekannten Zellenstuben.

Bekanntgabe des Wahlergebnisses erfolgt am Sonntag abend an der „Arbeiterstimme“, Güterbahnhofstraße 2 durch Lautsprecher und Lichtbild.

Für den Stadtteil I im Brandenburger Hof und für das Arbeitergebäude Leuben im Kollshaus Leuben werden am Sonntag, dem 29. Mai, abends durch Lautsprecher die Wahlergebnisse bekanntgegeben.

tionen besitzen und sie mit Fäusten und Nägeln verteidigen... Die Arbeiterklasse sollen alle Macht im Staate haben. Nach der Richtung hin haben wir in der nächsten Zeit zu arbeiten, und daraus ergibt sich auch, daß wir mit einer solchen Verleumdung des Kampfes in der nächsten Zeit zu rechnen haben. Es ist nicht gut es, Schritt um Schritt, Schritt um Schritt zu kämpfen in jedem Staat, in jeder Stadt, in jedem Dorf, in jeder Gemeinde, um alle Nachmittage des Staates, die der Bourgeoisie durch um alle Nachmittage des Staates, die der Arbeiter- und Soldatenräte zu übertragen. Dazu müssen aber auch andere Parteien, dazu müssen die Arbeiter- und Soldatenräte erst gebracht werden. Wir müssen die Nation erst dahin bringen, daß der Arbeiter- und Soldatenrat der Debel der Staatsmaschine nach allen Richtungen hin sein soll, daß er jede Gewalt übernehmen muß und sie alle in derselbe Nachwahr der sozialistischen Umwälzung leisten muß. Die Masse muß, indem sie Macht annimmt, lernen, Macht auszuüben. Es gibt kein anderes Mittel, ihr das beizubringen.“

Wir haben den Text der Rede etwas kürzen müssen ohne nur im mindesten seinen Sinn zu verändern. Daraus ergibt sich, daß die zehn Zeilen, die die Leipziger Volkszeitung unter, aus drei Traditionen herausgeholt sind. Und wie! Ist es eine niederträchtigere Fälschung möglich gewesen? Die Kommunistin aus der Taubener Straße will die Arbeiter glauben machen, Rosa Luxemburg habe sie nach Ministerkabinetten gegibt und habe das Heil der Arbeiterklasse davon erwartet, daß die Arbeiter und Reichsbanner mit Marx und Streikmann politen. Rosa Luxemburg aber hat in Wirklichkeit gesagt: Ihr müßt die Arbeiter- und Soldatenräte in den bürgerlichen Staat hineinpressen. Ihr müßt so eine Regierungsfunktion nach der anderen gegen die Regierung Ebert-Scheidemann für eure Kampfgänge erobert. Ihr müßt einen proletarischen Staatsapparat aufbauen, einen Staat im Saate, um den bürgerlichen Staat zu zerbrechen!

In letzter Stunde!

Der Gipfel der Niedertracht — Wahlbomben der SPD — Schmutzige Korruption — Verdrehungen — Banditenmanieren

händen des sozialdemokratischen Kommando abzuweichen kam.

Reichsbannerleute selbst sind Zeugen, Reichsbannermitglieder haben gestern abend in der Gastwirtschaft Fietel, Ecke Volkshausstraße und Bogelwitz unumwunden erklärt: daß Tiedemann von seinen eigenen Kameraden den tödlichen Kopfschuß erhalten hat.

Zeugen sind sowohl die G. A. S. als auch die W. I. N.

Wie ist es mit dem „Verrat an Marx Hoelz?“

Diese sozialdemokratischen Schandbuben, die Marx Hoelz dem Vetter ausgeliefert, die die Zeugen gegen Marx Hoelz laugern, die seine Annahme ablehnen, weil er ein gemeiner Lebender ist. Sie wagen es, die SPD zu bezaubern, sie habe Marx Hoelz verraten.

Was war los? Es ist ganz klar und verständlich, daß ein Mann, der mit dem Gefühl der Unschuld jahrelang im Justizgefängnis und dort gemartert und gequält wird, einmal die Ketten verliert. In einer solchen Stunde glaubte Marx Hoelz nicht genügend von der SPD verraten zu sein. Er schrieb an ein Freund den Sekretär Joseph H. in Frankfurt a. M. ein vertrauliches Schreiben, in dem dieser seiner Meinung Ausdruck gab. Dieser Joseph aber hat das Vertrauen, das Marx Hoelz ihm schenkte, gebrochen. Er hat den Brief, — nachdem er aus der Partei und K. S. ausgestiegen — für 3000 RM. an die SPD verkauft. Korruption und Vertrauensbruch sind neben Lüge und Verleumdung die Waffen der SPD gegen die SPD.

Der Brief von Marx Hoelz ist vom 28. März 1928. Gleich darauf ist der Vertreter der Zentrale, Genosse Galle, nach Sonnenburg zu Hoelz gefahren und hat mit ihm die Weiterverfolgung seiner Freisetzung geregelt.

Marx Hoelz hat darauf an den Genossen Arthur Galle folgenden Brief geschrieben:

„Zusthaus Sonnenburg, 6. April 1928.
Landtagsabgeordneten Genossen Arthur Galle!

„Lieber Arthur, ich glaube, daß du bei deinem letzten P. Studie deutlich gemerkt haben wirst, wie unendlich ich bin, daß durch deine politische geschickten und menschlich klugen Bemühungen ein ganz unvorstellbarer Schwung in die Wiedererweckung gebracht worden ist. Du hast es verstanden, die Wiedererweckungskampagne zu fördern, daß dabei der deutbar größte Hebel die K. S. u. die W. I. N. sind. Diese Partei und die kommunistische Bewegung herauszuheben. Dadurch hast du in mir das ungeheure ausrichtliche Bewußtsein geschäft, daß mein jahrelanges Bestehen im Kerker nicht ganz nutzlos für die kommunistische Sache ist. Durch dein energisches und verständnisvolles Eingreifen als Vertreter der K. S. hast du zum Glück gebracht, daß mein Vertrauen zur Parteileitung heute stärker ist, als je zuvor. In den letzten Jahren habe ich mich nicht einmal in solchen Kontakt mit der Parteileitung wie jetzt durch dich. Ich wünsche nichts mehr, als daß das so bleiben möge. Erhalte mir deine Freundschaft. Mit herzlichem Grüßen bin ich in Treue
dein Marx Hoelz.“

Dieses Schreiben kennzeichnet den sozialdemokratischen Schwindel.

Arbeiter, laßt euch durch die verlogenen Helfer des Kapital nicht irreführen. Järe Hebe gegen die SPD ist Arbeit für die Kapitalisten, für die Imperialisten.

Hebt das Kapital beiseite. Hebt Marx Hoelz und die sozialistischen Genossen beiseite. Wählt die W. I. N. Wählt Kommunisten! Liste 3.

Mordbanditen Ein Sozialdemokrat überfällt einen Jugendgenossen und schlägt ihn blutig

Dresden-Leuben.

Am Freitagabend in der letzten Stunde war unter Jugendgenosse Friedrich Land im Hause Guerickestraße 29 im Leuben, wo er einen Parteigenossen in der 2. Etage aufsuchte. Der in der 1. Etage des selben Hauses wohnende Karl Wehlich, Mitglied der K. S., hatte Friedrich Land herausgerufen und laugerte diesen ab, als er die Treppe wieder herunterkam. Wehlich überfiel Friedrich Land und schlug ihm mit einem harten Gegenstand dermaßen ins Gesicht, daß er blutüberströmt die Treppe heruntertaumelte. Wehlich rief unterem Genossen nach, höflich nach ob er genug habe oder noch mehr wolle. Dann rief er seine Eltern und ihrer drei hatten sie zu tun, um das Blut auf Treppe und Gang abzuwischen. Friedrich Land wurde durch einen Hausbewohner zum Arzt und von dort ins Krankenhaus begleitet werden.

Die Sozialdemokraten können stolz sein auf die Kräfte ihrer Heke. Diese K. S.-Banditen, die immer ihre Bildung herausstreichen zeigen sich als schändliche Mordgeiseln.

Wollt ihr dem Banditentum Vorzug leisten, den Reichsbanner Weg ebnen? Gebt der Mordbande die Antwort: wählt Kommunisten! Liste 3.

Eingeständnis der Verleumdung

Der Hamburger Senat veröffentlicht über die Entdeckung der Reichsbannerleute einen Aufsat, indem er erklärt, es sei noch keine Klärung geschaffen, man könne keine Organisationsverhältnisse feststellen. Damit ist die Verleumdung der SPD schon wieder. Datten Kommunisten den Reichsbannermann erschossen, der uns sich für eine solche Verleumdung nicht entgegen.

Wählt proletarische Kandidaten

Kampf der Koalitionspolitik! für die Arbeiter- und Bauernregierung!



Siegfried Räder
Zimmermann

Die Wahlparole der SPD „Hinein in den Staat“ bedeutet, daß die Sozialdemokratie den Wahlkampf mit dem Ziele der Erhebung einiger Ministerstellen und Beamtenposten führt. Die kommende Reichsregierung soll die Koalition von Stresemann bis Hermann Müller, also die Große Koalition sein.

Bedeutet eine solche Regierung eine Abkehr von dem Kurs der Bourgeoisie?

Gewinnt das Proletariat für seinen Existenzkampf Positionen durch die sozialdemokratischen Koalitionsminister?

Nein und abermals Nein! Die Koalitionspolitik ändert an dem arbeiterfeindlichen Kurs der Bourgeoisie nicht das geringste, sie dient vielmehr der Weiterführung und

Verstärkung der gegen das Proletariat gerichteten kapitalistischen Ausbeutungs- und Unterdrückungspolitik.

Die Koalitionspolitik ist nicht der Weg zur Macht des Proletariats, sondern sie schwächt und spaltet die Arbeiterklasse. Die Steigerung und Festigung der Macht der Bourgeoisie, dies waren die bisherigen Erfolge der sozialdemokratischen Koalitionspolitik.

Die Regierung der Scheidemann, Noske, Schiffer, Erzberger führte im Jahre 1919 einen blutigen Vernichtungsfeldzug gegen das revolutionäre Proletariat.

Unter der Regierung Müller, Koch, Geßler, Schlieff konnten die Kapp-Banden im Jahre 1920 an den Arbeitern blutige Rache für den Widerstand nehmen, den die Arbeiter der Kapp-Regierung entgegensetzten.

Die Regierung Birth, Bauer und Co. züchtete die Schwarze Reichswehr und sonstige weiße Banden zur Unterdrückung des Proletariats.

Die Regierung Stresemann, Schmidt, Sellmann organisierte 1923 den Reichswehrmarsch in Sachsen. Der Sozialdemokrat Ebert verhängte die Seditionstafel.

So sind die Kennzeichen der bisherigen Koalitionspolitik politische Unterdrückung, Raub sozialer Rechte, Reaktion auf allen Gebieten, und diese Politik — so wollen es die sozialdemokratischen Führer — soll ihre Fortsetzung finden.

Werkstätte in Stadt und Land! Wollt ihr diese Politik verhindern, so stärkt die Front des Klassenkampfes gegen die Bourgeoisie!

Wählt rot! Gebt eure Stimme den Kommunisten und kämpft mit ihnen für die Regierung des werktätigen Volkes, für die Regierung der Arbeiter und Bauern!

Siegfried Räder

Proletarische Hausfrau!

Wir leben überall ein eifriges Werben aller Parteien um die Frauenstimmen. An den Plakaten leben schöne „Mutter- und Kind“-Plakate der bürgerlichen Parteien. Diese Parteien, die sonst immer die proletarische Frau als ein minderwertiges Geschöpf betrachteten und behandelten, sie können sich jetzt nicht genug tun in Versprechungen gegenüber den proletarischen Frauenmassen.

Die proletarische Hausfrau, die infolge ihrer vielseitigen, aufreibenden Tätigkeit im Haushalt nicht genügend Zeit findet, sich um die politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse zu küm-



Olga Körner
Hausfrau

mern, fällt oftmals auf solche schöne Versprechungen herein. Werden die bürgerlichen Parteien auch nur ein Versprechen gegenüber den proletarischen Frauen halten? Nein! Diese Parteien sind Klassenvertreterinnen, die die Interessen der verschiedenen Schichten der besitzenden Klasse vertreten. Sie sind sich einzig in der brutalsten Ausbeutung und Entrechtung.

Die proletarische Hausfrau kann sich oft nicht erklären, wie es kommt, daß der Brotpreis schon wieder gestiegen ist, daß die Preise der anderen Lebensmittel steigen, daß ihr Mann sozial Steuern vom Lohn abgezogen bekommt, daß die Miete gestiegen ist. Ja, das kommt daher, daß diese Parteien im Reichstag gemeinsam all dieses beschließen haben. Eine vierköpfige Familie bezahlt heute allein an Zöllen 82 Mark jährlich an die Reichskasse. In allen Lohnkämpfen unterstützten diese Parteien als Vertreter des Kapitals die Unternehmerpläne, die zur Niedrighaltung der Löhne führten. Durch all das ist die Lage der proletarischen Hausfrau schlechter geworden. Das ist das wahre Gesicht dieser bürgerlichen Parteien.

Wie sieht es nun mit der sozialdemokratischen Partei aus, haben ihre Vertreter im Reichstag immer die Interessen der arbeitenden Klasse vertreten? Nein! Auch sie sind nicht für eine restlose Beseitigung der Lebensmittelzölle eingetreten. Bei der Abstimmung über die Anträge der kommunistischen Fraktion auf Aufhebung der Zölle schlug sich die SPD auf die Seite der Bürgerblockparteien. Die Beseitigung der Lohnsteuer lehnten diese Vertreter ebenfalls ab. Ebenso den kommunistischen Gesetzentwurf zum Schutz für Mutter und Kind. Bei Lohnkämpfen haben die Führer der Gewerkschaften die Interessen des Industrie-Proletariats schamlos verraten.

Deshalb in letzter Stunde noch eine ernste Mahnung an die proletarischen Hausfrauen, es kann nicht angehen, daß diejenigen Parteien, die die Interessen der Arbeiterklasse mit Füßen getreten haben, eure Stimme am Wahltage erhalten. Wenn ihr wollt, daß es euch besser geht, dann kämpft mit der kommunistischen Partei, Arbeit und Brot gibt es erst im Arbeiterstaat!

Wählt Kommunisten! Liste 5.



H. Graf
Kriegsbeschädigter

Opfer des Krieges und der Arbeit!

Die Versorgung der Kriegsopter war von jeher der Spielball aller bürgerlichen Parteien einschließlich der SPD, wenn es sich darum handelte, die Stimmung dieser Volksschicht für ihre verätherische Politik zu gewinnen. Besonders in Wahlkampagnen hat man die Kriegsopter immer wieder zu umschmelzen versucht. Die Einlösung des „Danke des Vaterlandes“ wurde gegenüber den Kriegsoptern ebenso zur Phrase wie das Wort von der „sozialen Gerechtigkeit“ gegenüber den Arbeitsoptern, den Opfern des kapitalistischen Ausbeutungs- und Unterdrückungssystems. Wie steht es in Wirklichkeit mit der Versorgung der Kriegsopter aus?

31 600 Offiziere erhalten jährlich an Pensionen 130 045 130 Mark; das sind pro Kopf jährlich 4140 Mark oder monatlich 342 Mark. Für einen Kriegsbeschädigten beträgt die Durchschnittsrente jedoch nur 444 Mark jährlich oder 37 Mark monatlich.

Die Rente der Offizierswitwen beträgt im Durchschnitt jährlich 2700 Mark oder monatlich 230 Mark, die der Kriegswitwen jedoch nur 87 Mark im Monat.

An 1753 Generale, Admirale usw. werden Pensionen von jährlich 10—17 000 Mark gezahlt. Ehemalige 104 Reichskanzler und Minister erhalten Pensionen von durchschnittlich 16 700 Mark jährlich.

Gegen die Erhöhung der Renten stimmten alle Parteien einschließlich der Sozialdemokraten.

Der Nominalbetrag der jetzigen Renten liegt für die Mehrzahl der Beschädigten bis zu 74 Prozent unter den Rentenföhen der früheren Versorgung.

Fast eine halbe Milliarde will die Bürgerblockregierung im kommenden Jahre am Sozialetat sparen. Das bedeutet weitere Verelendung der Kriegs- und Arbeitsopter.

Nur die kommunistische Partei hat bewiesen, daß nur sie allein sich immer konsequent und nachdrücklich für diese Forderungen eingesetzt hat. Sie wird auch weiterhin diesen Kampf um die wirtschaftliche Sicherstellung aller Opfer des kapitalistischen Systems rückwärtslos unterstützen. Darum wählen am 20. Mai alle Kriegsopter

die kommunistische Partei, die Liste 5.

H. Graf.

Vorsitzender des Internationalen Bundes.



Hans Neuhoj
Metallarbeiter

Kriegsopter!

Erneut versuchen alle bürgerlichen Parteien einschließlich der Sozialdemokraten euch einzujagen. Erneut treten sie mit riesigen Versprechungen an euch heran. Denkt dabei an all die Versprechungen, die man euch bereits bei früheren Wahlen machte.

Wohl brachten alle bürgerlichen Parteien und die sozialdemokratische Agitationsauträge im Reichstag ein, die eine Erhöhung der Rente um 100 Prozent vorsahen. Doch, der Einspruch des Reichsfinanzministers genügt, um im Ausschuss die schlechtesten Anträge zurückzugeben oder sogar gegen sie zu stimmen.

Die Sozialdemokraten stimmten für das neue Versorgungsgesetz (5. Novelle). Sie stimmten damit gegen die Wiederaufnahme von den 810 000 aus der Versorgung herausgeworlenen 10 und 20prozentigen Kriegsoptern, ferner dafür, daß die Elternrenten nur um 6 Prozent und die Witwenrenten nur um 8 Prozent erhöht wurden, für die Beibehaltung des 3-Klassen-Systems und für die Kürzung der Zusatzrente.

So steht das wahre Gesicht dieser bürgerlichen Heuchler einschließlich der Sozialdemokraten aus, die heute erneut versuchen, die Stimmen der Kriegsopter zu ergattern.

Kriegsopter!

Nur die Kommunisten waren es im Reichstag, die die gestellten Anträge verteidigten und aufrechterhielten.

Deswegen kann eure Wahl am 20. Mai nicht schwer sein:

Wählt Liste 5!

Hans Neuhoj.

Wie wähle ich?

Der Stimmzettel zur Reichstagswahl trägt an 5. St. die Aufschrift **Kommunistische Partei**. Das ist Nr. 5, die von jedem Werktätigen gewählt wird. Das Kreuz deshalb in den Kreis neben der 5

So

1	PD Für Koalitionspolitik mit Bürgerblock Erwerbungsgegensatz zur Nationalisierung	1	0
2	Demokratische Bürgerliche, Faschistische, Arbeiterpartei Liste 111 Abgeordnete mit 41 Wahlkreisparlamenten	2	0
3	Zentrum Nationalistische, Schulverwalter Liste 6 Abgeordnete mit 50 Wahlkreisparlamenten	3	0
4	Volkspartei Nationalistische, Landarbeiter, Streik Liste 3 Abgeordnete mit 94 Wahlkreisparlamenten	4	0
5	Kommunisten Räder / Graf / G. H.	5	<input checked="" type="checkbox"/>
6	Demokraten Liberalen, Frauen, 1741- und Bürgerliche, Liste 32 Abgeordnete mit 55 Wahlkreisparlamenten	6	0

Ihre Taten!

Die Helfer der Reaktion!

SPD.-Führer . . .

Roste



„Ich habe zugegriffen, obwohl ich wusste, daß ich als Blut-
mörd durch die Revolutionsgeschichte gefehlt werden würde.
Ich habe diese Blutarbeit verrichtet . . . Mein Weg
- einer muß der Blut sein!“
Roste: „Von Kiel bis Rapp.“

Hörning



„Der erste Tag muß blutig sein!“
im mitteldeutschen Aufstand 1921.

Gebering



„Ich bedaure in diesem Kreise wohl kaum daran zu er-
innern, daß ich im Jahre 1919 meine amtliche Tätigkeit mit
einem Kampfe gegen linksgerichtete radi-
kale Elemente unseres Volkes begonnen
habe, daß ich diesen Kampf in der gleichen Richtung 1920
fortgesetzt habe, sowie, daß die Befämpfung der mitteldeut-
schen Unruhen sich auch nicht gegen rechts gerichtet hat.“
Polizeiminister Gebering im Preussischen Landtag am 21. April 1923.

Wels



„Wir haben eine Bewegung der Arbeitermassen nicht zu
fürchten. Wenn sie über unsere Köpfe hinwegzuziehen droht,
werden wir uns an ihre Spitze und biegen die Be-
wegung um, wie 1918.“
Wels in der Reichstagsfraktion August 1923.

„Arbeiter! Genossen! Streikt! Legt die Arbeit nieder! Schneidet
der Weltöffentlichkeit die Luft ab. Kämpft mit jedem Mittel um die
Sicherheit der Republik. Beseitigt alle Spaltungen. Es gibt nur
ein Mittel gegen die Räuber Wilhelm II.: Beseitigung jedes
Mitschuldigen. Seine Hand darf sich nicht rühren.“
Aufruf Wels' im Rapp-Buch.

Zuer



„Nach einer Operation habe ich Meo (der Mörder Eis-
ners! D. R.) als Erwiderung einer Aufmerk-
samkeit einen Blumenstrauß geschenkt.“
E. Zuer, „Münchener Post“, September 1922.

Braun



„Wenn sich nach der Wahl die Herren von der deut-
schen Volkspartei aus dem oppositionellen Scholl-
winkel, in den sie sich freiwillig zurückgezogen haben, wieder
herausbewähren und mit uns gemeinsam arbeiten, dann,
glaube ich, werden wir vielleicht noch mehr Positives zum
Besten unseres preussischen Vaterlandes
leisten können.“ (Echthafter Beifall links.)
Braun im Preussischen Landtag am 16. Dezbr. 1927.

SPD.-Parolen . . .

4. Ostseestrasse, Geneseeh, im 2. Stockwerk 1918.

Vorwärts
Möllners Volksblatt
Publikation des Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Soldaten!
Ruhig in die Kasernen zurück.
Ohne Ordnung keine Sicherung der Volks-
ernährung!
Seht morgen den „Vorwärts“, wo Euch
weitere Mitteilungen bekanntgegeben
werden!

Die neue Regierung.

**Garde-Kavallerie-
Schützen-Division**

ist in Berlin einmarschiert!

Berliner!

Die Division verspricht Euch, nicht
eher die Hauptstadt zu verlassen, als
bis
die Ordnung endgültig wieder
hergestellt ist.

**3000 Mark
Belohnung.**

Es wird belohnt, wer sich an der Bekämpfung der
Kommunisten beteiligt. Die Belohnung beträgt
eine Belohnung bis zur Höhe von
3000 Mark

Der kommunistische General.

Extrablatt „Vorwärts“
Organ der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Offensive gegen Spartakus

**Die
Freiheit**
Berliner Organ
der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Erwerbungsleiter: C. C. C.

Sozialdemokratischer Schwundel entlarvt

Gitterjee. Verstande nur drauf los, etwas wird schon hängen. Nach diesem Motto führt die SPD den Wahlkampf in Gitterjee. Was ist Gitterjee? Welche Parteien hat es in der Stadt zum Sonntag Platze beliebt. Darin wird die SPD-Platze zu jenen, die gerade noch leicht zu gewinnen sind. Doch wir kennen sozial demokratische Wahlkampfstrategien nicht auf solche Weise. Wir wollen sie nicht zu machen. Tatsache aber ist, und davon kann man leicht überzeugen, die SPD-Platze waren am frühen Morgen zum großen Teil abgerissen, zertrümert. Als Beweis hängen noch heute die Reste an der Dresdner Straße. Die SPD-Platze stehen noch alle heute und so kann der Bericht aufteilend Sozialdemokraten unsere Platze abgerissen haben. Die SPD-Platze sind in erst vor einigen Tagen in Burg 2 Reichshausstraße zum Abreißen erlassen worden. Und ist der SPD-Mann M. beim Abreißen nicht auch schon beim Abreißen erwölcht worden? Dazu hat am Sonntag ein SPD-Mitglied geschrieben: „Sozialdemokratischer Schwundel entlarvt“. So! Sozialdemokratischer Schwundel entlarvt man, indem man die Freidenkervereine als kommunistische Wahlvereine einstellt. Der Freidenkerverband hatte beschlossen, im Gruppenbereich öffentliche Versammlungen abzuhalten, um unsere Ideen in breitere Kreise zu tragen. Unser Kulturkampf und die Wahlen zum Reichstag war das Thema der Gitterjee Versammlung. Darin wurde nicht die SPD, sondern die Freidenkervereine abgehandelt, die sich mit den Wahlen beschäftigten? In die Frage der Kulturreaktion nicht ebenso wichtig wie die Wohnungsfrage? Millionenauflüsse für die Kirche, Schmutz- und Schundgeschichten, Ausnahmestellen gegen die proletarische Jugend, das banale Rantordasabsichten in Preußen, Reichsbürgerehren usw. Alles Maßnahmen des Bürgertums, das Proletariat gegen in Fesseln zu schlagen, damit es widerstandslos wirtschaftliche und politische Unterdrückung duldet. Und dazu soll die Kulturorganisation des Proletariats nicht Stellung nehmen, soll nicht die Säulen aufräumen, Gelegenheiten nehmen, neue Mitglieder zu gewinnen? Nach Meinung der SPD nicht!

Weshalb die unerschämte Hege gegen die Aktivität des Freidenkervereins? Die Freidenkervereine sind kommunistische Wahlvereine. Welche Begründung hat die SPD denn dafür? (Vor keine!) Die SPD behauptet: Freidenkervereine würden hauptsächlich verschleudert. Nun, die Kosten für Platze sind gering. Aber 100 Mark Defizit bei der Jugendweihe sind eine Kleinigkeit, wenn es gilt, den Willen der SPD durchzusetzen. Die SPD jammert über parteipolitische Ausnutzung der Freidenkerbewegung durch die Kommunisten, ohne Beweise dafür erbringen zu können. Wer im Glashauss sitzt, soll nicht mit Steinen werfen! Was macht die SPD wo sie am Ruder sitzt? In den Gemerkschaftszeitungen aller Berufe stellt man es. Offene Parteipolitik der SPD, ohne Rücksicht auf Andersdenkende! Selbst der ADGB wird vor den sozialdemokratischen Parteiführern gepöbeln. Das ist sozialdemokratische „Neutralität“. Wie was es übrigens in Freiheit am 1. Mai? Gemeinsame Kundgebungen aller Richtungen. Die SPD mißbraucht den Einheitswillen der Arbeiterschaft und läßt durch ihren Redner SPD-Wahlpropaganda machen. Und diese selben Sozialdemokraten entziehen sich über die bloße Einberufung einer öffentlichen Freidenkerversammlung, nur deshalb, weil der Einberufer ein Kommunist ist.

Es muß tranzig bestellt sein um eine Partei, die sich nicht scheut, aus Wahlsünden gegen die Freidenker zu hehen und aufzuhetzen, die proletarische Freidenkerbewegung zu sabotieren. Denn an Rebels Wort: „Seht euren Führern nicht aufs Maul, sondern auf die Füße!“ Gebt den Saboteuren des Kampfes gegen die Kulturreaktion dafür die richtige Antwort: am Sonntag

Wählt Kommunisten! Liste 5!

An die freigefinnte Einwohnerschaft des Plauenischen Grundes

Die Freidenker von ganz Sachsen und Ostthüringen sowie Erwerbslos-Bohnen und Brechhals-Lautsch treffen sich am 20. und 21. Mai d. J. in Dresden, nicht nur um eine Feier größeren Stils, in welchem Sinne zu begehen oder die Gesellschaft zu pflegen, sondern vor allem auch, um am Sitz der Landesbehörden, Kameralen und der Gassen, am Sammelplatz der sächsischen Aristokratie zu zeigen, daß eine mächtig emporkommende Freidenkerbewegung vorhanden und wünschenswert ist, den Kampf aufzunehmen gegen alle Dunkelmänner und Rückschritler. — Darum, freigefinnte Einwohnerschaft von Freital, weist unsere Quartiersleiter nicht zurück! — Die Jugendberiberge von Freital beziehen 40 Mark monatlich. Alle Teilnehmer treffen sich Freitagabend zum Kommen im Volkshausaal, Restabzeichen 50 Pf., Zeitungsbeitrag 75 Pf.

Niederriedlich. Die hiesige Gemeinde wird weiterhin mit zoffrem Getreidefleisch versorgt; die Zuweisung ist jedoch erheblich herabgesetzt worden. Es werden in erster Linie die minderbemittelten Kreise der Bevölkerung aus den verfügbaren Beständen bedient. Verkaufsstellen für zoffreies Getreidefleisch bleiben die bisher bestimmten Fleischereien, und zwar: Otto Kündler, Otto Max, Oskar Richter und Rudolf Wahlgeld.

Königstein. Von einem parteilosen Arbeiterkämpfer aus Königstein wird uns geschrieben: „Ueber die gehässige Schreibung der Volkszeitung und ihre Unkenntnis über unsere örtlichen Verhältnisse werden wir uns mit der Volkszeitung nach der Wahl abrechnen. Wir sind als „grundgesetzliche Arbeiterkämpfer“ noch zu anständig vor der Reichstagswahl dem Bürgertum noch zu liefern, weil wir als grundgesetzliche Arbeiterkämpfer mit Leib und Seele der Gesamtarbeiterbewegung dienen wollen und nicht einer einzelnen Partei. Dies bis nach der Wahl der Volkszeitung zur Warnung. Willig Wagner, Königstein (Eibe), Pfaffenberg 100c, parteiloses Arbeitergefangenen-Vorstandsmitglied.“

Sachsenhausen. Am Freitag dem 11. Mai sprach Genosse Frehmann bei uns in einer gutbesuchten Wahlversammlung. Der Redner verstand es, die Zuhörer mit seinen Ausführungen zu fesseln und zu überzeugen, so daß ihm am Schluss lebhafter Beifall zufließte. Zur Debatte meldete sich niemand. Selbst die Sozialdemokraten hatten es eingegeben, daß die Ausführungen des Redners entsprachen, und dagegen konnten sie nicht kämpfen. Es wird höchste Zeit, daß die Landbesitzerklasse sich um ihre Parteigeschicklichkeit kümmern und in die rote Klassenfront eintritt. Den Arbeitern von Sachsenhausen rufen wir zu: Wählt am 20. Mai die Liste 5!

Sozialdemokratische Kindererei

Seiffenensdorf. In Nummer 113 der Vöbauer Volkszeitung schreibt der kleine Gernegroß der Seiffenensdorfer, SPD-Hauptmann, seinen politischen Anhang, daß man sich glauben muß, ein Nationalsozialist hätte es geschrieben. Erst fängt er mit unserer Wahlpropaganda an. Wir können ihm sagen, daß wir unser Parteiprogramm, auch wenn es nicht so laut wie der SPD-Lautsprecher klingt, gut angepaßt hat. Zumal die Arbeiter in den Reichshäusern und auf dem Reichshausplatz hören sehr aufmerksam zu. Dann schreibt er, daß die SPD am meisten gegen die SPD kämpft. Wir sagen mit Recht. Denn die SPD hat durch ihre seit 1918 betriebene Koalitions- und Arbeitsgemeinschaft den Kapitalismus und den Bürgerkrieg erst wieder zur vollen Höhe gebracht. Das kann jeder Arbeiter am eigenen Leibe spüren. Dann hat es den Herrschaften wieder unter örtlichen Platz angetan. Wir können uns selbst denken, daß die Wahrheit sehr bitter schmeckt. Er schreibt: „Denk an die politischen Gefangenen! Mit Recht erinnern wir die Arbeiter daran. Die SPD-Regierung hat in einer der letzten Sitzungen gegen die Amnestie gestimmt und 300 politische Gefangene ihrem Schicksal überlassen. Uns drehen an die politischen Gefangenen zu erinnern, steht ihnen schlecht an. In Sowjetrußland

sien nur solche Gefangene, welche dem Arbeitervolk an die Gasse wollten (Beispiel Samoilowitsch). Dann kommt der famose Ausdruck des Parteimeisters (zumal, ihr Herr von der SPD, es ist ein verächtliches Ding, daß gerade vor den Wahlen so etwas passieren möchte). Nicht die politische Klasse ist dabei gemeint, sondern der auf einmal radikal werdende SPD-Gemeindeverordnungsrat. Die betreffenden Arbeiter, welche in genannter Sitzung waren, sind Stungen. Wenn Bedarf ist, können wir mit Besonderen dienen. Wenn der Feind voller Laune ist, kann man machen was man will, sie werden nicht gleich wieder rauskommen. Die politische Kindererei. Er schreibt wörtlich: „Herrlich machen die kommunistischen Vertreter im Reichstag nicht auch solchen politischen Anhang, wie die SPD-Vertreter im Seiffenensdorfer Gemeindevorstandskollektiv.“

Dem Kollegen Dehmann geben wir den guten Rat: Gehe von Haus zu Haus, von Stufe zu Stufe und höre, was die Seiffenensdorfer Einwohner über eure Politik sagen. Man konnte viel beachtlicher werden über das, was die Sozialdemokratie für die arbeitende Bevölkerung getan hat. Wir erinnern nur an die Wohnungsfrage und Straßenbenennung. Wenn er weiter schreibt, daß die Gemeindepolitik mit Reichspolitik nichts zu tun hat, so ist er auf dem Holzweg und versteht nichts, rein gar nichts von Politik, schweige denn von Marxismus. Ueber die Fragen der Gemeindepolitik werden wir nächstes Jahr zur Gemeindevahl die Klänge kreuzen. Wer dabei den kürzeren ziehen wird, darüber werden die Seiffenensdorfer Arbeiter entscheiden. Heute lagen wir in letzter Stunde der Seiffenensdorfer Arbeiterschaft: Vagt euch nicht von der SPD mit ihrer Wahlfeste einfallen, sondern geht am 20. Mai der SPD, Liste 5, eure Stimme!

Reinigkeiten aus der Schuhfabrik E. O. Michel, Seiffenensdorf, (genannt „Jugendheim“)

(Arbeiterkorrespondenz)

Mit der Parole Profit geht die obengenannte Firma dazu über, mit allen Mitteln das Letzte aus den Arbeitern herauszuholen. Diese noble Firma glänzte schon einmal in der Arbeiterstimme. Der Seiffenensdorfer Arbeiter ist in der durch den Wagner Landriedenbruchprozeß sehr gut bekannt. Nachdem in dieser Fabrik die Rationalisierung beendet war, wurde den Arbeitern der Arbeitslohn gewährt, da man annehmend noch nicht die richtigen Arbeitslohn gefunden hatte. Mit der Wiedereröffnung des Werkes, während der während seiner Verbannung in der Tichatschhof-Erfahrungen auf

Wer für Amnestie ist — wählt Kommunisten!

(Arbeiterkorrespondenz)

Nachdem die Sozialdemokraten die Amnestie verhindert, glaubten sie, die Arbeiter betrügen zu können, indem sie sich als wahrer Kämpfer für die proletarischen Gefangenen aufstellten. Max Hoelz hat bereits eine recht revolutionäre Antwort gegeben, indem er Crispian, dem Hauptfeind gegen die proletarische Justiz der Sowjetunion, vor aller Öffentlichkeit seine Heuchelei vorhielt. Alle anderen gefangenen Genossen aber weichen ebenfalls entsetzt die Anbiederungsversuche der Sozialdemokraten zurück und rufen aus dem Kerker allen denen, die sich noch in kapitalistischer Freiheit befinden, zu: Sie lassen sich jetzt in die Reihen der roten Klassenfront stellen!

Die folgenden Stellen aus dem Briefe eines gefangenen Arbeiters, der wegen seiner revolutionären Gesinnung zu mehrjähriger Zuchthausstrafe verurteilt wurde, müssen jedem Arbeiter eine Mahnung sein, den letzten uns zur Verfügung stehenden Tage vor der Wahl durch verstärkte Tätigkeit durch verschärfte Kräftigung zu Kampf- und Siegesgeboten für die kommunistische Partei zu machen. Hämert euch die Worte des gefangenen Genossen ein! Rechtfertigt das Vertrauen, das er und alle gefangenen Brüder in uns setzen!

Wir entnehmen dem Brief folgendes: „Nun steht ihr dort draußen im Kampf. Durch die papierenen Gitterpläne der vereinigten Klassenfront von rechts bis zu den Sozialdemokraten herab erfahren wir auch ohne diesbezügliche direkte Meldung, daß die Rote Front marschiert, daß die Revolution lebt! Zu keiner Zeit fällt uns dieses ohnmächtige Stillstehen, dieses Warten auf die Zukunft so mächtig wie gerade zu Zeiten verächtlicher politischer Kämpfe. Die SPD-Führer wußten, was sie mit der Veränderung der Amnestie taten; denn wir eingekerkerten Revolutionskämpfer, zum Sprengen geladen mit Kampfbereitschaft, hätten den Teufel unter die Hand gebracht! Das wäre ein Aufräumen gewesen unter den modrigen, schwankenden Gestalten der

diesem Gebiete gesammelt hat, wurde das andere. Die Folge war, Kalkulation auf Kosten der Arbeiter nämlich niedrigere Löhne. Diese wurden nun vorige Woche ausgeschrieben. Bei der Abrechnung im eben lie die Arbeiter aus Empörung über die neuen Löhne den alten Arbeitslohn ein. Die Firma jedoch verreckte nach den neuen Löhnen, was zur Folge hatte, daß am vorigen Freitag, hauptsächlich in der Stepperei, tüchtige Arbeiterinnen über 21 Jahre mit einem Wochenlohn von 1,50 bis 10 Mark nach Hause gingen. Um nun die dadurch entstandene Empörung einzudämmen wurde eine Liste auf Vorschlag herumgereicht. Auf dieser Liste verlangten alle ihren zu wenig erhaltenen Lohn zurück. Der Betriebsrat wollte sich daraufhin mit der Firma auseinandersetzen, um den Arbeitern zu ihrem Recht zu verhelfen. Aber allem Unfug nach hat der Chef die Liste der bösen Taten verlassen, um eine Klärung hinauszuschieben.

Ueber anders geartete Zustände in diesem Betrieb gab es noch viel zu berichten, s. P. wie man dort mit den Unendlichen umspringt. Die Abfertigung Zwinedel hat nur arbeiten, wie es der Firma gerade paßt; eine geregelte Arbeitszeit besteht nicht. Es wird manche Wochen 3 Tage und auch nur 1/2 Tag gearbeitet. Das es dem Betriebsrat recht schwer gemacht wird, läßt sich denken. Nach dem ganzen Geschehen will die Firma jedenfalls der ganzen Gegend als Vorbild dienen. Es ist doch schon bekannt, daß sich andere Firmen auf diese noble Ausbeuter-gesellschaft berufen.

Aufgabe der Organisation wird es sein, auch in diesem Betrieb wieder geordnete Verhältnisse zu schaffen und den Arbeitern zu ihrem Rechte zu verhelfen. Das kann aber nur gelingen, wenn die Arbeiter geschlossen hinter der Organisation und ihrem Betriebsrat stehen. Der Firma empfehlen wir jedoch, es nicht zu arg zu treiben, sonst kann es einmal schiefgehen. Der Meister Küttner aber sollte sich weniger um die Löhne und andere Fragen kümmern — der alte Südbahn — sondern dessen eingehend sein, daß auch er wieder einmal auf die Straße fliegen kann. Die Arbeiter müssen am 20. Mai diesem Vag die richtige Antwort geben und die Liste 5 wählen, denn erst wenn in Deutschland der Kommunismus siegt hat, wird ihr Los ein besseres werden.

Seiffenensdorf. Am Sonntag dem 20. Mai, 20 Uhr findet im Volkshaus zur Krone eine öffentliche Theateraufführung von der Roten Wanderbühne Dresden statt. Es wird die erzielende Tragödie „Sterbende Mütter“ gegeben. Wer Aufführung über den 8. 218 wünscht, komme in diesen Theaterabend der SPD. Die Eintrittspreise sind so bemessen, daß ein jeder kommen kann. Sie betragen 80 Pf. und im Vorverkauf 70 Pf. für Erwerbslose 50 Pf. Vorverkauf im Freiergeheim Otto Bauer und in der Krone. Wir erwarten von Seiten der Seiffenensdorfer Arbeiterkämpfer einen zahlreichen Besuch.

Sage Du allen Arbeitsschwelgern und -brüdern in unserem Namen: Bereit zu neuen Kämpfen — ohne ein Opfer zu scheuen, bereit, das revolutionäre Banner zum Siege zu führen, das rote Banner der Revolution, erwarten wir im proletarischen politischen Gefangenen die Vereinfachung der deutschen Arbeiterschaft, mit uns zu kämpfen — mit uns zu siegen, Gebt uns ein Zeichen eures Bereitseins, laßt die Rote Front am 20. Mai der einzigen revolutionären Arbeiterpartei, der KPD — Liste 5 — die Stimme geben!

Wir warten! Schwestern und Brüder, wir warten! Klassenkämpfer! Verbreitet diese Zeilen! Wenn ein Genosse, der zu über fünf Jahren Zuchthaus verurteilt wurde, der die besten Jahre seiner Jugend im Kerker zubringen muß für uns, für die proletarische Klasse, so schreiben kann, dann müssen wir uns dessen würdig erweisen.

Jeder Genosse vertaufe noch in den letzten Tagen Wahlsondarmarkten, sammelt Gelder und rüttelt auf, damit der 20. Mai ein wirklich wichtiger Aufmarsch der roten Klassenfront, unter Führung der KPD, werde! Alle Arbeiter sind nach Empörung wegen des Amnestienarrats der SPD. Das muß am 20. Mai zum Ausdruck kommen durch die Stimmabgabe für die Kämpfer der Amnestie aller proletarischen politischen Gefangenen, für die Kommunisten.

Klassengenossen! Verbreitet diese Zeilen! Wenn ein Genosse, der zu über fünf Jahren Zuchthaus verurteilt wurde, der die besten Jahre seiner Jugend im Kerker zubringen muß für uns, für die proletarische Klasse, so schreiben kann, dann müssen wir uns dessen würdig erweisen.

Jeder Genosse vertaufe noch in den letzten Tagen Wahlsondarmarkten, sammelt Gelder und rüttelt auf, damit der 20. Mai ein wirklich wichtiger Aufmarsch der roten Klassenfront, unter Führung der KPD, werde! Alle Arbeiter sind nach Empörung wegen des Amnestienarrats der SPD. Das muß am 20. Mai zum Ausdruck kommen durch die Stimmabgabe für die Kämpfer der Amnestie aller proletarischen politischen Gefangenen, für die Kommunisten.

An die Einwohnerschaft von Döberstedt und Eichgraben!

Wählerinnen und Wähler! Wiederum soll ihr eure Stimme abgeben für eine Partei, welche eure Interessen vertreten soll. Dieses Mal werdet ihr entscheiden, wer in den Reichstag einziehen wird. Bevor ihr zur Wahl geht, müßt ihr prüfen, was die einzelnen Parteien in der vergangenen Reichstagsperiode getan haben.

Wollt ihr, daß in den Reichstag Leute einziehen, welche Geizige schaffen, die sich unheilvoll für die Arbeiterschaft auswirken? Wollt ihr, daß man euch weiter durch direkte und indirekte Steuern ausplündert? Wollt ihr, daß die Arbeitszeit erhöht und der Lohn gekürzt wird? Nein! Das alles wollt ihr nicht, deshalb keine Stimme den bürgerlichen Parteien. Denn diese treten eifrigstlos für die Interessen des Geldes ein und bekämpfen die Arbeiterschaft aufs Schärfste.

Aber auch die Sozialdemokratie hat ihre Versprechungen nicht gehalten. Sie hat den Boden des proletarischen Kampfes verlassen und ist eine feste Stütze des bürgerlichen Staates geworden. Mit Zustimmung der SPD ist der 10prozente Lohnsenkung eingeführt worden. Sie hat dem Ermächtigungsgesetz zugestimmt, durch welches den Arbeitern der Reichstagsentzug und andere Erwerbslosen gerahmt wurden. Die SPD hat verhindert, daß 35 proletarische politische Gefangene, darunter Max Hoelz, Margis u. a., aus dem Zuchthaus herauskommen. Sie hat das Erwerbslosengezetz mitgestimmt, durch welches die Arbeiterschaft belastet und die Erwerbslosen entrechtet werden. Nur durch den Verrat der Sozialdemokratie war es möglich, daß das Bürgertum die gesamte Staatsmacht wieder in die Hand bekommt. Deshalb keine Stimme der Sozialdemokratie! Diese trachtet nur danach, Ministerstellen zu bekommen, um gemeinsam mit dem Bürgertum gegen die Arbeiterschaft zu regieren.

Den besten Beweis dafür habt ihr, wenn ihr euch das Verhalten der SPD in Döberstedt betrachtet. In hier ihr Zusammenarbeiten mit den bürgerlichen Weichhülft fruchtbringend für die Arbeiterschaft? Seht euch die Wohnungsfrage an. Wer schon eine gute Wohnung hat, bekommt noch eine bessere.

Wahlsonde

Jonsdorf	28.00. Markt
Borsdorf	60.
Oberseifersdorf	18,95
Eibe Rustler	10.-
Preibersdorf	15,50
Preibe, Hentsche	14,50
Schnedter, Bernhadi	10.-
Oberseifersdorf	25,00

Aber für manchen armen Proleten, der notwendig eine Wohnung braucht, ist keine vorhanden. Weiter weisen wir auf den Standal im Altersheim hin. Dieser wird gerade durch die Bürgerlichen und den sozialdemokratischen Bürgermeister mit seiner Kraktion, die Erwerbslosen müssen um jede Verberufung einen harten Kampf mit der Gemeindevverwaltung führen.

Gegen all diese Unbillstände in Reich und Gemeinde kämpft die kommunistische Partei. Sie führt den Kampf für und im Interesse aller Werktätigen. Deshalb wählt Kommunisten, Liste 5!

Niederriederwitzer Schulerziehung

Seltens Dinge werden von der Niederriederwitzer Volksschule erzählt und es scheint höchste Zeit, daß sich die Desemilichkeit einmal mit den Hintergründen befaßt. So soll ein Lehrer, der sonst mit seinen Kindern gern Schneeballschlachten machte, einen Knaben, der einmal allein mit einem Schultmetraden sich mit Schnee bewarft, ins Schulzimmer geholt und ihn dort so gegen eine Schulbank gestossen haben, daß er mit blutunterlaufenen Stellen nach Hause kam. Nur die Nachsicht des Vaters soll den Lehrer vor einem gerichtlichen Nachspiel bewahrt haben. Der Lehrer H. soll einem Knaben, der nicht lefort auf eine Frage antwortete, mit geballter Faust so geschlagen haben, daß er am Körper ebenfalls blutunterlaufene Stellen aufwies. Hinzu kommende Lehrer sollen dabei einen Rohstod gezeigt haben, mit den Worten: „Das wäre was für dich!“ In diesem Falle erstattete der Vater Anzeige gegen den Prügelpädagogen. Es wurde schnell „befehlendes Material“ zusammengetragen und der Knabe rettete für die Fürsorgeanstalt erklärt. Da der Vater nicht einwilligte, schaltete man den Jungen mit der Polizei fort und benachrichtigte erst danach den Vater durch den Bürgermeister! (Herr Bürgermeister! Laßt der Amischimmel immer so lange, daß Schreiben vom 11. 4. erst am 15. 4. anlangen?) Das ist die Antwort auf die Anfrage. So steht man Schuldisse zur Rechenhaft! Nicht unerwähnt soll bleiben, daß beim Wegbringen des Kindes der Lehrer H. keine Klasse zum Fenster führte und triumphierend erklärte: „Nur gut, daß der endlich fortkommt!“ So glauben gewisse Kräfte des Prügelpädagogen an den Schulen „unehelich“ zu können. Wer dieser Pädagogen und aller Schul- und Kulturreaktionären das Handwerk gründlich legen will, der wende sich an die Vertreter der kommunistischen Partei, der untertätige sie in ihrem Kampf um Recht und Interesse der Werktätigen

und hürme am 20. Mai für Liste 5! Kommunistische Partei!

Nur die...
kommuni...
tann...
ten wert...
10. Juni...
über...
Gitterjee...
Königstein...
Sachsenhausen...
Seiffenensdorf...
Döberstedt...
Niederriederwitzer...
Schulerziehung...
Wahlsonde

AUFZUM REICHSTREFFEN DES R.F.B.

RÜCKBLICK AUF DREI GENERALAUFMÄRSCHE DES DEUTSCHEN PROLETARIATS

Im Herbst 1924 hatten sich die ersten Formationen des Roten Frontkämpferbundes gebildet. Die revolutionäre Arbeiterschaft hatte erkannt, daß es an der Zeit war, einen eisernen Abschluß gegenüber dem immer tiefer werdenden Faschismus und den Vorstößen des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold zu schaffen. Bald hatten sich bedeutende Kreise des Proletariats um das Zeichen des Roten Faust gesammelt. Auch die Gegner merkten sofort, welche neue und gefährlichere Feinde ihnen hier entstanden war.

Schon kurze Zeit nach der Gründung, Himmelfahrt 1925, rief der Rote Frontkämpferbund seine Kameraden aus den Gauen zur ersten Heereschau nach Berlin.

Noch hatten sich die Kolonnen nicht reiflos formiert. Noch war der R.F.B. eine zahlenmäßig schwache Organisation. Und trotzdem war schon sein 1. Reichstreffen ein Erfolg.

Das erste Reichstreffen

Freilich bot die damalige Kundgebung noch ein ganz anderes Bild als die unserer heutigen Aufmärsche. Die Bundesführung war noch nicht in den Reihen der Kameraden eingeführt; sie kamen noch durchweg in ihren Windjacken, zum großen Teil auch mit blauen Mützen. Nur ganz vereinzelt hatten sich schon R.F.B.-Kampfen gebildet.

So daß man noch auf das Mittführen zylinderbehälterter Berufstapellen angewiesen war.

Woh bestand zur damaligen Zeit noch kein Stöckerbot, so daß die Formationen noch überall mit ihren Knäppeln anklopfen. Das wichtigste aber war, daß erst zu einem geringen Teil ermachene Proletarier den Weg zur Roten Front gefunden hatten und hauptsächlich Jungarbeiter in ihren Reihen marschierten. Nur spärlich waren die Kameraden aus der Provinz vertreten.



Das 1. Reichstreffen im Lichtenberger Stadion

Und dennoch nahmen die Berliner Proleten am roten Aufmarsch teil. Ein Kamerad schreibt über seine Eindrücke während des Marsches vom Lustgarten zum Lichtenberger Stadion:

„Die Sonne brennt, der Weg ist staubig. Die Hitze läßt den kumbantanten Marsch. Aber sind es Müdigkeit und Durst, die uns verstimmen lassen können? O nein, denn Kaffee und Wasser wird uns von den Bewohnern der Straßen, durch die wir marschieren, angeboten. Die gehobene Stimmung, die Menschen, die Musik unterdrücken jegliches Gefühl der Ermüdung.“

An 25.000 Frontkämpfer, dazu Tausende von Indifferenten warteten das Lichtenberger Stadion. So stark wirkte der Aufmarsch, daß die Berliner Organisation

mit einem Schlage 600 neue Mitglieder gewann.

Mit den alten Kameraden gemeinsam leisteten sie den Schwur der unerschütterlichen Treue zur roten Klassenfront. Unter gewaltiger Begeisterung der Versammelten erfolgte als Abschluß der Kundgebung die Übergabe einer russischen Fahne durch die Bundesführung an die Reutovier Abteilung.

Mit verstärkter Wucht gingen die Kameraden in Berlin und im übrigen Reich nach ihrer Rückkehr an die Arbeit. Bald zeigten sich die Auswirkungen des ersten Treffens. Gewaltige neue Massen der deutschen Arbeiterschaft trafen zur Roten Front und schufen in ihr eine rote Wehr, die die Gegenrevolution im Inland und Ausland erzittern machte.

Zum zweiten Male in Berlin

Und wieder rüstete man zum Reichstreffen. Wieder sparten die Kameraden sich das Fahrgeld nach Berlin vom Munde ab. Gerade beim 2. Reichstreffen war der Boden für ein Vorstürmen der Roten Front besonders günstig.

Die Formationen waren im Laufe des vergangenen Jahres unauflöslich angewachsen. Nationalisierung, Massenwerbeschlacht, Steuer- und Zollraub hatten unter der Präsidentschaft Hindenburgs breite Massen der Werttätigen aufgerollt. Die Forderungen der 1918 geklohenen Kräfte entfachten die ganze arbeitende Bevölkerung zu ungeheurer Empörung.

Da war es der Rote Frontkämpferbund, der in Berlin als erster den Gedanken des Volkentscheids durch seine Unterschriftenammlung in die Praxis umsetzte.

Noch bis zum letzten Moment hatte die Sozialdemokratie den Plan einer solchen Aktion als unangenehm und verantwortungslos bezeichnet. Jetzt wurde sie von den Massen zur Beteiligung am Volksbegehren gezwungen. Im Kampf um die Entlassung des Rüstungs- und gegen die reaktionäre Politik der Luther-Stresemann-Regierung fand der R.F.B. in vorletzter Linie. Unermüdlich setzte er das Zeichen der Kampfbereitschaft gegen die Sozialunion. Die Antwort auf diese Aktivität waren erneute Masseneintritte. Damit änderte sich auch vollkommen das Gesicht der Organisation. Waren es noch 1925 vor allem die Jugendlichen, die den Aufmärschen das Gepräge gaben, so traten jetzt die erwachsenen Proletarier in den Vordergrund. Dies zeigte sich besonders deutlich während des zweiten Reichstreffens.

Auch durch die wildeste Hitze der gesamten bürgerlichen Presse ließen sich die Berliner Proleten nicht beirren. Zu Tausenden marschierten sie mit der roten Klassenfront auf. Bereitwillig nahmen sie die answärtigen Kameraden im Quartier. Die Ankommenden wurden mitunter schon auf der Straße zum Quartierlokal von den Arbeitern „abgeholt“ und untergebracht. Ein Thüringer Kamerad schrieb später von seiner Heimat aus:

„Ob wir wollten oder nicht, wir mußten mit. Zehnmal konnten wir essen. In jeder Gastwirtschaft wurde nach hineingeschleift. Rauchen, Trinken, Essen — alle Tische wurden uns vollgestopft. Ungehörige Begeisterung...“

Der Aufmarsch

Von drei Hauptkampfpunkten aus marschierten die einzelnen Abteilungen mit den in ihrem Stadtteil einquartierten Gauen auf, um sich am Friedrichshain zu einer gewaltigen Kolonne zusammenzuschließen. Und dann geht es — die Bundesführung an der Spitze — hinunter zum Reichstreffen. Unterwegs stehen die Proleten Kopf an Kopf; über zweihunderttausend Menschen haufen sich in den Anmarschstraßen. Überall steht auch die Bevölkerung mit Getränken zur Erquickung der Marschierenden bereit.

Um 3 Uhr treffen die ersten Abte im Volkspark ein. Ununterbrochen marschieren nun die roten Soldaten auf. 7 Uhr bereits — und noch ist kein Ende der heranmarschierenden Kolonnen abzusehen. Da bricht die Bundesführung den Aufmarsch ab und beginnt die Kundgebung.

Am 8.000 rote Frontkämpfer waren insgesamt aufmarschiert.

Auch eine Reihe von Reichsbannerkameraden waren beteiligt. Gemeinsam mit ihren Klassenossen demonstrierte sie für die einheitliche Front des Proletariats gegen die Bourgeoisie und ihre Diener, solidarisierten sie sich mit den kämpfenden englischen Bergarbeitern und kehrten sie gleich unteren Kameraden in ihre Heimatorte zurück mit dem Wunsch, den Kampf zu führen in der Roten Front gegen Zentrums- und demokratische Vorkämpfer.

Neben den Vertretern der Bundesführung wandten sich bei diesem Reichstreffen auch

Delegierte ausländischer Organisationen

in flammenden Worten an die Massen. Mit dem Gehang der „Internationale“ und der Übergabe einer russischen Fahne fand der gewaltige Aufmarsch seinen Abschluß. Noch einmal waren am folgenden Tage die auswärtigen Kameraden in den Veranstaltungsorten ihrer Quartierbezirke zu Gast. Dann sollten sie wieder ihrer Heimat entgegen.

Und 1927

Das Barometer hand auf Sturm. Die Regierung des Bürgerblocks hatte sich gebildet. Der Stahlhelm plante die Niederwerfung der Berliner Arbeiterschaft durch einen Reichsaufmarsch am 1. Mai. International eine gewaltige Verschärfung des imperialistischen Angriffes auf die Sowjetunion, Überfälle und Attentate auf ihre Vertretungen. In China die Revolution in flammendem Vormarsch begriffen.

All diese Tatsachen reichten die Arbeiterschaft in noch härterer Lage in die Rote Front. Unter dem Druck der Berliner Werttätigen mußte

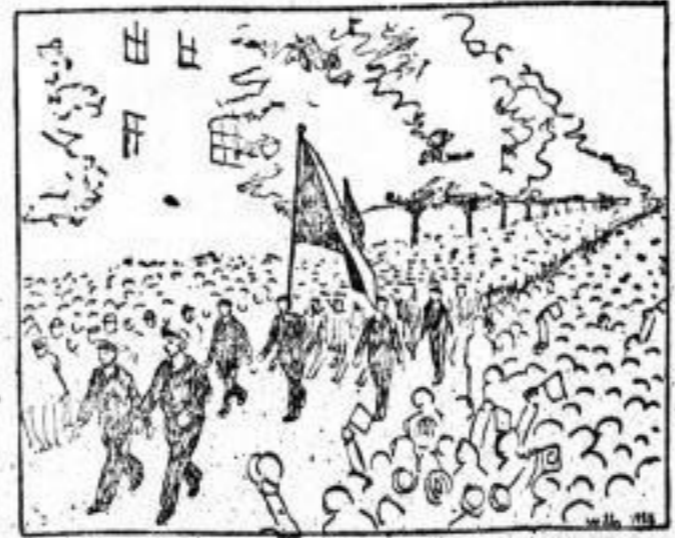
der Stahlhelm seinen Aufmarsch vom Volkspark auf den 8. Mai verschieben.

Der Empfang, der ihm am 8. Mai vom roten Berlin bereitet wurde, wird den falschlischen Soldnerorden für immer im Gedächtnis bleiben. Wer zeugt was, wie am 7. und 8. Mai der Stahlhelm unter einem ungeheuren Polizeiaufgebot, den Niedertruf der Bevölkerung und Überfüllung vom Volkspark zum „Internationale“, einem Gelangenstransport gleich, zum Lustgarten schick und an die Bahnhöfe zurücktrieb, wie kein Stahlhelmer es wagen durfte, Berlin zu besichtigen, weil er sonst von der Liebe der Bevölkerung erdrückt worden wäre, der spürte so recht den Gegenang zum roten Pfingstaufmarsch. Keine Frage war es, wenn der Kamerad Leow bei der Vorbereitung des 3. Reichstreffens erklärte:

„Der Rote Frontkämpferbund braucht Berlin nicht zu erobern; Berlin ist rot!“

Welt über den Rahmen Berlins hinaus sammelten sich die Arbeiter zur Abwehr des Stahlhelmsangriffes. So wurden sich die Herren Faschisten bei ihrer Rückkehr nach Stettin Kundentanz nicht vom Bahnhof wagen, da sie sonst sehr handgreiflich mit proletenfeindlichen Bekanntheits gemacht hätten.

Wie ganz anders war das 3. rote Reichstreffen! Begeisterte Abfahrts- und Empfangskundgebungen in allen Orten. Und die



Aufmarsch der Roten Marine zum 2. Reichstreffen

Berliner wetteiferten darin, die auswärtigen Kameraden in Quartier zu nehmen. So erzählt ein Berliner Quartiermacher: „Der öfFnende Junge brüllt gleich die Treppe hinauf:

„Mutter, die Quartiermacher sind da!“

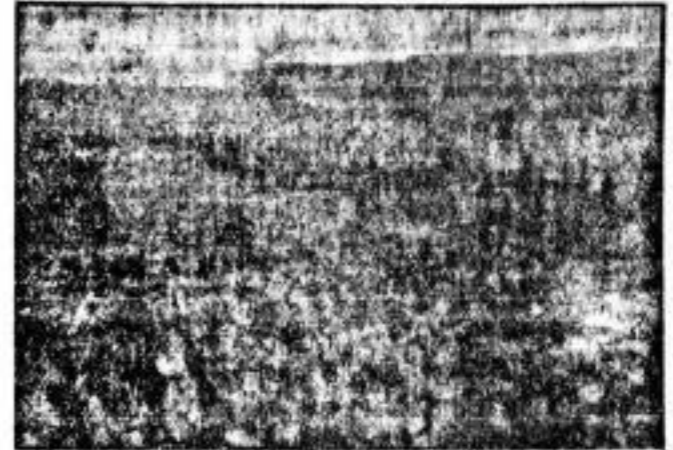
Mutter war nämlich in der Wäschküche und mußte erst herunterkommen: „Zwei Mann wie vorlet Jahr“ erklärte die Frau be-

himmt. Natürlich mit Begrüßung. „Mensch, bet la Inostel“

ist der Junge. Und so geht es treppauf, treppab.“ Als dann am Pfingstsonnabend die roten Gäste eintreffen, ist Berlin bereits festlich gesinnt. Unzählige Transparente und Willkommensplakate hängen die Straßen. Einzelne tragen sich geradezu eingetaucht in einem Meer von roten Fahnen. Vergeblich versucht die Bourgeoisie die Aufmerksamkeit auf den gleichzeitig stattfindenden Rummel zu Ehren des Dogenlegers Chamberlain abzulenken.

Das rote Berlin hand zu uns!

Auch das Totschweigen des Treffens, besonders in der Pinkschneise, kunkte da nichts mehr. Und der „Lokal-Anzeiger“ nebst seinen Genügnungsgenossen hatte sich in im Jahre zuvor demagen blamiert, daß der schwache Versuch, auch 1927 ein öhn-



Fahnenaufmarsch beim 3. Reichstreffen

liches Theater aufzuführen, höchstens ein herzhaftes Gelächter hervorzurufen konnte.

Dem eigentlichen Treffen ging eine gewaltige Kundgebung der Roten Jugendfront im Sportpalast voraus, die von 25.000 Berlinern, darunter mindestens 18.000 Jungarbeitern, besucht war. Ein Zeichen, daß das Berliner Jugendproletariat wie ein Mann zur Roten Front geht.

Um zu vermeiden, daß, wie beim 2. Reichstreffen, der Aufmarsch nicht zu Ende geführt werden könne, nahm man ihn diesmal von drei Sammelpunkten aus vor. Überall auf den Anmarschstraßen warteten Hunderttausende von Arbeitern und Arbeiterfrauen Kopf an Kopf. Erstaus fragte sich der Sieher, ob das dieselben Berliner waren, die den Stahlhelmen von ihren Fenstern aus wenige Wochen vorher Nacht- und Blumenwürste gewürmt hatten? Raum konnten sich die Marschierenden vor den dargebotenen Erfreulichkeiten und Blumen retten. Vom Lustgarten, vom Kleinen Tiergarten und vom Rudolf-Moos-Platz aus zogen etwa je 35 bis 40.000 uniformierte R.F.B.-Kameraden zum Schillerpark auf den Wedding hinunter, zu beiden Seiten der Straße von einer unübersehbaren Zahl sympathisierenden begleitet. Am Schluß der Abte folgten die Kommunistische Partei, die Arbeiterpartei, die Rote Hilfe und andere proletarische Organisationen. Auch ein plötzlich herabniedergehender kurzer Regen vermachte die Begeisterung der Demonstranten nicht zu stören. Lediglich ein Wasserfeuer bürgerlicher Verächterblätter blieb als Opfer auf der Straße und beschaltete hernach in seinem Räkelbüchsen „Der Deutsche“, das Reichstreffen sei wegen Regens aufgelassen!

Gegen 6 Uhr ist nach dreistündigem Aufmarsch endlich alles zur Kundgebung verlammt. Ein weltweites Kennzeichen bilden diesmal die zahlreichen Delegierten aus anderen Ländern, die von der Wucht der Demonstration völlig hingerissen sind. Neben um die Hälfte hat sich die Zahl der Aufmarschierenden gegenüber dem letzten Reichstreffen verdreifacht. Von mehr als 20.000 Massen aus sprechen Redner zu den versammelten Hunderttausenden. Den Höhepunkt bildet das mit erhobener Faust von den Massen gesprochene Kampfbildnis

Stets und immer zum Kampf in der Roten Front, zur Verteidigung des ersten Arbeiterstaates der Welt bereit zu sein!

Noch einmal ertönt über den weiten Platz die „Internationale“! dann rücken die Arbeiterkolonnen wieder in ihre Quartiere zurück. Eingebend ihres Schwurs geben die auswärtigen Kameraden in die Helme, oft unter ungeheuren Strapazen in 50- bis 70-stündiger Autorückfahrt. Sie tragen die Begeisterung des Reichsaufmarsches in alle Betriebe, in die kleinsten Dörfer, und neue geschäft geht der Ansturm der Roten Front weiter. —

Vorwärts zum neuen Schlap!

Und nun ruft der Rote Frontkämpferbund zu seinem 4. Reichstreffen auf. Ein Jahr Vorkampfbereitstellung, ein Jahr der unerschütterlichen Anrecht und Auspflünderung des deutschen Proletariats liegt wieder hinter uns. Ein Reuevoll verläßt uns mit einem Hebertrieb zu verbieten, doch mußte er unter dem Geonangriff der Arbeiter vorläufig zurückweichen. Die weltweilischen Konflikte haben ungeheuren Umfang angenommen. Der Kriegszug um die Sowjetunion schließt sich enger und enger. Offener denn je vertritt das reformistische Führerpad die Interessen seiner kapitalistischen Auftraggeber.

Unmittelbar vor uns stehen die Wahlen, in denen der Rote Frontkämpferbund seine ganzen Kräfte zur Stärkung der proletarischen Partei, der Kommunistischen Partei, einsetzt. Welche Tage nur vor unserem 4. Reichsaufmarsch wird die Wahlkampf zu den Parlamenten vor sich gehen. Das diesjährige rote Reichstreffen wird ein Aufruf an die Massen der deutschen Arbeiterschaft sein, nicht zu warten und zu vertrauen auf die Entscheidung von Parlamenten, sondern nur zu vertrauen auf die eigene Kraft. Es wird eine drohende Kampflage sein an die kommende Regierung der Großen Konflikt und auf seinen Rücken wird die Polung flammen des Kampfes um eine deutsche Arbeiter- und Bauernregierung!

Das 4. Reichstreffen erhebt den Kampf zur schärfsten Niederwerfung des Faschismus, der wenige Tage darauf, von sozialdemokratischen Führern gebildet, gegen das Hamburger Proletariat vorzudringen sucht.

Frontkämpfer heraus! Betriebe auf die Fokos!

Das rote Berlin erwartet euch!

Bauernforderungen im Sächsischen Landtag

Die Taten der Kommunisten in den Parlamenten beweisen, daß sie alle parlamentarischen Möglichkeiten ausnützen zur Verbesserung der Lage aller notleidenden Schichten. Die übrigen Parteien aber wenden sich gegen die kommunistischen Entwürfe, um die Profitinteressen der Ausbeuter zu verteidigen. Die Tatsachen beweisen, daß alle wertvollen Wähler nur eine Möglichkeit der Beseitigung des bestehenden Systems haben; am 20. Mai durch Abgabe eines kommunistischen Stimmzettels Ihre Beteiligung zum Kampf gegen das bestehende System zu dokumentieren. Einiges Tatsachenmaterial, das wir nachstehend aufführen, ist aus oben erwähnten Belegen.

Antrag der Kommunisten im Sächsischen Landtag vom 30. November 1926:

Der Landtag wolle beschließen:
die Regierung zu beauftragen, sofort eine Vorlage vorzulegen, nach der das Rindersteuergesetz aufgehoben und bis zur anderweitigen Regelung das Rindersteuergesetz von 1925 wieder in Kraft gesetzt wird.

Am 14. 6. 27 (über ein halbes Jahr später) wurde dieser Antrag von allen Parteien (Deutschnationale bis SPD) niedergelassen.

Für die notleidenden Bauernmassen

Dasselbe Schicksal erlebte der nachfolgende Antrag unserer Fraktion:

Der Landtag wolle beschließen:

die Regierung zu beauftragen,

a) eine Vorlage vorzulegen, nach welcher die Grund- und Gewerbesteuer- sowie die Mietzinssteuergesetze dahingehend abgeändert werden, daß

1. von obigen Steuern all: Kleinbauern, Kleingewerbetreibenden sowie Lohn- oder Schichtempfänger befreit werden, deren Einkommen jährlich 5000 RM nicht übersteigt. Für die Befreiung der Kleinbäuerlichen Betriebe ist unabhängig von obiger Bestimmung festzusetzen, daß Betriebe bis zu einem Werte von 20 000 RM von der Steuer befreit; für Betriebe bis zu einem Werte von 25 000 RM wird jeweils die Hälfte der für Betriebe von höherem Wert erhobenen Steuer erhoben;

2. eine Härtere Belastung der großen Besitzler und der großen Kapitalerträge herbeigeführt wird;

b) bei der Reichsregierung dahin vorstellig zu werden, daß die Mietzinssteuer aufgehoben wird.

Dresden, den 7. Dezember 1926.

Daraus ist zu erkennen, daß nur die Kommunisten sich Mühe geben eine Erleichterung der wirklich notleidenden kleinen Landwirte zu schaffen. Allerdings wurde auch hier bewiesen, daß die Bauern mit den Arbeitern für die Beseitigung des korrupten parlamentarischen Systems kämpfen müssen. Vorbedingung ist, daß die Großgrundbesitzer und ihre Spießgesellen aus den Bauernorganisationen beseitigt werden.

Wer ist für eine gerechte Besteuerung?

Seit 1927 haben wir in Sachsen einen Vertreter der Deutschnationalen Partei im Ministerium. Wie da die Interessen der Bauern berücksichtigt werden, beweist, daß der folgende Antrag noch heute im Ausschuss begraben liegt.

Wetter stellte die SPD folgenden Antrag:

Der Landtag wolle beschließen:

die Regierung zu beauftragen, unter Hinzuziehung einer Kommission von wertvollen Bauern

A. 1. sofort umfangreiche Erhebungen über die Notlage der wertvollen Bauern anzustellen,

2. festzustellen die Ernteschäden der Bauern, die Lage derjenigen Bauern, die schon Kredite erhalten haben, aber deren Lage durch diese Belastung noch mehr erschwert worden ist;

B. 1. denjenigen Bauern, die jetzt noch unter der Auswirkung der Ernteschäden leiden oder die anderweitig unerschuldet in Notlage geraten sind, ist:

a) eine Entschädigung in der Höhe des festgestellten Schadens zu gewähren,

b) die Rückzahlung eventuell schon gewährter Darlehen zu erlassen,

c) die Zahlung der rückständigen Steuern zu erlassen,

d) bis zur gesetzlichen Regelung die Zahlung der Grund- und Mietzinssteuer zu erlassen;

2. die Belieferung von billigem Saatgut, Düngemitteln und landwirtschaftlichem Gerät sowie Zuchtvieh schnellstens in die Wege zu setzen;

3. sofort Mittel zur Verbilligung der Futtermittel, Saatgut und Düngemittel für die wertvollen Bauern im umfassensten Maße zur Verfügung zu stellen;

4. die Strompreise für die oben angeführten Bauern, soweit diese aus den staatlichen Elektrizitätswerken ihren Strom beziehen, zu ermäßigen, bei Privatlieferungen im gleichen Sinne auf die privaten Stromerzeuger einzuwirken;

C. bei der Reichsregierung den Erfolg der Umsatzsteuer für die wertvollen Landwirte zu erwirken, für die Aufhebung der Umsatzsteuer einzutreten.

Gegen die Stimmen der SPD wurde dieser Antrag abgelehnt.

Wer trat für die Roggenrentenschuldner ein?

Unser Genosse Renner forderte im Landtag, Befreiung der Bauern von der Zinszahlung, Abschreibung der Schuldsumme auf den wirklich erhaltenen Betrag. Er führte dabei aus:

Bei Besprechung des Antrages mußten alle Parteien die Notlage der Roggenrentenschuldner anerkennen, aber bei der

Beibehaltung war es so, daß die kommunistischen Parteimitglieder allein für den Antrag stimmten. Die kommunistische Fraktion erzielte den Antrag in der letzten Sitzung des Reichstages in der aus dem Minderheitsantrag unter 1 ersichtlichen Weise. Es war nötig, besonders die Forderung zu erheben, daß ein Zwangstaus festgesetzt werde und die Zinszahlung erfolgt, weil die Roggenrentenschuldner durch den steigenden Roggenpreis sehr nicht nur mit ungeheuren Schulden belastet sind, für die sie nie Geld erhalten haben, sondern auch Zinsen bezahlen, die bis 40, 50 oder 60 Prozent der Summe heraufgestiegen sind. Alle übrigen Parteien, auch die sozial-

demokratische Fraktion, haben durch ihre Redner mehrmals abgelehnt, eine solche Unterlegung der Roggenrentenschuldner herbeizuführen. Von der sozialdemokratischen Fraktion wurde dauernd betont, daß die Angelegenheit eine Angelegenheit der Roggenrentenbank sei, sie ließe sich nicht auflösen.

Nach die Regierung erklärt, daß sie einem solchen weitgehenden Antrag nicht zustimmen könne, daß sie aber angeordnet habe, daß ihr von den eventuell stattfindenden Zwangsversteigerungen Mitteilung gemacht werde, daß sie jetzt eine Abmilderung der Roggenrentenbank getroffen habe, daß keine Zwangsversteigerung mehr bei den Kleinbauern erfolge, sondern, falls veräußerung mehr bei den Kleinbauern aus der Roggenrentenschuld entstanden sei, dann der Kleinbauer die Summe verzinsen sollte, die er tatsächlich in der erhaltenen habe, während für den übersteigenden Teilbetrag die Regierung eine Zinsersleichterung durchzuführen wolle, vorläufig wohl auf 3 Jahre.

Wir sind der Ansicht, daß das zwar schon eine kleine Hilfe bedeutet, aber fastlich nicht genügt, sondern daß fastlich nur eine vollständige Befreiung der Roggenrentenschuld genügen würde, und eine Verberichtigung ist und dann doch bestehen bleibt, und es wird zum annehmen sein, daß in 3 Jahren sich die Wirtschaftslage der Bauern so geändert hätte, daß sie dann ihren Verpflichtungen nachkommen könnten.

Wir Kommunisten betonen ständig, daß eine Besserung für die Werttätigen nur möglich ist im Kampf um die Befreiung der Herrschaft des Traktatkapitals — für eine Arbeiter- und Bauernregierung.

Die Bauern und Bäuerinnen wählen am 20. Mai Kommunisten, die Liste 5. Köbel, Frölich, Graf, Olga Körner.

Deine

Wahlarbeit, Genosse, besteht nicht nur in der mündlichen Propaganda in Deinem Betrieb, in Deiner Gewerkschaft, in dem Haus, in dem Du wohnst, im Ausfragen von Flugblättern, im Sammeln für den Wahlkampf und was es sonst noch alles gibt. Nein, Du mußt als Mitglied der Partei in erster Linie selbst dazu beitragen, daß diese mit allen Kräften den Wahlkampf führen kann. Dazu gehört Geld, Geld und wieder Geld. Und zwar muß das Geld so schnell wie möglich eintommen. Deshalb muß der Kommunist seine

Pflichtmarken

schnellstens bezahlen. Denn mit den Geldern, die als Pflichtbeiträge eintommen müssen, rechnet die Partei, darauf verläßt sie sich, danach berechnet sie, wieviel Wahlmaterial sie mindestens herausgeben kann. Daß es der Partei nicht möglich ist, aus der blauen Luft zu fallulieren, wird jeder einsehen. Dieses Geld wird sofort gebraucht, denn die Lieferanten warten nicht. Du

mußt

als pflichtbewusster Parteigenosse Deinen Pflichtbeitrag sofort entrichten. Was soll werden, wenn noch viele Parteimitglieder ihre Pflicht nicht erfüllen und die Partei in dieser äußerst wichtigen Finanzfrage im Stich lassen? Keiner wird den Ausfall an politischer Arbeit, der aus diesem Grunde erfolgen würde, verantworten wollen. Jeder möge erkennen, daß die schnelle Abführung der Pflichtbeiträge eine politische Angelegenheit ist.

Du

zählst Dich zu den ergebenen Parteimitgliedern. Seit Februar hattest Du Zeit, Deinen Pflichtbeitrag zu bezahlen. Leider bist Du noch im Rückstand. Du darfst die Partei nicht im Stich lassen. Du mußt dieses Opfer bringen. Die Sache der Revolution wird noch ganz andere Opfer von Dir verlangen. Besinne Dich nicht, zahle Deinen Pflichtbeitrag

sofort

an den zuständigen Kassierer. Er wartet auf das Geld. Sowie das Geld in der Parteikasse einkommt, können die Flugblätter, Plakate usw. hinausgeschickt werden. Dann gibt es keine Störungen. Darauf kommt es an. Dein Scherlein wird helfen, dazu beizutragen, daß mir dem Bürgerblock und allen Handlangern — die SPD eingeschlossen — ordentlich eine

fliegen

Arbeiterfrau, Hausfrau, wen wählst du?

Von Susi Steinbach

Wählst du eine der 29 aufgestellten bürgerlichen Parteien, wählst du sozialdemokratisch oder wählst du die kommunistische Partei, die Partei der wertvollen Massen?

Kann es dir gleichgültig sein, welche Politik die Reichstagsabgeordneten machen? Genügt es, daß du eine tüchtige Hausfrau bist, daß du es gut versteht, das Haushaltsgeld einzuteilen und die Kinder zu versorgen? Oder ist es nicht auch für dich wichtig, zu wissen, daß es die Vertreter der bürgerlichen Parteien und die Sozialdemokraten waren, die im Reichstag Gehehe machten, die an dein und deiner Familie Leben beeinflussten, die die Löhne für die Arbeiter durch Schiedsprüche senkten, die Löhne, die den Arbeitern einige Pfennige Erhöhung brachten, auf der anderen Seite uns das Bleisack abnahmen durch Steuern und Erhöhung der Mieten?

Wählst du eine dieser Parteien wählen?

Die bürgerlichen Parteien und die SPD sorgten dafür, daß die Lohnsteuer von 1000 Millionen Mark im Jahre 1926 auf 1282,5 Millionen Mark im Jahre 1927 erhöht wurde.

Die Bürgerblockregierung mit Unterstützung der Sozialdemokratie war es, die die Mieten in die Höhe schraubte.

Die Bürgerlichen und Sozialdemokraten sorgten dafür, daß die Mittel für den Sozialetat von 1 077 000 000 Mark im

Jahre 1927 auf 683 128 000 Mark im Jahre 1928 herabgesetzt wurden.

Diese Feinde der Werttätigen stimmten aber dafür, daß für militärische Rückstellungen im Jahre 1927 701,2 Millionen Mark im Jahre 1928 788,6 Millionen Mark ausgegeben werden.

Arbeiterfrau, dein Mann ist oft erwerbslos, du leidest dann mit ihm und deinen Kindern bittere Not. Den Vertretern der bürgerlichen Parteien, auch der Sozialdemokratie ist das Elend der Werttätigen gleichgültig. Sie haben für die Erwerbslosen nur so viel übrig, daß diese gerade nicht verhungern müßten. Während im Jahre 1927 noch 130 Millionen Mark für Maßnahmen, die geeignet sind, die Arbeitslosigkeit zu verringern, ausgegeben wurden, haben diese „Volksvertreter“ im Jahre 1928 nur noch 25 Millionen Mark für die Verringerung der Arbeitslosigkeit übrig.

Sind es nicht wir, die Arbeiterfrauen, die Hausfrauen, denen Vertreter der bürgerlichen Klasse im Parlament die ohnehin kümmerliche Lebenshaltung schmälerten, indem die

Zufuhr von 14 auf 50 Mark pro Doppelzentner erhöht wurde. Die Mineralwasser, die Zündwaren, die Leuchtmittel, die Salzsteuer wurden im Laufe der letzten Jahre dauernd erhöht.

Die breite Masse der werttätigen Bevölkerung ist es, die Arbeiterfamilie, die Familie des kleinen Beamten und der Angestellten, die Hausfrau ist es, der neue Sorgen um die Lebenserhaltung aufgebürdet werden.

Wir Frauen wollen nicht diejenigen sein, die den Bürgerlichen und Sozialdemokraten durch unsere Stimme für die Reichstagswahl am 20. Mai weiter die Möglichkeit geben, uns auszubeuten und zu unterdrücken.

Nur die Kommunisten haben gegen alle Anträge, die sich gegen die werttätigen Massen richten, im Reich, in den Ländern und Gemeinden gestimmt. Nur die Kommunisten haben entgegengelegte Anträge, Anträge im Interesse der Werttätigen, eingebracht. Die Kommunisten standen allein der Front der Feinde des Proletariats gegenüber.

Die proletarischen Hausfrauen wählen deshalb nur Kommunisten in den Reichstag.

Haben wir damit genug getan? Wird es dann anders besser werden? Nein, noch nicht! Die Kommunisten sind die einzigen, die ihren Wählern nicht versprechen, daß durch Abgabe des Stimmzettels die Verhältnisse geändert werden.

Die kommunistische Partei ruft alle Arbeiter, alle Arbeiterinnen, alle Arbeiterfrauen, alle Werttätigen auf, nicht nur am 20. Mai ihre Stimme für die Liste 5 abzugeben, sondern sie ruft besonders auch den Frauen zu:

Reißt euch ein in die Rote Klassenfront!

Kämpft mit uns für den Sturz des Ausbeuterstaates!

Für eine Regierung der Arbeiter und Bauern!

Aus dieser besessenen schweren Zeit, auch auf die S. P. D. befreit, denn jetzt kein Augenblick, wählt S. P. D. Sie bringt das Glück.

Ihr Bürger, wenn Ihr vernünftig seid, Recht versteht und sehr gerecht, dann wählt zur Reichstagswahl im Mai, wählt die S. P. D. Partei

Im wunderschönen Monat Mai, wo alle Knospen prangen, da wählt die S. P. D. Partei Zu größter Macht gelangt.

Von allen Sorgen macht Euch frei, Allein die S. P. D. Partei

★

Laßt euch einseifen!

Aus Seifenkünstlers Schaumammlung 4 Stück SPD-Seife

Seidvorsichtig! Der Schaum hält nicht!

★

Auf zum 4. Reichstreffen des RSB!

Abfahrt Freitag, den 25. Mai; 24 Uhr vom Neustädter Bahnhof / Teilnehmer stellen 22 Uhr Freiburger Platz / Fahrpreis für Hin- und Rückfahrt 8.— M. / Kinder bis zu 10 Jahren die Hälfte / Anmeldung zur Beteiligung und Bezahlung der Fahrt bis zum Dienstag, den 22. Mai, im Saubüro des RSB, Dresden, Jakobsgasse 15

Wer ist der G.P.D.-Wahlfilm-Verfasser?

Was die G.P.D. ihren Wählern im Film nicht zeigt

Der sozialdemokratische Parteivorstand beauftragt Monarchisten mit der Kommunistenhetze

Der Wahlfilm der SPD mit seinen schamlosen Geschmäh-
folgleiten antibolschewistischer Heine, mit seiner schmutzigen
Weichschändung des Genius der Weltrevolution, Lenins, der
als Schaufelstier vorhöht wird, hat mit Recht überall Protest
und Ablehnung der Arbeiterschaft angezettelt. In verschiedenen
Industriebezirken konnte es die SPD einfach nicht wagen,
dieses Nachwerk vorzuführen zu lassen, sondern zog den Wahlfilm
trotz Aufkündigung zurück. In Berlin ließ der Parteivorstand
sein Reichsbanner-Kollektiv in Aktion treten, um den
schamlosen Heilmann trotz Protest vorzuführen zu können.

Wer aber ist der Verfasser dieses Films? Wem hat die
SPD die Aufgabe übertragen, einen Agitationsfilm für ihren
Wahlkampf herzustellen?

Der Mann, der dieses unehrliche Vertrauen des sozial-
demokratischen Parteivorstandes genießt, ist ein ehemaliger
Lehrer Dr. Lohmann, ein Namensvetter des Phoe-
bus-Schiebers. Herr Lohmann war bis zum 9. November 1918
ein Hochreaktionärer und kaiserlicher Kriegsheer. Auf der
Kaiserin-Gedächtnisfeier des Vaterländischen
Frauenvereins, die Ende 1916 in Teptom stattfand, pries
er den Weltkrieg an:

Er ist die Feuerprobe, in der sich Echtes vom Gefälschten,
die Wahrheit von der Lüge, die Tat vom Gerede scheidet.



Oberl (3), David (2), Scheidemann (1) und Schöpfelin (4)
im Großen Hauptquartier, während Liebknecht und Lugens-
burg eingekerkert waren.

*Zweifelt
Kriegsleihe =
Lüge v. p.d.*

Zeichnet Kriegsleihe!



Scheidemann als Kaiserlicher Staatssekretär

4. Vertragsgabe Sonnabend, den 2. November 1918

Vorwärts

Berliner Volksblatt
Verlagsgesellschaft des Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Goldaten!

Rehrt ruhig in die Kasernen zurück.
Ohne Ordnung keine Sicherung der Volks-
ernährung!
Lest morgen den „Vorwärts“, wo Euch
weitere Mitteilungen bekanntgegeben
werden!

Die neue Regierung.

8. November oder Ruhe ist die erste Bürgerpflicht



Rotes Blüthenfeste



Von Roste standrechtlich ermordet



Polonaise vor dem Berliner Reichenschaushaus während
der Ebert-Diktatur



Liebknecht — ermordet im Auftrage der SPD



Eberts Lieblingsbeschäftigung — Todesurteile gegen
Proleten



Jünglings republikanische Jugendvereinerung in Mittel-
deutschland 1921

Extrablatt „Vorwärts“

Organ der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Offensive gegen Spartakus

Immer feste Druck!

Machte auch die deutsche Frau in der Friedensarbeit ihrer
Wünsche höchste Erfüllung sehen, im Kriege mußte sich die
Schöpfung des Friedens bewahren. . . Borek gilt's freilich
noch des Krieges letztes Weigert zu bezwingen, das letzte Stück,
das so endlos sich dehnen will unter der nervenerschöpfenden Devisen
des Durchhaltens, die den Traum des raschen Sieges ablöste. . .
Nur des Entschlusses bedarf's zu diesem Sichaufrufen aus der
Vethargie der Müdigkeit. . . So sammeln wir uns auch am
heutigen Geburtstag in dem Gelbnis treuer Weiterarbeit im
Sinne unserer Kaiserin, der hohen Protektorin, unter dem Schutze
unseres Kaisers, des Schirmherrn deutscher Größe und Zukunft,
in dem Jubelruf deutscher Heile: Seine Majestät, unser Kaiser
und König Wilhelm II. er lebe hoch!

Das ist der Mann, dem der sozialdemokratische Parteivor-
stand vertrauensvoll die Aufgabe übertrug, einen „sozialistischen“
Wahlfilm gegen die Kommunisten zu verfassen.

Das ist der Mann, der in seinem Film einen Lenin ver-
höhnern durfte!

Sollen wir noch eine kleine Probe aus dem früheren Repre-
toire dieses heutigen sozialdemokratischen Filmschmanns her-
ausgreifen? Herr Dr. Lohmann dichtete:

Die Leuten der „Emden“

Wir wollen händen am heimlichen Herd
Von Wikingerzweigen auf tollkühner Fahrt,
Wie wir Wikings hochmut Achtung geleht
Und Furcht vor deutschen Seemanns Art!
Wann solches britisches Schiff ging jäh
Auf grünem Grunde da schlafen;
Und trauten sie sich nicht hinaus auf die See —
Wir holten sie uns aus dem Hafen!

Wir beneiden die sozialdemokratischen Führer nicht um diese
„Errungen“. Die sozialdemokratischen Arbeiter aber fragen
wir und mit ihnen die Masse des deutschen Proletariats:

Wollt ihr dulden, daß das schamlose Nachwerk dieses mon-
archistischen Abenteurers das Andenken des genialsten Bor-
kämpfers der Arbeiter aller Länder, Lenins, schändet?

Wollt ihr dulden, daß die Schmutzereien dieses Burlesken
unter der Firma einer angeblich „proletarischen“ Wahlagitator
verbreitet werden?

Laßt Herrn Lohmann mit verdientem Fußtritt zu seinem
„Schirmherrn deutscher Größe und Zukunft“ nach Doorn, mit-
samt seinem schmutzigen Wahlfilm und dem SPD-Parteivor-
stand, der solchen Burlesken sein Vertrauen bekennt!

Sozialdemokratische Arbeiter!

Wählt kommunistisch, Liste 5!



Goldberger Friede — Süße Eintracht (Roste und die Phoe-
bus-Kumpans Gehler und Jenker)



Drei Heil dem einzigen wahren Republikaner



Wehretat bewilligt!



„Modernen“ Klassenkampf Luther (1), Löbe (2), Gehler (3)
auf einem Felleisen der Trutz-Magnaten



Sozialdemokratischer Polizeischutz den Streikbrechern!

Die Jungen und der Jungarbeiter

Am 20. Mai werden 3 Millionen junger Wähler zum ersten Male an die Urne treten. Drei Millionen, die ausgemacht sind in den Jahren des Krieges, als ihre Väter in den Schützengräben standen, in den Jahren der Revolution, als die Arbeiterkämpfe auf den Barricaden hand und den Kampf um ihre Bestimmung führten. Mit allen Mitteln kämpfen die bürgerlichen Parteien um die Stimmen dieser jungen Wähler. Sie machen Versprechungen über Verbesserungen, doch um sie ebenso wie in der vergangenen Parlamentsperiode zu verraten.

„Die Jugend ist vor der Ausbeutung zu schützen“ (Art. 122 der Reichsverfassung)



Zwölfjähriger Junge, der für geringes Geld täglich mehrere Stunden arbeiten muß

den, sondern auch die Millionen junger Proletarier, denen der bürgerliche Staat zwar das Recht gibt, sich ausbeuten und unterdrücken zu lassen, denen er aber das Stimmrecht vorenthält.

Mit besonderer Schärfe richteten sich die Angriffe der Bürgerblockregierung und des letzten Reichstages, der nichts weiter als ihr gefügiges Instrument war, gegen die arbeitende Jugend. Nicht nur, weil sie hier die schwächste Stelle in der Front der Arbeiterschaft zu finden glaubt, sondern auch, weil die Masse der Jugendlichen für sie eine große Bedeutung hat, besonders in Anbetracht eines kommenden Krieges, wo es gerade die Jugend sein wird, die als Kanonensfutter für die Profitinteressen der herrschenden Klassen dienen soll. Drei Gesetze sind es vor allem, die besonders die Jugend angehen.

Das Gesetz gegen Schmutz und Schund.

Den Reigen der reaktionären Gesetze gegen die Jugend eröffnet das Gesetz gegen Schmutz und Schund des demokratischen Innenministers Kütz. Dieses Gesetz ist der erste Angriff auf die Freiheit des Wortes und der Presse. Durch dieses Gesetz können alle revolutionären Schriften und Zeitungen für die Jugend verboten werden und ganz aus dem öffentlichen Leben ausgeschaltet werden. Schriften, die auf die Schmutz- und Schundliste gesetzt werden, dürfen an Jugendliche nicht verkauft und dürfen nicht öffentlich angepöbeln, ausgelegt und angeboten werden.

Das Gesetz zum Schutze der Jugend bei Lustbarkeiten.

Dieses Gesetz ist vom Reichstag noch nicht verabschiedet. Der Reichsrat schlägt einige Änderungen vor, die es notwendig machen, daß das Gesetz erneut vom Plenum des Reichstages beschlossen wird. Dadurch, daß dieses Gesetz das Verbot von Veranstaltungen sowohl künstlerischer wie anderer Natur (z. B. auch Jugendweihen) erlaubt, ist es ein erster Angriff auf das Vereins- und Versammlungsrecht der arbeitenden Jugend. Mit Annahme dieses Gesetzes wird es jeder Polizeibehörde freistehen, alle Veranstaltungen des Jungproletariats zu verbieten und so ihr öffentliches Auftreten unmöglich zu machen. Es besteht kein Zweifel, daß auch der neue Reichstag dieses vom Bürgerblock vorbereitete Gesetz annehmen wird.

Wie sich das Lustbarkeitsgesetz auswirken wird, zeigen am besten die Zustände in Bayern und Württemberg, wo mit allen Schikanen die revolutionären Jugendorganisationen, der Kommunistische Jugendverband und der Jung-Spartakus-Bund verboten werden und ihnen ein öffentliches Auftreten so gut wie unmöglich gemacht wird.

Das Reichsschulgesetz.

Es ist dies das dritte Gesetz gegen die Jugend, das vom Innenminister Reudell dem Reichstag vorgelegt wurde. Es steht die vollständige Auslieferung der Schule an die Kirche vor. Die geistliche Schulaufsicht soll wieder eingeführt werden, die Einheit der Schule soll wieder erreicht werden durch die Trennung der Kinder nach Konfessionen. Wenn dieses Gesetz der Kinder nach Konfessionen ist, so ist die Gefahr auch noch nicht abgemindert, so ist die Gefahr der Schulverfassung noch nicht gebannt und die Jungarbeiterkämpfe hat allen Anlaß, auf der Hut zu sein und den energichsten Kampf zu führen gegen die Leute, die die arbeitende Jugend durch religiöse Verdrümmung zu billigen Arbeitsklaven und Kanonensfutter für kommende Kriege erziehen wollen. Welche Erfolge der Klerus auf diesem Gebiete schon aufzuweisen hat, zeigt u. a. die Tatsache, daß

in einem Teil der Berufsschulen der Religionsunterricht schon Eingang gefunden hat.

„Die Jugend ist gegen Ausbeutung sowie gegen fittliche und geistige Verwahrlosung zu schützen.“ (Artikel 122 der R.-Verf.) Der Reichstag hat nichts unternommen, um die Jugend gegen Ausbeutung zu schützen. Dagegen hat er sich der „fittlich verwahrlosten“ Jugend im weitesten Maße „angenommen“, wobei er unter fittlicher Verwahrlosung die revolutionäre Jugend versteht, wie schon die oben angeführten Gesetze beweisen. Für die fittliche Hebung des Volkes, insbesondere der Jugend, werden mehr als 600.000 Mark ausgeworfen, aber die Entwürfe der Kommunistischen Partei auf Errichtung von Jugendheimen wurden von diesem Reichstag abgelehnt. Es versteht sich von selbst, daß diese Gelder verwendet werden für mörderische Zwecke, um die Jugend der Kirche und den Pfaffen auszuliefern. Wie der Reichstag für die Jugend sorgt, dafür sind auch die Zahlen charakteristisch, die er für die Erziehung der Jugendhilfe ausgibt. Für

Studentenwirtschaftshilfe wurden 1,8 Millionen Mark ausgegeben. Für Fortbildungsschulwesen und Erziehungszwecke 300.000 M., also weniger als 10 Proz. obiger Summe. Das sind einige Ziffern aus dem Etat des Bürgerblocks. Nicht anders in Preußen, wo die Jugendfürsorge in den Händen des laib. Zentrums liegt.

Es war aber gerade die Zeit der Herrschaft des Bürgerblocks, in der die Ausbeutung der Jugendlichen gewaltig verschärft wurde. Die Rationalisierung zog Tausende neuer Jungarbeiter in den Produktionsprozeß, die zum Teil die erkrankten Arbeiterströme verdrängten. Die Jollpolitik brachte eine Erhöhung der Preise, mit der die Erhöhung der Löhne längt nicht Schritt hielt. Die Zahl der Jugendelbstmorde ist auf 167 gestiegen; die Kinderarbeit breitete sich aus und hat vor allem in der Landwirtschaft katastrophale Ausmaße erreicht. In einer Umfrage wurde festgestellt, daß jeder 8. Jungarbeiter und jede 7. Jungarbeiterin Sonntagsarbeit leisten muß.

Die Bürgerblockregierung hat alles getan, um die Ausbeutung der Jugend zu erleichtern, nichts aber, um sie zu verhindern und zu hemmen. Hier ist in erster Linie zu nennen das Arbeitszeitgesetz, das

für Jugendliche unter 16 Jahren einen 10. bis 11stündigen Arbeitstag

und für Jugendliche über 16 Jahren einen 12. bis 14stündigen Arbeitstag erlaubt und praktisch alle Bestimmungen über Begrenzung der Arbeitszeit auf 8 Stunden aufhebt.

An zweiter Stelle ist hier zu nennen der Entwurf eines Berufsausbildungsgesetzes, der dem kommenden Reichstage vorliegen wird. Dieses Berufsausbildungsgesetz bringt so gut wie keine Verbesserungen für den Lehrling. Ein großer Teil der Lehrlinge, nämlich alle, die in der Landwirtschaft und in landwirtschaftlichen Nebenbetrieben beschäftigt sind, sind vom Gesetz einfach ausgeschlossen. Die Frage des Minderjährigenrechts wird vorwiegend umgangen (die Unternehmer haben natürlich sofort gelodert, daß das Minderjährigenrecht ausdrücklich im Gesetz festgelegt wird). Garantien für eine richtige und gute Berufsausbildung fordert der Gesetzentwurf nicht, dagegen steht er vor, daß die

Lehrlinge mit häuslichen Arbeiten im Haushalt des Lehrherrn

beschäftigt werden können. Ebenfalls verlangt er, daß der Lehrherr dem Lehrling außerhalb der Arbeitszeit (1) Zeit gibt (1), den Gottesdienst und Veranstaltungen für die Jugend zu besuchen.

Die Sozialdemokratische Partei und die arbeitende Jugend.

Alle Angriffe des Bürgerblocks auf die Jugend wurden unterstützt von den Demokraten und Sozialdemokraten. Die Gesetze gegen Schmutz und Schund und zum Schutze der Jugend bei Lustbarkeiten brachte der demokratische Innenminister Kütz im Reichstag ein. Ein Teil der Demokraten stimmte für diese Gesetze. Die Sozialdemokraten beschränkten sich darauf, im Reichstag gegen die Gesetze zu stimmen, aber die Vertreter der Preußenregierung, eine Regierung, in der Sozialdemokraten sitzen, stimmten im Reichstag für das Gesetz gegen Schmutz und Schund und verhielten ihm so zur Annahme. Beim Gesetz zum Schutze der Jugend bei Lustbarkeiten wurden lediglich im Reichsrat einige Änderungen angenommen, die ganz unwesentlich sind und vom Bürgerblock akzeptiert wurden. Die Sozialdemokraten lehnten die Mißtrauensentwürfe der Kommunisten gegen den Innenminister Kütz ab oder enthielten sich der Stimme. Auch

gegen die Regierung des Bürgerblocks führten die Sozialdemokraten keinen ernsthaften Kampf. Sie betrieben eine Vertuschung der Scheinopposition, die in Wirklichkeit auf eine Unterwerfung der Arbeiterkämpfe hinauszielte. Daß sie gegen die Kirche und für die Förderung der Schule nichts Ernstliches unternommen werden, beweist am besten ihre Politik im Preußenparlament, wo sie mit dem Zentrum in einer Regierung saßen. Die Preußenregierung gibt der Kirche gegenwärtig 72 Millionen Mark Zuschüsse.

Nicht anders steht es um die SAJ aus. Statt die Arbeiterjugend für den Kampf um ihre Forderungen zu organisieren und mobilisieren, haben sie sich dem Reichsausschuß Deutscher Jugendverbände angeschlossen, in dem alle Jugendorganisationen, von der Deutschnationalen Volkspartei bis zur Sozialistischen Arbeiterjugend, zusammengeschlossen sind, und wollen mit Hilfe dieser reaktionären Organisationen die Forderungen der Jugendlichen durchsetzen.

Die Gefahr eines neuen imperialistischen Krieges wird immer größer. Mit allen Mitteln versuchen die imperialistischen Mächte, eine Krisensituation gegen den Bürgerblock herbeizuführen, um die Jugend vor die Front zu rufen. Die Ausgaben für die Rüstungen sind seit dem Jahre 1924 kolossal gewachsen. Die Reichswehrbetriebe für 1928 sieht eine Steigerung um 250 Millionen Mark gegenüber dem von 1924 vor. Dieser Ausbau ist ein Zeichen des arbeitenden Volkes für den deutschen Militarismus, die alle nur mit Hilfe der Sozialdemokratie geschehen, die alle unterließ, um eine breite Kampagne gegen die deutschen Rüstungen zu führen.

Die Frage eines neuen Krieges ist von größter Bedeutung für die arbeitende Jugend. Sie muß sich zumutendsten, in einheitlicher Front gegen den Krieg und die Kriegsvorbereitungen zu kämpfen. Kampf gegen den imperialistischen Krieg heißt Kampf gegen den Bürgerblock und seine Helfer, die Sozialdemokraten.

Gibt am 20. Mai die Antwort. Der KJVD und die Kommunistische Partei sind die einzigen Organisationen, die wirklich für die Interessen der arbeitenden Jugend eingetreten sind. Die Kommunistische Partei ist die einzige Partei, die unter

Die jungen Arbeiter in der Sowjet-Union



Genießen bei vier- und sechsständiger Arbeitszeit eine vorbildliche Ausbildung in Betriebsschulen

ihren Spitzenkandidaten einen Vertreter der Jungarbeiterkämpfe hat. Sie und der KJVD stellen für die Jungarbeiter folgende Forderungen auf:

- Herabsetzung des Wahlalters auf 18 Jahre.
- Böbliche Vereinnahmung, und Verfallensfreiheit für die proletarische Jugend.
- Schulstundentag für alle Jugendlichen unter 18 Jahren, Einbeziehung der Berufsschulen in die Arbeitszeit! Achtstundentag für Jugendliche über 18 Jahre.
- Besahnter Biermosenurlaub im Jahre und Unterbringung der Jugendlichen in Ferienheimen.
- Obligatorische, unentgeltliche Berufsausbildung für alle Jugendlichen bis zu 18 Jahren.
- Aufbau der Berufsausbildung auf den praktischen Unterricht nach den Grundrissen der Arbeitsschule.
- Abkündigung der individuellen Lehrverträge und Regelung der Berufsausbildung durch Kollektivverträge, — Zweijährige Lehrzeit.

Schulforderungen:

Gegen die Einführung des reaktionären Reichsschulgesetzes, für die Einheitlichkeit und Weltlichkeit des gesamten Schulwesens. Wahl von Klassenvertrauensleuten, Schülerräten und Anerkennung derselben durch die Schulbehörden. Mitbestimmungsrecht am Lehrplan und in allen Schultagen. Die Kommunisten machen den Jungwählern keine Versprechungen, daß der kommende Reichstag diese Forderungen verwirklichen und ihre Lage verbessern wird. Sie legen klar und deutlich die Wahl des Stimmzettels kann das Schicksal der Arbeiterklasse entscheiden. Die Arbeiterklasse und ihre Jugend kann ihre Ziele nur dann verwirklichen wenn sie die Herrschaft der Ausbeuter niederwirft wenn sie die Macht erobert, die Diktatur des Proletariats errichtet. Nur uns ist der Wahlkampf eine Gelegenheit zur Mobilisierung der Massen und die Abgabe des Stimmzettels für die kommunistische Liste eine Vereinskampferklärung zum Kampf.

Gibt dem Bürgerblock und den Koalitionsparteien, den Wegbereitern des neuen Krieges die Antwort. Gebt ihnen die Antwort für die reaktionären Jugendgesetze. Zählt ihnen beim für euer Leben, an dem sie voll und ganz die Schuld tragen.

Wählt am 20. Mai Kommunisten! Kämpft mit uns gegen den imperialistischen Krieg! Für die Verteidigung der Sowjetunion! Für die Forderungen der Jungarbeiterkämpfe! Gegen den Bürgerblock und gegen die reaktionären Gesetze!

Reichsjugendtag des KJVD. in Chemnitz



Wehe den Wahnsinnigen die es wagen Sowjet-Russland beim Aufbau zu hindern

ein gewaltiger Aumarsch gegen Bürgerblock und Kriegsgefahr

C Günstige Einkaufsquellen für Arbeiter, Angestellte und Beamte in der Oberlausitz C

EIBAU

Fleische und Wurstwaren
Normann Leuge, Bürgerweg 405 63351

Fleischerei und Gastwirtschaft
Bruno Koch, Hermannstraße 63352

Fahrräder, Nähmaschinen, Sprachapparate, schall. Ersatzteile, eigene Reparaturwerkstatt, Gustav Donath
Schulstraße 362b 63358

Gerichts-Kreischaan
Ballsaal, Vereins- u. Fremdenzimmer empfiehlt sich der Arbeiterschaft
A. Hohmann, Hauptstraße 2 63354

Wollwaren, Trikotagen und Kurzwaren
Anna Reiser, Hauptstraße 33 63356

Th. Lehmann
Eisenwarenhandlung, Haus- und Küchengeräte in großer Auswahl
Hauptstraße 372 63356

E. Julius Neumann Jr., Bahnhofstraße
Kleider, Mäntel, Wäsche, Bettfedern, Gardinen, Decken
Sächs. Staats-Lotterie-Einnahme 63357

Kohlen, Briketts
W. Wünsche
Spedition 63358

Uhren und Goldwaren
ADOLF KRIEDEL, Hauptstraße 63359

Kolonial-, Grün- und Porzellanwaren, Weine, Spirituosen, Delikatessen und Tabakwaren, P. Reinhold Röhlig
Hauptstraße 303 63360

Gasthaus „Zur Amelise“
bestehender Ausloger, Ballsaal, Vereinszimmer
Alpenstube und schattiger Garten
Des. Osw. Schneider, Hauptstraße 276 63361

Fleischerei und Gastwirtschaft
Emil Schulze, Grenzstr. 208 63362

Stedtmers Möbellager
Eibau 63363

Lebensmittel-Haus
Gustav Hauptmann, Hauptstraße 270 63364

Fisch-, Grünwaren, Delikatessen
Paul Heinke, Hauptstr. 321 63410

Fleisch- und Wurstwaren
Franz Jentsch, Hauptstraße 63445

EIBAU-WALDDORF

Kreischaan-Walldorf
empfiehlt Konzert- und Ballsaal sowie Gesellschaftssaal, Vereins- und Fremdenzimmer
Frau verw. Weise 63365

Gasthaus Friedenseiche (Spiele)
Vereinszimmer, Garten für alle Veranstaltungen
HERMANN ADAM 63366

KONIGSHAIN

ERNST SCHOLZE
Kolonial-, Drogen- u. Kurzwaren / Nr. 51 63376

Spezialbäckerei und Fleischerei
Max Dreßler / Nr. 66 63376

MAX POHL
Bäckerei und Kolonialwaren / Nr. 182 63376

Gerichtskreischaan Königshain
63376

Hedwig Jung
Brot- und Weißbäckerei 63377

Bergschänke
Inhaber Ferd. Heldrich 63378

Richard Primazek
Stoffapparate / Gärtnerei u. Tischmalerarbeiten 63379

Reinhold Böhm
Fleisch- und Wurstwaren / Nr. 146 63379

Max Wildner
Herrschneidererei und Textilwaren / Nr. 62 63379

Gasthaus und Fleischerei zum kühlen Grund
63379

Max Schubert
Schuhwaren und Reparatur 63379

JOHANN KLAUS
Malerarbeiten 63379

NEUGERSDORF

Kurt Usemann
Weststraße 7
Kohlen / Briketts / Muskator
Geflügelfutter 63477

Reinhold Röhlig, Friseur
Carolastraße 48 63428

C. Jul. Röhlig
Größtes Spezialhaus f. Damen-, Herren- u. Kinderbekleid., Stofflager, Anfertigung n. Maß, Allerbilligste Preise 63422

Deutsches Kauhaus
Hauptstraße Rosenstraße Fernspr. 2395
Anleiten und größtes Lager in Eisenwaren, Blech- und Küchengeräten, Luxuswaren / Dir. Geleitungsgegenstände usw. / Geschäfteprinzip: Verkauf v. Waren nur unter Firmen 63430

Kreuz-Apotheke
Neugersdorf
Hauptstraße 63431

Oberlausitzer Wurstwaren-Fabrik
Robert Kaiser, Hauptstraße 11 63437

EBERSBACH

A. WÜNSCHE
Mineralwasserfabrik
Landeskrone-Bierverlag 63374

Kreuz-Drogerie E. Hentschel
Drogen, Farben, Chemikalien, Lacke
Hauptstraße 74b 63373

Richard Wünsche, Friseur
Hermann-Wünsche-Straße 568 H 63367

KOLONIALWAREN
Spez.: Klemm-Kaffee
Arthur Wagner, Georgswalder Straße 784 E 63377

Eisenwaren, Haus- und Küchengeräte, Werkzeuge, Stabfelsen
Alfred Börner, Markt 63378

Deutsches Café
empf. seine Lokalitäten
Paul Schuster, Hauptstr. 132 63371

SEIFHENNERSDORF

Hotel und Café zum Kreischaan
Ballsaal - Große Vereinszimmer
Großes Gelände für Veranstaltungen 63366

Fr. Ernst Paul Jr.
Zollstraße
Damen-Konfektion u. sämtliche
Textilwaren 63364

Klempnerlei, Haus- und Küchengeräte
Gustav Dehner, Hauptstr. 578 63366

Restaurant zur Kanone
Inh. Berta verw. Marschner
- Vorzügliches Mittagstisch - 63366

S. Schmidt, neben der Kirche
Spezial- für Foto- u. Hoch- Spielwaren 63368

Fleisch- und Wurstwaren
Rag Neumann, Leutersd. Str. 730 63362

OSTRITZ

EDUARD STRITZEL
Kolonial- und Tabakwaren, Delikatessen, Süßwaren 63417

Max Müller, Markt 66
Fleisch- und Wurstwaren 63446

Hermann Schulze, Konditorei, Bäckerei
Bahnhofstraße 243b 63449

Rich. Mayer
Schuhwaren u. Repar. Pradestraße 95 63454

Richard Sprenger
Bürgerstraße 53
Leder-, Polster- und Galanteriewaren 63455

Otto Sprenger
Zollstraße 53
Zigarren-Geheiß 63451

Paul Schwerdtner
Markt 43
Uhren, Gold- und Silberwaren 63378

BERNSTADT

Richard Riccius
Werkstatter, Gölitzstr. 139 63448

Otto Göhde, Inh. M. Göhde
Schuhwaren und Reparaturen 63447

J. Reimer, Gölitzstr. 229
Uhren- und Möbellager 63449

Karl Röhler, Gölitzstr. 182
Hüte, Mützen und Pelzwaren 63448

Edm. Berthold, Gölitzstr. 110
Häute und Schenkerarbeiten und Porzellan 63450

Pelz Ritter
Haus- und Küchengeräte
Gölitzstr. 191 63445

Schützenhaus
Reitzer Straße 38
Empf. der Arbeiterschaft u. Lokallisten 63444

Konditorei und Café Arthur Kockel
Zittauer Straße 254 63462

Gustav Güttler
Inh. Harry Blackburn
Manufaktur- und Modewaren 63467

C. Wiesenhütter, Gölitzstr. 107
Fahrradhaus 63461

Fleisch- und Wurstwaren
Reinhold Schuster, Schulstr. 16 63435

Lebensmittelhaus Martin Flamin
Hauptstraße 21
Silberstraße 63436

Hotel „Stadt Zittau“
definitiv mit Bierbuch meinen freundl. Gast (auch Gasthäuser) zu empfangen
Familie Fritz Schöbel 63438

Georg Pitkowski
Goldschmiedemeister
Neugersdorf, Hauptstraße 48 63431

Schuhwaren - Reparatur - Werkstatt
Fritz Lowke
Rosenstraße 7 63430

Kari Liebmann
Motor- und Fahrradhaus & Autovermietung
Fernspr. 2319 Rosenstraße 13 63433

GASTHAUS ZUR KRONE
Kurt Seidel, Hauptstraße 447 63590

Frieda Tisch / Hauptstraße 513 / Kornelie
Gummwaren, sowie sämtl. Prozessartikel 63581

Porzellan- u. Grünwaren, Delikatessen
Hermann Engelmann, Hauptstraße 551b 63582

Fleisch / Wurstwaren
Willy Große, Heine, Grenzstraße 858 63583

ALWIN HEMPEL
Kartoffeln, Obst und Gemüse
Marktplatz 63584

Stadt Leipzig
empfiehlt sich der Arbeiterschaft
Martha Harapp, Hauptstraße 63585

„SEDLA“
Erich Schubert, Hans Storch,
Reinhold Röhlig
Landwirtschaftliche Verkaufsstelle
Schulstraße 903b 63579

Herren- und Damen-Häute-Galon
Barfüß- und Bekn.-Zetteln
Arthur Michel, Oberdorf 445 63585

Arthur Franze, Bäckerei / Konditorei
Spezialität: Hohl- und Pflaumenkuchen 63584

Fleisch- und Wurstwaren empfiehlt
Fritz Franze, Rumburger Str. 387 63587

Rols / Offener Kohlen / Briketts
Reinhold Stolle, am Bahnhof 63584

Hermann Stolle, Nr. 146
Schuhmacher und Schuhlager 63582

Fleisch- und Wurstwaren empfiehlt
Richard Franze, Nr. 198 63581

Uhren / Goldwaren
Hilfred Conrad, Hauptstraße 560 63589

Conrad Sprenger, Pradestraße 64
Hut-, Mützen- u. Filzwarenlager 63580

Alfred Krause, Edm.-Kretschmar-Straße 196
Böttcherei / Holz- und Leiterwagen 63379

Robert Buder, Edm.-Kretschmar-Straße 256
Buch- und Papierhandlung / Buchbinderei 63380

H. Muschter Nachf., inn. B. Sprenger
Warenhandlung / Edm.-Kretschmar-Str. 191 63444

Bäckerei Walter Geißler
Klosterstraße 4 63446

Andreas Emmerich, Rößlerplatz 18b
Kolonialwaren 63444

Frieda Rauermann, Rößlerstr. 15
Brot- und Weißbäckerei 63377

Richard Günzel, Markt 7
Kolonialwaren 63446

Brot- und Weißbäckerei
Max Hempel, Markt 299 63458

Oskar Fritzsche, Neustadt 10, Sattler und
Polsterwaren, Textil- und Kolonialwaren 63469

Emil Riccius & Söhne, Bautzenstr. 57
Feine Fleisch- und Wurstwaren 63463

Reinhold Stedtmers
Lebensmittel Markt 286 63455

OLBERSDORF

Hedwig Ulrich / Lebensmittel
Oberdorf 330b 63374

Heinrich Zückert, Fleisch- und Wurstwaren
Oberdorf 341b 63248

Walter Kluge
Fleischerei und Restauration
Oberdorf 224 63248

Willy Schuster / Bäckerei
Zittauerstr. 50 63248

Hermann Lange / Feine Fleisch- und
Wurstwaren / Fleischerei 322 E 63249

Emil Jöhnel / Lebensmittel- und
Mittelspeiserei / Fleischerei 322 d 63250

Max Hoffmann / Brot- und Feinbäckerei
Niedung 523 C 63251

Hermann Rothmann / Fahrrad- und
Maschinenbauwerkstatt / Oberdorf 193 63243

Alex Skoda, Oberdorf 172
Schuhwaren und Reparaturwerkstatt 63241

EMILIE GONNERT, WACHP.
WARENHANDLUNG, Hauptstraße 33b 63239

Paul Micklisch, Nr. 74
Metallwaren 63238

Marie Lindner / Kolonialwaren
Hauptstraße 84 63237

Gustav Richter, Hauptstraße 409b
Brot-, Weiß- und Feinbäckerei 63234

Taubmann's Restaurant
Mitteldorf 136 63247

Fleisch- und Wurstwaren
Frühlingschenke
Hauptstraße 99 63236

Heinrich Eisner
Kolonial- und
Tabakwaren
Hauptstraße 391 63236

Bruno Neumann
Haus- und
Küchengeräte
Oberdorf 180 63242

Franz Prasse
Bäckerei
Oberdorf 165 63240

NIEDER-ODERWITZ

Linke
Elektro-, Korb- und Küchengeräte 63345

Paul Gutsche
Fleisch- und Wurstwaren 63344

Alfred Goldberg
Brot-, Weiß- und Feinbäckerei 63346

Adolf Neumann
Sattlerei / Lederwaren u. Kinderwagen 63347

Alwin Jähne
Kolonialwaren und
Zettelfabrikanten 63348

Albert Wehner
Arbeitskleidung 63349

Chr. Günzel
Schuhwaren und
Reparaturwerkstatt 63351

Max Schuster
Brot- und
Weißbäckerei 63352

Max Trenkler
Fahrräder billiger.
Eigene Fabrikation
Landberg 63350

Herm. Rudolph
Kolonialwaren
Drogen und Farben
Nr. 11b 63351

OTTO WEBER
A. 138 63501

E. G. Deutscher Nachf., Rudolf Seibow
Kaffee- und Teehandlung, Kolonialwaren-Großhandel
Fertner 30 (310) 63501

Hans Bartisch
Weinen und Baumwollwaren
Nr. 21, 391b 63374

OBER-ODERWITZ

Carl Gustav Gläthe
Drogen / Farben / Lacke 63394

Gustav Döring
Fahrräder / Nähmaschinen / Schreibapparate 63395

Paul Jährig
Fleisch- und Wurstwaren 63445

Billige feine Schmuckwaren / Niederlage von
Kaiser's Kaiser, Oberdorf u. Backwaren-
fabrikanten / Inhaber: Hilde Herrmann
Ober-Oderwitz, Nähe Hauptbahnhof 63445

RICHARD MICHEL
Buchbinderei / Papierwaren / Geschnittenarbeiten 63445

FRIEDERSDORF

Referiert Nr. 118.
63389

Kreischaan u. Fleischerei
Nr. 36 63260

EMIL KADE
Metallwaren
Nr. 97 63260

Der Freiheit höchster Gipfel

Diebstahl — aber was folgt?

In diesen Tagen lassen die Reformisten die Masken vollständig fallen. Was macht es ihnen aus, daß sie in allen Gewerkschaftsversammlungen die Neutralität in den höchsten Tönen gepriesen haben, um die Opposition mundtot zu machen.

Mandate für die SPD zu erringen — ist jetzt die Hauptaufgabe der Gewerkschaftsbureaucratie.

In allen Gewerkschaftsredaktionen herrscht Hochbetrieb. Alles verfügbare Material gegen die Kommunisten muß zusammengetragen und entsprechend ausgeschlachtet werden. Neuherungen von früheren Mitgliedern der SPD, die wegen Arbeiterverrat aus unserer Partei ausgeschlossen wurden, werden benutzt, alle Dinge auf den Kopf gestellt und dazu noch an sonstigem Schwindel zusammengestellt, was man sich nur aus den Fingern saugen kann.

Alle Gewerkschaftszeitungen sind von Verleumdungen und Beschimpfungen der kommunistischen Partei und ihren Anhängern. Keine Seite ohne Wahlschläge für die SPD.

Die Gewerkschafts-„führer“, die eben noch gezeigt haben, daß die Abwürgung gewerkschaftlicher Kämpfe ihre Lebensaufgabe ist, sind auf Reisen. Überall im Reich rühren sie in Versammlungen, die von den Gewerkschaftsverbänden eingeladen und organisiert werden, die Werbetrommel für die Partei der Großen Koalition und der Arbeitsgemeinschaft mit dem Unternehmertum. Diskussion wird natürlich meistens in diesen Veranstaltungen nicht zugelassen oder nur in beschränkter Weise gewährt.

Als das geschieht in Gewerkschaftsorganisationen, in denen die „Neutralität“ und die „Demokratie“ das Hauptargument gegen die Opposition darstellen.

Wer aber bezahlt diese Wahlpropaganda für die SPD?

Die kommunistische Partei erhielt bei der Reichstagswahl im Mai 1924 nahezu 4 Millionen Stimmen. Es ist anzunehmen, daß die Wahlen am 20. Mai einen erheblichen Zuwachs für die SPD bringen. Nehmen wir aber nur die 4 Millionen als Grundlage.

Grob gerechnet sind von diesen 4 Millionen mindestens

2 Millionen Gewerkschafter,

die regelmäßig ihre Verbandsbeiträge abliefern. Alle oppositionellen Mitglieder der Gewerkschaften zahlen diese mühselig verdienten Groschen doch nur zu dem Zweck, die Gewerkschaftsorganisationen finanziell zu kräftigen, um die Interessen der Werktätigen gegen die Ausbeuter verteidigen zu können.

Kein Statut berechtigt die Reformisten, diese Gelder für die Propaganda der SPD zu verwenden! Keinem Mitglied hat man jemals zu sagen gewagt, daß ein Teil der Gewerkschaftsgelder für die Sozialdemokratie und ihren schamlosen Kampf gegen die Kommunisten benutzt werden soll! Keine Abrechnung irgendeiner Gewerkschaft wird offiziell die Ausgabenübersicht enthalten!

Wahlgelder für die Sozialdemokratie.

Wie soll man eine solche schändliche Handlungsweise benennen? Jeder ehrliche, klassenbewußte Arbeiter wird und muß uns bestimmen, wenn wir sagen:

Die Gewerkschaftsbureaucratie begeht hier ganz offen und brutal Diebstahl! Diebstahl an den Arbeitergroschen, die für den Existenzkampf der Ausgebetteten bestimmt sind.

Aber nicht nur das! Mit den Beitragsgeldern der oppositionellen Gewerkschaftsmitglieder wird gegen die Bestohlenen selbst der Kampf geführt, ohne daß diesen die Möglichkeit gegeben wird, ihre Anschauung zu verteidigen. Während die Gewerkschaftsbureaus für die Sozialdemokratie arbeiten, während die Angestellten der Verbände sich auf Parteitagsreisen für die Partei der Koalition und des Schlichtungsschwindsels befinden,

bleibt die gewerkschaftliche Arbeit überall liegen, bleiben die von Arbeitergroschen bezahlten Angehörigen auf die Vertretung der Interessen der Mitglieder.

Jetzt erst wird es so manchem Arbeiter und vielen Arbeiterinnen klar, warum es die Gewerkschafts-

bureaucratie so eifrig betreibt, die Kämpfe der Arbeiterklasse abzuwürgen. Nichts ist doch der Reformisten so wichtig, als im Wahlkampf nicht behindert zu werden durch Streiks und Ausperrungen.

Die höchste Stufe reformistischer Freiheit erklimmen diese Burschen aber, indem sie in besonderen Anweisungen an die Gewerkschaftsfunktionäre, also auch an die oppositionellen, verlangen, daß die Flugblätter des ADGB und die Verhandlungsprotokolle mit ihren Scherereien gegen die Kommunisten auf jeden Fall noch vor dem 20. Mai ausgegeben werden müssen.

Dabei verfolgen die Reformisten bewußt die Absicht, die klassenbewußten Gewerkschaftsfunktionäre in eine Zwangslage zu treiben. Sie wissen zu genau und bauen darauf ihre Kalkulation, daß diese Funktionäre über eine solche niederträchtige Zumutung in höchstem Grade erbittert sind, und erwarten die Nichtbefolgung dieser Anweisung, um dann desto leichter mit Nachsetzungen und Ausschlüssen aus dem Verband vorgehen zu können.

Die Ausnutzung der freien Gewerkschaften für die Parteiinteressen der Roste und Scheidemann, der Blaschke und Barmat-Fauser zeigt den Grad der Verblöpfung dieser korrupten Gesellschaft in grellem Lichte. Sie sehen sich mit aller Strapazierfähigkeit über die Rechte der Mitglieder hinweg, entziehen die Gewerkschaftsgelder ihren Be-

Schiebungen der SPD bei der Wahl zum Gesamtbetriebsrat der Stadt Dresden

Nachdem die Wahlen zu den Einzelbetriebsräten der städtischen Betriebe abgeschlossen sind, beschloß der Gesamtbetriebsrat die Einleitung der Neuwahl des Gesamtbetriebsrates.

Der Wahlvorstand besteht aus den drei ältesten Vorsitzenden der Einzelbetriebsräte. Die Aufstellung der Kandidaten wurde den Einzelbetriebsräten je nach der Stärke der Betriebe mit der Maßgabe übertragen, daß die in den Einzelbetriebsratswahlen gemachten Vorschläge dem Betriebsauswahlgremium des Gesamtbetriebsrates zum Zweck der Aufstellung einer freigewerkschaftlichen Vorschlagsliste übermitteln wurden.

Am 7. Mai lief die Zeit zum Einreichen der Vorschlagslisten ab. Am gleichen Tage fand vormittags eine Betriebsauswahlgremiumssitzung statt, in der die Aufstellung einer freigewerkschaftlichen Vorschlagsliste vorzubereiten sollte. In dieser Sitzung wurde bekannt, daß von der Straßenbahn 2 Vorschläge mit je 7 Kandidaten vorliegen, nämlich ein Vorschlag des Arbeiterrates und ein Vorschlag der SPD, eingereicht von dem Kollegen Bernad.

Von den SPD-Betriebsauswahlgremien wurde versucht, den Vorschlag des Arbeiterrates der Straßenbahn mit dem Vorschlag Bernad (SPD) dergestalt zu verbinden, daß von jeder Liste 3 Vertreter genommen werden sollten; über den vierten Kandidaten sollte das Los entscheiden. Diese Zumutung wurde

Nimmungen, gehen hohnfroh über alle Proteste der Opposition zur Tagesordnung über.

Und all das führt die Gewerkschaftsbureaucratie mit der vollen Absicht durch, die Opposition aus den Gewerkschaften herauszutreiben, den klassenbewußten Gewerkschaftlern die Mitarbeit zu verweigern, um so die Spaltung der Gewerkschaften durchzuführen zu können.

Der ungeheure Verrat in den wirtschaftlichen Kämpfen der Arbeiterklasse und der Diebstahl der reformistischen Gewerkschaftsliste an Arbeitergroschen ist

ein hartes Lehrbeispiel für das Proletariat.

Der Kampf der kommunistischen Partei gegen diesen Verrat an den Interessen aller Werktätigen wird, wenn das überhaupt noch nötig wäre, durch diese Handlungsweise vollumfänglich gerechtfertigt. Die Antwort auf diese freche Anmaßung kann keinem Arbeiter, keiner Arbeiterin schmerzlich fallen.

Keine Stimme dieser Knegepartei! Keine Stimme den Saboteuren der Arbeiterbewegung! Kein einzelner Proletarier stimmt morgen für die Partei des Schlichtungsschwindsels!

Für und mit der kommunistischen Partei gilt es am 20. Mai das Ergebnis des rücksichtslosen Kampfwillens gegen die kapitalistische Gesellschaft und ihre reformistischen Helfer abzugeben.

Millionen von Arbeiterstimmen für die Liste 5

werden der bürgerlichen Gesellschaft und ihren Knechten Angst und Schrecken einjagen.

Alle Betriebe
4 RECHTSTREIFEN
DES REB
PFINGSTEN
1928 IN BERLIN

vom Genossen Gruner abgelehnt. Daraufhin verschwand unter Angabe fadenheiner Gründe ein SPD-Mann nach dem andern. Der Gewerkschaftsvertreter, Kollege Neusch, hatte sich schon vorher aus dem Staube gemacht. Demnach war praktisch zur Gesamtbetriebsratswahl keine freigewerkschaftliche Vorschlagsliste, entsprechend den Beschlüssen der Einzelbetriebsräte, zustande gekommen.

Von Genossen Gruner wurden nun allein sämtliche Vorschläge der Einzelbetriebsräte zu einer freigewerkschaftlichen Vorschlagsliste zusammengeleitet und noch am selben Tage bei dem Wahlvorstand (Kauth [SPD]) in seiner Wohnung eingereicht. Am 9. Mai wurde nun vom Wahlvorstand dem Genossen Gruner mündlich mitgeteilt, daß 2 Vorschlagslisten eingegangen seien und daß die Zustimmungserklärungen der freigewerkschaftlichen Vorschlagslisten eigentlich zu der anderen (SPD-Liste) gehörten.

Am 9. Mai wurde weiter dem Genossen Gruner schriftlich mitgeteilt, daß er die freigewerkschaftliche Vorschlagsliste entsprechend ändern solle, da die SPD-Kandidaten (bis auf einen, u. z. den Kollegen Jakob) ihre Zustimmungserklärung zurückgezogen hätten. Dieses Anstehen wurde vom Genossen Gruner erneut abgelehnt, da die von ihm ausgereichte freigewerkschaftliche Vorschlagsliste alle Voraussetzungen, die das ABG vorschreibt, erfülle, und bei ihm kein derartiges Verlangen von den Kandidaten gestellt worden sei.

Der Wahlvorstand teilte nunmehr den Arbeiterratsmitgliedern die beiden Vorschlagslisten mit, jedoch mit der Streichung der Kandidaten der SPD, ohne Jakob (SPD), auf der vom Genossen Gruner eingereichten freigewerkschaftlichen Vorschlagsliste.

Da diese Schiebung des SPD-Wahlvorstandes schon ein arbeitsgerichtliches Nachspiel haben wird, darf man auf den Ausgang dieser Angelegenheit gespannt sein. Die Gemeindefabrik Dresden können aus diesem Beispiel wiederum erkennen, daß die SPD auf jede Demokratie pfeift, wenn sie ihre Leute unterbringen will.

Trotzdem werden alle oppositionellen Arbeiterratsmitglieder aufgefordert, am Montag dem 21. Mai von 9 bis 12 Uhr im Neuen Rathaus, Zimmer 505, zur Wahl zu erscheinen.

Stimmt für die freigewerkschaftliche Vorschlagsliste Nr. 2

Alle städtischen Arbeiter geben auf diese Schiebung morgen die Antwort und wählen Liste 5!

Deutscher Metallarbeiter-Verband, Verwaltung Neugrosdorf, Montag den 21. Mai 20 Uhr im Restaurant Kuhbaum Mitgliederversammlung, Stellungnahme zur Generalversammlung, Eventuell Aufstellung eines Kandidaten.

Verantwortliche Redakteure: für Text und Zusammenfassung: Rudolf Kerner; für Zeichnungen, Illustrationen, Sport und Karikaturen: Richard Spang; für den Interesentent: Arthur Böhmer; für die Redaktion: Dresden: Verlag: Dresdener Verlagsanstalt — Druck: „Neuna“ — Druckereibetriebe Dresden

Erlebnisse und Wissenswertes aus Sowjetrußland

Von Martha Lewin-John, Dresden
(1. Fortsetzung.)

Klub

Im Laufe des Tages besuchten wir noch verschiedene Arbeiterheime. Zum Beispiel den Klub Smirnow, den Klub der Jugend und den Klub Domiti. Diese Arbeiterheime, ehemalige Jugendheime, werden jetzt von den einzelnen Verbänden, der Jugend und der Partei verwaltet. In ihnen finden wir große Hallen, kleine Vereinszimmer, ein Vereinszimmer, eine Bibliothek, Zimmer für die Frauen, die Jugend, die Pioniere usw. Im Klub Domiti, dem Heim der Metallarbeiter, fand an diesem Tage eine große Zeitungsausstellung und ein öffentliches Schiedsgericht gegen einen Redakteur statt, der sich dort wegen schlechten Artikels und schlechter Aufmachung der Zeitung zu verantworten mußte.

Parteiabspreschung

Am Montag dem 5. März hatten wir eine Besprechung mit dem Genossen Gollit und dem Genossen Pawlitschenko, den politischen Leitern der Partei und des Gouvernements Smolensk. Von ihnen haben wir die folgenden Angaben erhalten: Im Gouvernements Smolensk sind 2.800.000 Einwohner. Infolge der weiten Steppen können etwa 400.000 Arbeiter teils schlecht, teils gar nicht erjagt werden. Von diesen Einwohnern sind noch 65 Prozent Kulaken. Diese haben kein Wahlrecht, müssen aber die höchsten Steuern bezahlen. 80 Prozent der Einwohner sind Kollektive, d. h. der kommunistischen Genossenschaft angegliedert. Der Beitritt zur Kollektive ist kein Zwang. Die Bauern, selbst auf den entlegensten Teilen, fordern diese. Das russische Reich umfaßt 5 Millionen Hektar Land. Dieses war vor dem Kriege wie folgt aufgeteilt: 42 Prozent waren im Besitz der Großgrundbesitzer, d. h. der Fürsten, die ungefähr 1200 Personen zählten. 18 Prozent gehörten der Kirche und nur 40 Prozent waren unter den Mittelbauern und Kleinbauern verteilt. Seit der Revolution ist das Land folgendermaßen verteilt: Die Bauern haben 87 Prozent und die Kollektiven 13 Prozent. Das Verhältnis zwischen Arbeitern und Bauern ist ein gutes. Die Bauern bringen nach der Stadt den Ueberfluß ihrer Ernte und die Arbeiter unterstützen die Bauern finanziell nach besten Kräften. Als die Bauern im Jahre 1927 wegen Geldmangel in Schwierigkeiten gerieten, hat die Partei eine Sammlung von 5 Millionen zur Verfügung zu stellen. Das Resultat war, daß die Bauern wieder mehr Vertrauen gewannen und dadurch die Parteiautorität auf dem Lande wieder gestärkt wurde. Die Bauern und Arbeiter der Städte übernehmen Patenschaften auf Gegenseitigkeit.

Müte

Die Sowjeträte sind bis zu den Knechten und Mägden vertreten. Die Mäte verteilen sich so: 52,4 Prozent sind Arbeiter und Knechte, 44,1 Prozent sind Kleinbauern, 4,5 Prozent sind Bauern mit 4 bis 5 Kühen. Davon sind 4,5 Prozent Parteimitglieder, 7,7 Prozent Jugendliche und 8 Prozent Frauen. Frauen insgesamt sind 18,4.

Die Wahlen finden alljährlich einmal statt, jedoch ausnahmsweise öfter, wenn sich die Sowjeträte irgendwie etwas zuzulinden haben kommen lassen. In diesem Falle werden sie dem Gericht übergeben. Die Wahlen finden öffentlich statt. Ihnen voran geht eine Verammlung, in der Kritik geübt wird über die vorjährige Arbeit, und die Vorschläge zur Neuwahl gemacht werden. Am Durchschnitte werden diese Versammlungen von 50,3 Prozent Bauern besucht. Diese Versammlungen werden deswegen verhältnismäßig schlecht besucht, weil doch die einzelnen Bauernhöfe oft stundenlang von einander entfernt liegen und auch, weil oft ein Abkommen unmöglich ist.

Der Mitgliederbestand in der KPR beträgt im Gouvernements Smolensk 13.000, hinzu kommen noch etwa 1000 Neueintritte als Gegenprotest zu Trozki's Austritt. Dieser Mitgliederbestand verteilt sich auf 46 Prozent Arbeiter und 54 Prozent Bauern. Frauen sind insgesamt 13 Prozent. Ausnahme in der Partei findet ein Arbeiter oder Bauer, wenn er 6 Monate als Kandidat Parteiarbeit geleistet hat, sein theoretisches und praktisches Examen besteht und 3 Genossen als Bürgen stellt. Intellektuelle, die nicht schon vor der Revolution der Partei angehört haben, werden nicht aufgenommen. Das geschieht deshalb, um nicht die Arbeiter und Bauern in ihrer Mehrzahl zu verdrängen.

Nun noch etwas zur Frage Trozki's. Er erklärt Sowjetrußland für zu schwach, um es für die Dauer als freier Arbeiterstaat zu erhalten, inmitten der kapitalistischen Staaten. Ferner behauptet er, daß die Bauern zu wenig Kultur besitzen, um den Staat zu regieren. Außerdem sagt Trozki noch, daß die technischen Kräfte noch viel zu gering seien, um voll und ganz den sozialistischen Aufbau zu vollbringen. Demgegenüber sagt die Partei: Die politische Leitung der Partei muß alle Mittel anwenden, um den letzten Sowjetstaat zu erhalten, bis die Proletarier der anderen Länder ihnen zu Hilfe kommen.

Aufgabe der Partei ist, die Bauern aufzuklären, sie in Kooperativen, d. h. in kommunistische Genossenschaften und Bauernkommunen zusammenzufassen. Wie uns verschiedene Bauern erzählt haben, wird der letztere Weg auch eingeschlagen und findet auch unter den Bauern Anklang. Trozki ist aus der Partei ausgeschlossen und lebt in Wien in Mittelstange als Privatmann, auch unter den Bauern Anklang.

Am Abend des 5. März besuchten wir eine Parteiverammlung. An dieser nahmen auch die im Bereich wohnenden kommunistischen Soldaten der Roten Armee teil.

Katuzhla

Am nächsten Tage hatten wir Gelegenheit, die russischen Betriebe zu besichtigen. Zuerst gingen wir nach der Spulenzabrik Katuzhla. In dieser Fabrik werden die für die Textilfabrik in Tazmo benötigten Spulen hergestellt. Diese Fabrik wurde 1892 von einem Privatmann erbaut und 1900 ging sie in den Besitz des Staates über. Seit 1919 ist sie von der Sowjetregierung im Betrieb genommen. Der Direktor (von Beruf Tischler) ist ein alter Kommunist. Ihm zur Seite steht ein unparteiischer Spezialist als Leiter und ein Verwaltungskomitee von 13 Personen. Von diesen sind 7 Kommunisten. Im ganzen Betrieb sind 614 Männer und 234 Frauen beschäftigt. Außer der Verwaltungsarbeit hat das Komitee noch folgendes zu erledigen: es hat für Reinlichkeit und Pünktlichkeit, für Ordnung und Verteilung der Arbeiten im Betriebsklub und im Betriebsklub zu sorgen und muß stets darauf bedacht sein, daß die sanitären Einrichtungen in Ordnung sind.

Männer und Frauen bekommen für die gleiche Arbeit den gleichen Lohn. Der jährliche Urlaub beträgt hier, für alle gleich, 14 Tage. Schwangere bekommen 8 Wochen vor und 8 Wochen nach der Niederkunft Urlaub bei vollem Lohn. Die Arbeiterin, die für ihre Kinder niemanden zu Hause hat, bringt sie früh in das Betriebskinderheim, ohne dafür Entgelt zu zahlen. Betreut werden sie von einer Ärztin, und Kolleginnen ihres Betriebes, die sich dazu eignen.

Tazmo

Am 6. 3. fuhren wir abends nach dem Textilarbeiterstädtchen Tazmo. Tazmo ist eine sehr große Arbeiterkolonie der dortigen Textilfabrik. Diese Fabrik wurde im Jahre 1872 von einem Kulaken, d. h. Schloßherrn, gegründet. 1883 brannte sie vollständig nieder und wurde danach modernisiert und ausgebaut. Der damalige Besitzer lebt noch heute als Emigrant in Frankreich (er hat sich 1917 nach der Revolution dorthin in Sicherheit bringen lassen). Jetzt ist die Fabrik verstaatlicht. Ihr Direktor R. W. Schalin ist Kommunist. Seit seinem 13. Lebensjahr ist er bis 1907 Textilarbeiter der Fabrik in Sujemow gewesen. Wegen Verfolgung mußte er bis 1917 als Schwarzarbeiter (Gelegenheitsarbeiter) in verschiedenen Betrieben arbeiten. Von 1917 bis 1927 war er Roter Direktor der Moskauer Textilfabrik und nun ist er hier in Tazmo. In der Fabrik werden 6000 Arbeiter beschäftigt, davon sind 56 Prozent Frauen. Gearbeitet wird hier in zwei Schichten. In Tazmo und Umgebung gibt es zur Zeit noch 1500 Arbeitslose, darunter 650 Facharbeiter. Der Grund dafür ist folgender: 1. Infolge Mangels an Rohstoffen ist es nicht möglich, noch eine dritte Schicht arbeiten zu lassen; 2. sind die Maschinen, da sie zu alt sind (sie stammen noch teilweise aus dem Jahre 1872), nicht mehr so leistungsfähig; 3. ist noch Mangel an Wohnungen. Für die Beilegung dieser Mängel sind im Jahre 1927 4.000 Rubel, im Jahre 1928 56.000 Rubel und für Wohnungsbau 370.000 Rubel vom Staate verausgabt worden. (Fortsetzung folgt.)

FÜR PFINGSTEN!

Schmelzer
G. m. b. H.
Ziegelstraße 19

Fahrräder

Wanderer / Brennabor
Excelsior / Kayser / Opel
Avanti / Wittler / Jupiter

Unsere Preise 65.-, 85.-, 90.-, 95.50, 110.- usw.
Leichste Teilzahlung / Größte Auswahl



die 2
Zigaretten



Haus Bergmann Zigarettenfabrik A-G · Dresden

Achtung! **Achtung!**

Moderne
Frühjahrs- und Sommerbekleidung
für Herren und Damen

Leib- und Unterwäsche
In allen Qualitäten und Preislagen empfohlen

Gleißberg & Pfeiffer
Pirna, Waisenhausstraße 14

FÜR DIE DAME:
Frühjahrs- und Sommermäntel... von Mk. 14 50 an
Kleider, vom Einfachsten bis zum Eleganteiten in
all. Größen u. Farben Mk. 30.-, 25.-, 15.-, 6 50
Blusen in weiß und farbige
Kostüme
Strick-Kostüme, Strickjacken, Gummimäntel, Wind-
jacken usw.
Kaschensätze in allen Größen vor... Mk. 50.-, 35.-, 15.-
rätig... Mk. 30.-, 25.-, 15 50, 8 50
Knabenanzüge in Manchester, Reikord und Tush
Garderobehaus **J. Sander**
Schmiedestr. 3a Pirna a. E. Barbiergasse 16

FÜR DEN HERRN:
Heren-Anzüge... von Mk. 18.- an
Sport-Anzüge... von Mk. 15.- 25.-
Hummel-Mäntel... von Mk. 16.- an
Impulsa- und Strickhosen... von Mk. 1 50 an
Arbeits- und Strickhosen... von Mk. 3 50 an
Plantheusen... von Mk. 6 50 an
Sportjackets und Schwedenmäntel, Kletterwesten,
Sportjackets und Sappothosen, schlösserentriegelte Leder-
Wander- und Wanderhemden, Wanderhosen usw.
Garderobehaus **J. Sander**
Schmiedestr. 3a Pirna a. E. Barbiergasse 16

Drogerie
Max Richard Hartig
Rosenstr. 24 u. 47

Die vorteilhafte Bezugsquelle
für alle Vorrichtungsarbeiten

Spezialität:
Harthrocknende Fußboden-
lacke / Streichl. Oelfarben



Chabeso

das alkoholfreie, milchsäurehaltige
Volksgetränk für Sport und Tafel!

Verlangt überall Chabeso

Geschenke!

Menagen	1.25
Kuchenschalen	1.25
Fortenplatten	2.90
6 Alpakalöffel	2.00
Pflöten, vern.	4.75
Fleischwägle, email.	4.90
Badewannen, Ia	16 50
Wringmaschinen, Ia	17 75

Jährig & Domschke
Haus- und Küchengeräte
Pirna, Jacobaerstr.

Wilbert Sanger
i. e. Hochschiff, Pirna

belgt täglich Neuankünfte:
Mäntel / Stoffe
Kleider / Blusen
Hüte / Strickkleider

Große Auswahl — Niedrige Preise

Wilbert Sanger
i. e. Hochschiff, Pirna

belgt täglich Neuankünfte:
Buller / Strickkleider
Kinderkleider / Kinderhüte
Kindermäntel / Damenhüte

Große Auswahl — Niedrige Preise

Fahrräder
für Herren und Damen

Sport- und
Kinderwagen
Selbstfahrer
Bubirad
Trittroller
Ersatzteillager

Günstige Zahlungsbeding!

Fahrradhaus
Willy Jost
Pirna, Braustraße 6

Gardinen **und** **verwandte**
Artikel

Weitere Verkaufsstellen:

Dresden: Marschallstraße 12/14, Viktoriastraße 3
Wettinerstraße 5
Pflüger Straße 47
Leipziger Straße 84
Kasselerstraße 3
Kasselerstraße 25
Leipziger Straße 50
Marschallstraße 14

Freital-Pöschappel: Untere Oberför Straße 95
Freital-Dobben: Obere Oberför Straße 124
Heidenau: Hauptstraße 25
Pirna: Gartenstraße 8
Zittau: Neustadt 23
Chemnitz: Lange Straße 19, Kreuzstraße 7, Augustus-
burger Straße 20
Meißen: Götterstraße 4, Neugasse 62

Fabrikation vornehmer neuzeitlicher Fensterbänge nach
eigenen künstlerischen Entwürfen. Nur beste Empfehlungen
für sehr geschmackvolle Innendekoration ganzer Wohnungen

Vertrieb von Erzeugnissen sächs. Gardinenfabriken Hugo Neumann
Eigene

Gardinenfabrik

Hauptgeschäft: Dresden-A., Marschallstraße 12/14
Fabrik: Ziegelstr. 7 / Fernsprecher 21573 u. 2094

Der arme Teufel

aus der Oberlausitz.

Für Wahrheit und Recht! Den Schwachen zum Schutz! Den Mächtigen zum Trug!

— eingepreist ins Haus monatlich 2,50 M., durch die Post bezogen 2,80 M., ohne
Zustellung. Verlag Dresdner Verlagsgesellschaft, Dresden-Bismarckstr. 2. Güter-
verkehrsamt Nr. 2. Fernsprecher Nr. 17259. Hochschiffhaus Dresden Nr. 19691.

Sonntagsausgabe der Arbeiterstimme

— eingepreist: abgegebene Monopartizelle oder deren Raum 0,30 M., Restsumme
jährlich 1,50 M. Die Arbeiterstimme erscheint wöchentlich. Im Falle höherer Gewalt
besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.

4 Jahrgänge

Bittou den 19. Mai 1928

Nummer 116



John Heartfield

5 Finger hat die Hand
Mit **5** packst Du den Feind!
Wählt Liste **5**
Kommunistische Partei!

Die Mörder schänden ihr Opfer

Von Paul Frölich

Es ist bei allen arbeitereindlichen Parteien von altersher Übung gewesen, ihre Schutzzentren vor den Massen zu rechtfertigen, indem sie die Worte der wirtlichen Arbeiterführer entstellten, aus dem Zusammenhang herausreißten und ihnen durch eine raffinierte Zusammenstellung einen ganz anderen, einen direkt entgegengesetzten Sinn geben. Das ist so tausendfach geübt worden, daß man sich nicht aufzuregen braucht, wenn es zum tausenderten Male wieder geschieht. Man tröstet sich darüber mit dem Worte von Marx: Die Lüge ist eine europäische Macht. Aber es gibt Grenzen auch für die Schamlosigkeit! Diesmal ist es der Leipziger Volkszeitung — ausgeschrieben diesem Blatt, das seine großen Zeiten unter Bruno Schönlank, Franz Mehring und Rosa Luxemburg erlebte, ihm ist es gelungen, diese Grenzen zu durchbrechen und einen Gipfel der Gemeinheit zu erklimmen. Es brachte dieser Tage folgende Notiz:

Hineinpressen in den bürgerlichen Staat Was sagte Rosa Luxemburg?

Auf dem Gründungsparlament der Kommunistischen Partei Deutschlands hat Rosa Luxemburg die Situation durchaus zutreffend in folgenden Sätzen gekennzeichnet:

„Leider sind wir noch nicht so weit, um durch den Sturz der Regierung den Sieg des Sozialismus zu sichern. Die Nachteroberung ist nicht eine einmalige, sondern eine fortwährende, indem wir uns hineinpressen in den bürgerlichen Staat, bis wir alle Positionen besitzen und sie mit Fäusten und Klägeln verteidigen. Die Masse muß, indem sie Macht ausübt, lernen, Macht auszuüben. Es gibt kein anderes Mittel, ihr das beizubringen.“

Ob Rosa Luxemburg, wenn sie noch lebte, heute noch Mitglied der Kommunistischen Partei sein würde, bleibt dahingestellt. Die Sozialdemokratie hält sich jedenfalls an das ihr aufgestellte Programm.

Was tun die Kommunisten? Sie reden, reden, reden... Was da haben wir es schwarz auf weiß: Rosa Luxemburg als Verteidigerin der Koalitionspolitik. Dieselbe Rosa Luxemburg, die einst den Sozialisten und in eingehenden Auseinandersetzungen begründete:

„In der bürgerlichen Gesellschaft ist der Sozialdemokrat dem Völkern nach die Rolle einer oppositionellen Partei vorzugewinnen als regierende Partei. Er muß auf den Trümmern des bürgerlichen Staates aufbauen.“

Man sehen wir, daß diese Rosa Luxemburg sich in den bürgerlichen Staat hineinpressen wollte. Ministerpräsident wollte sie den Sozialisten übergeben und Volkspartei wollte sie werden. Schuler in Smolny mit Stresemann wollte sie ihr Jahrhundert in die Schranken führen und mit Stinnes und Co. Arbeitgemeinschaft gründen. Das hat sie nicht über den Arbeitern hinweg und Sozialdemokraten gegen Revolutionäre einrichten. Und am Ende hat sie mit Stresemann, Bauer und Kautsky im Namen der Sozialdemokratie die Koalitionspolitik als „sozialistische“ Politik bezeichnet. So nach dem Rezept der bürgerlichen Sozialdemokratie wollte Rosa Luxemburg die Sozialdemokratie betreiben. Die Leipziger Volkszeitung hat es nicht gemerkt, daß Rosa Luxemburg war „Bürgerliche Sozialdemokratie“ und nicht „sozialistische Sozialdemokratie“. Sie hat es nicht gemerkt, daß Rosa Luxemburg die Koalitionspolitik als „sozialistische“ Politik bezeichnet. So nach dem Rezept der bürgerlichen Sozialdemokratie wollte Rosa Luxemburg die Sozialdemokratie betreiben. Die Leipziger Volkszeitung hat es nicht gemerkt, daß Rosa Luxemburg war „Bürgerliche Sozialdemokratie“ und nicht „sozialistische Sozialdemokratie“.

Aber leben wir uns an, was die Lebens, von der Leipziger Volkszeitung nach nicht gebildete Rosa Luxemburg in jener Rede auf dem Gründungsparlament geäußert hat. Wir werden dabei die Sätze durch Stresemann herausheben, die das sozialdemokratische Blatt zitiert, um zu zeigen, mit welcher maßlosen Niedertracht die Sozialisten aus dem Luxemburgischen Text herausgepickelt und gefälscht worden sind. Unsere Genossen sagten:

Wir dürfen nicht die Illusion der ersten Phase der Revolution, der des 9. November weiterverfolgen und wiederholen, als sei es überhaupt für den Verlauf der sozialistischen Revolution genügend, die kapitalistische Regierung zu stürzen und durch eine andere zu ersetzen. Nur dadurch kann man den Sieg der proletarischen Revolution herbeiführen, daß man unterwirft durch einen sozialen, revolutionären Kampftag des Proletariats auf Schritt und Tritt. Auch möchte ich sie hier an einige Unzulänglichkeiten der deutschen Revolution erinnern, die nicht mit der ersten Phase überwinden worden sind, sondern deutlich zeigen, daß wir selber noch nicht so weit sind, um durch den Sturz der Regierung den Sieg des Sozialismus zu sichern. Ich habe ihnen darzulegen versucht, daß die Revolution des 9. November vor allem eine politische Revolution war, während sie in der Hauptsache noch eine ökonomische werden muß. Sie war aber auch nur eine städtische Revolution, das flache Land ist bis jetzt so gut wie unberührt geblieben. Gegen die drohende konterrevolutionäre Macht gibt es kein anderes Mittel, als den Klassenkampf auf's Land hinauszutragen, gegen das Bauerntum das landlose Proletariat und das Kleinbauern tum mobil zu machen.

Daraus ergibt sich, was wir zu tun haben, um die Voraussetzungen des Gelingens der Revolution zu sichern, und ich möchte unsere nächsten Aufgaben deshalb dahin zusammenfassen: Wir müssen vor allen Dingen das System der Arbeiter- und Soldatenräte, in der Hauptsache das System der Arbeiterräte in der Zukunft ausbauen nach allen Richtungen hin. Was wir am 9. November übernommen haben, sind nur schwache Anfänge und nicht bloß das. Wir haben in der ersten Phase der Revolution sogar große Nachmittage wieder verloren. Wir müssen deshalb nicht bloß das Arbeiter- und Soldatenräte-System ausbauen, sondern auch die Landarbeit und Kleinbauern in dieses System der Räte einführen. Wir müssen die Macht ergreifen. Wir müssen uns die Frage der Nachteroberung vorlegen als die Frage: was ist, was kann, was soll jeder Arbeiter- und Soldatenrat in Deutschland? Dort liegt die Macht. Wir müssen von unten auf den bürgerlichen Staat aushebeln, indem wir überall die öffentlichen Angelegenheiten und Verwaltung nicht mehr trennen, sondern vereinigen, in die Hände der Arbeiter- und Soldatenräte bringen.

Es ist Zeit und Gelegenheit, eine verzeihliche Tatsache wieder ans Licht zu ziehen. Am 14. Januar 1919 erschien Nr. 1 der „Volkswehr“, Mitteilungsblatt der freiwilligen Hilfskorps in Berlin. Darin wurde unter dem 13. Januar folgendes mitgeteilt:

„Es ist die Befürchtung laut geworden, daß die Regierung in ihrem Vorgehen gegen die Spartakisten nachlässig sei. Wir uns von maßgebender Seite versichert wird, wird man sich mit dem bisher Erreichten keineswegs begnügen, sondern auch gegen die Haupt der Bewegung mit aller Energie vorgehen. Die Berliner Bevölkerung soll nicht glauben, daß die vorläufig Entwichenen sich anders Orts eine ruhigen Daseins erziehen sollen. Schon die nächsten Tage werden zeigen, daß auch mit ihnen Ernst gemacht wird.“

Diese „Volkswehr“ trägt den Vermerk: „Schriftleitung Fritz Hend, 1. St. Reichstag“. Dilem Herrn Fritz Hend ist durch Gerichtsurteil auf Grund zahlreicher Jugendauslagen bestrafte worden, daß er im Regiment Reichstag ein Verbrechen von 100 000 Reichsmark für die Ermordung Karl Liebknechts und Rosa Luxemburg angeboten hat. Dieser Fritz Hend ist der Schwiegerjohn des Herrn Philipp Scheidemann, damaligen Volksbeauftragten der deutschen sozialistischen Republik.

Nach der Ermordung Rosa Luxemburgs und Karl Liebknechts hat die „Leipziger Volkszeitung“ mit Recht die Führer der Sozialdemokratie als die Urheber des Mordes, die Verantwortlichen für den Mord bezeichnet.

Und jetzt mag es die selbe „Leipziger Volkszeitung“, die sich als eine Befürworterin der sozialdemokratischen Koalitionspolitik aufspielt, dieselbe Rosa Luxemburg, das Opfer der sozialdemokratischen Politik, durch Fälschung zur Kronzeugin für diese sozialdemokratische Politik zu stempeln!

Fälscher! Mörder! Leichenhändler! Parteienossen! Das ist ein gewaltiges Feld, das zu beackern ist. Wir müssen vorbereiten von unten auf, den Arbeiter- und Soldatenräte eine solche Macht geben, daß wenn die Regierung Ebert-Scheidemann oder irgendeine ihr ähnliche gestürzt wird, dies dann nur der Schlüssel ist. So soll die Nachteroberung nicht eine einmalige, sondern eine fortwährende sein, indem wir uns hineinpressen in den bürgerlichen Staat, bis wir alle Posi-

Morgen früh 9 Uhr in allen Orten alle Mann an Bord! In den Versammlungsorten Flugblattverteilen

In letzter Stunde!

Der Gipfel der Niedertracht — Wahlbomben der SPD — Schmutzige Korruption — Verdrehungen — Banditenmanieren

Die Sozialdemokraten unternahmen in letzter Stunde alles, um mit den wirtlichen Vorleumdungen gegen die Kommunisten zu hagen. Wir haben gestern schon aus einer sozialdemokratischen Zeitung einen Witz veröffentlicht, in dem diese selbst erklärte, daß die gemeine Kommunistenheute nur dazu diene, die Arbeiter an der Seite der Imperialisten in den nächsten Krieg zu treiben.

Die SPD schmeißt aber noch Wahlbomben heraus. Die Methode der gefälschten Einmündbriefe wird allgemein der Sozialdemokraten.

Kommunisten: Hemmerd Kommunisten erschließen einen Reichsbannermann Max Hoelsch sagt die SPD an Max Hoelsch von der SPD verraten

Unter diesen schreienden Unheilen schüttet die SPD ihre Giftlaster über die SPD aus. Wir wollen diese Verleumdungen hier ein wenig richtigstellen. Über den „Hemmerd“ schreibt die SPD-„Zeitung“: „Es wird bekannt, daß ein Hemmerd benannt sein sollte.“ Die Unterredung ist noch nicht abgeschlossen.

Das Weib lügt

In Rügenberg in einer Frauenversammlung erklärte die sozialdemokratische Rednerin Frau Reichstagsabgeordnete Stegmann, um Stimmen zu fangen:

„In der Nähe von Dresden sei ein Großtrieb, der sich in den Händen der Kommunisten befindet, nun aber sei festgestellt, daß alle Kommunisten dort in Stahlhelmen seien.“

Diese Behauptung ist eine erbärmliche Lüge, die nur die Abgeordnete Stegmann charakterisiert.

Einer Genossin unserer Partei, die der Rügenbergin entgegen treten wollte, gab man nicht das Wort.

Arbeitertinnen, wagt ihr diese verlogene Gemeinheit wahlen?

es könne jedoch sein, daß sich der Verdacht belästige. Hier zeigt sich schon die Rache, wobei die Polizei nach die SPD kann etwas behaupten — aber, es wird eben verleumdet.

Der zweite Schlag, der „Mord an dem Reichsbannermann“, unsere Hamburger Organisation schreibt uns zu diesem Bild aufgelegten Scherz abel:

Hier wurde heute morgen vor den Hochbahnhöfen folgendes Flugblatt verteilt, das eine einig niederrichtige Verleumdung darstellt:

Zwei Reichsbannerleute ermordet!

Arbeiter, Volksgenossen! Völkische und kommunistische Schredensnotizen (sondergleichen) haben ganz Hamburg in Erregung gesetzt.

Am 17. Mai morgens 12.30 Uhr wurde der Reichsbannermann Franz Heider erschossen. Den völkischen Mordbuben ist ein blühendes Arbeiterleben zum Opfer gefallen. Am Donnerstagabend haben Volkswissenschaften das Lokal von Krause, Vogelweiser, überfallen. In der Abwehr wurden dann auch einige Kommunisten ertötet.

Das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold
Hamburg.

Dieses Flugblatt geht zweifellos von der Reichsbannerführung aus. Die verlogenen Gesellen, die hier bewußt die Tatsachen auf den Kopf stellen und den vom Volkswissenschaften verübten Mord den Kommunisten in die Schuhe schieben wollen, wagen es nicht, den Namen eines Verantwortlichen unter dieses Schmutzblatt zu legen. Aber auch diese Lüge wird das Blut nicht von den

Wahlresultate

sind schnellstens an die Bezirksleitung und an die „Arbeiterstimme“ zu berichten. Die Telefonnummern sind: Redaktion der „Arbeiterstimme“: 17 239; Bezirksleitung 28 031. Schriftliche Berichte sind per Eilpost an die Bezirksleitung zu senden. — Veranstaltung von den Kommunistischen Partei, (ab 19 Uhr Vorträge und Agitationen), in denen die Wahlresultate bekanntgegeben werden, finden statt im UB Pirna: Pirna (Kolkhaus), Heidenau (Deutsches Haus u. Kaffee Schwabe) Königstein (Stadt Dresden) und Gottschea (Restaurant Hammersbad); Freiberg (Restaurant Lokomotive); Radeberg (Deutsches Haus); Zschadwitz (Gasthof Groß-Zschadwitz); Leubus (Gasthof); Löbau (Gasthof „Sächsische Schweiz“); Weichenbach (Wettinischlöhden). — In Dresden sind die Zusammenkünfte der Genossinnen und Genossen in den bekannten Zellenlokalen.

Bekanntgabe des Wahlergebnisses erfolgt am Sonntagabend an der „Arbeiterstimme“, Güterbahnhofstraße 2 durch Lautsprecher und Lichtbild.

Für den Stadtteil I im Brandenburger Hof und für den Arbeiterviertel Leubus im Gasthof Leubus werden am Sonntag, dem 20. Mai, abends durch Radiolautsprecher die Wahlergebnisse bekanntgegeben.

tionen bekämpfen und sie mit Fäusten und Klägeln verteidigen... Die Arbeiterräte sollen alle Macht im Staate haben. Nach der Richtung hin haben wir in der nächsten Zeit zu arbeiten, und daraus ergibt sich auch, daß wir mit einer klaren Vorbereitung des Kampfes in der nächsten Zeit zu rechnen haben. Ferner hier gilt es, Schritt um Schritt, Schritt an Schritt zu kämpfen in jedem Staat, in jeder Stadt, in jedem Dorf, in jeder Gemeinde, um alle Nachmittage des Staates, die der Bourgeoisie durch den Staat zu entziehen werden müssen, den Arbeiter- und Soldatenräten zu übertragen. Dazu müssen aber auch unsere Parteigenossen, dazu müssen die Proletarier erst gedrillt werden... Wir müssen die Massen erst darin schulen, daß der Arbeiter- und Soldatenrat der Hebel der Staatsumwälzung nach allen Richtungen hin sein soll, daß er jede Gewalt übernehmen muß und sie alle in das selbe Fahrwasser der sozialistischen Umwälzung leiten muß. Die Masse muß, indem sie Macht ausübt, lernen, Macht auszuüben. Es gibt kein anderes Mittel, ihr das beizubringen...“

Wir haben den Text der Rede etwas kürzen müssen, da nur im mindesten seinen Sinn zu verändern. Daran ergibt sich, daß die zehn Zeilen, die die Leipziger Volkszeitung zitiert, sich auf drei Druckseiten herausgeschickert sind. Und wie! In je eine niederträchtigere Fälschung möglich gewesen? Die Partei müßte aus der Tauscher Straße will die Arbeiter glauben machen, Rosa Luxemburg habe je nach Ministerien gegiert und habe das Heil der Arbeiterklasse davon erwartet, daß Hilferding und Besenbinder mit Marx und Stresemann politen. Rosa Luxemburg aber hat in Wirklichkeit gesagt: Ihr müßt eure Arbeiter- und Soldatenräte in den bürgerlichen Staat hineinpressen. Ihr müßt so eine Regierungsfunktion nach der anderen probieren. Ihr müßt einen proletarischen Staatsapparat aufbauen, einen Staat im Saate, um den bürgerlichen Staat zu zerbrechen!

Händen des sozialdemokratischen Koalitionsoffiziers abzuweichen können.

Reichsbannerleute selbst sind Zeugen, Reichsbannermitglie der haben gestern abend in der Gastwirtschaft Hertel, Ecke Radebergstraße und Vogelweiser unumwunden erklärt: daß Tiedemann von seinen eigenen Kameraden den tödlichen Kopfschuß erhalten hat.

Zeugen sind sowohl die G. A. K. als auch die Birkin.

Wie ist es mit dem „Verrat an Max Hoelsch“?

Diese sozialdemokratischen Schandbuben, die dem Hater auslieferen, die die Zeugen gegen Max Hoelsch, die keine Unmütigkeit ablehnten, weil er ein gemeiner, aber ist. Sie wagen es, die SPD zu beschuldigen, sie habe Hoelsch verraten.

Was war los? Es ist ganz klar und verständlich, daß ein Mann, der mit dem Gefühl der Unschuld jahrelang im Justizhaus saß und dort gemartert und gequält wird, einmal die Herzen verliert. In einer solchen Stunde glaubte Max Hoelsch nicht genügend von der SPD vertreten zu sein. Er schrieb an einen Freund, den Sekretär Joseph der K. in Frankfurt a. M. ein vertrauliches Schreiben, in dem dieser seiner Meinung Ausdruck gab. Dieser Joseph aber hat das Vertrauen, das Hoelsch ihm schenkte, gebrochen. Er hat den Brief, — nachdem er aus der Partei und K. ausgeschieden — für 5000 RM. an die SPD verkauft. Korruption und Vertrauensbruch sind neben Lüge und Verleumdung die Waffen der SPD gegen die K. P. D.

Der Brief von Max Hoelsch ist vom 23. März 1928. Gleich darauf ist der Sekretär der Zentrale, Genosse Galle, nach Sonnenburg zu Hoelsch gefahren und hat mit ihm die Weiterverfolgung seiner Freitragung geregelt.

Max Hoelsch hat darauf an den Genossen Arthur Goltz folgenden Brief geschrieben:

„Zuchthaus Sonnenburg, 6. April 1928.“

Verbandsabgeordneten Genossen Arthur Goltz!

Lieber Arthur, ich glaube, daß du bei deinem letzten Besuch deutlich gemerkt haben wirst, wie unendlich froh ich bin, daß durch deine politisch gekündeten und menschlich klugen Bemühungen ein ganz unverantwortlicher Schwung in die Wiedererweckungsbewegung gebracht worden ist. Du hast es verstanden, die Wiedererweckungsbewegung so zu fördern, daß dabei der denkbar größte ideelle Nutzen für unsere Partei und die kommunistische Bewegung herauskommt. Dadurch hast du in mir das ungeheure ausdrückliche Bewußtsein geknüpft, daß mein jahrelanges Bestehen im Kerker nicht ganz nutzlos für die kommunistische Sache ist. Durch dein energieloses und verständnisvolles Eingreifen als Vertreter der K. P. D. habe ich zum Glück gebracht, daß mein Vertrauen zur Parteileistung heute stärker ist, als je zuvor. In den sieben Zuchthausjahren habe ich noch nie einen so festen Kontakt mit der Parteileistung wie jetzt durch dich. Ich wünsche nichts mehr, als daß das so bleiben möge. Erhalte mir deine Freundschaft. Mit herzlichem Grüßen bin ich in Treue
dein Max Hoelsch.“

Dieses Schreiben kennzeichnet den sozialdemokratischen Schwindel.

Arbeiter, zeigt euch durch die verlogenen Helfer des Kapitals nicht irreführen. Ihre Hege gegen die SPD ist Arbeit für die Kapitalisten, für die Imperialisten.

Schelt das Kapital besiegen. Heilt Max Hoelsch und die proletarischen Gefangenen befreien. Bildet die K. P. D.!

Mordbanditen

Ein Sozialdemokrat überfällt einen Jugendgenossen und schlägt ihn blutig

Dresden-Leubus.

Am Freitagabend in der siebenten Stunde war unser Jugendgenosse Friedland im Hause Gwerdisstraße 23 in Leubus, wo er einen Parteigenossen in der 2. Etage aufsuchte. Der in der 1. Etage des Hauses wohnende Karl Wehler, Mitglied der S. P. D., hatte Friedland heranziehen lassen und erteilte ihm als er die Treppe wieder herunterkam, Wehler für die Treppe entgegen und schlug ihm mit einem harten Gegenstand demagen ins Gesicht, daß er blutüberströmt die Treppe herunterstürzte. Wehler rief unterem Genossen nach: höhnisch nach, ob er genug habe oder noch mehr wolle. Dann höhnisch nach, ob er genug habe oder noch mehr wolle. Dann rief er seine Eltern und ihrer drei hatten sie zu tun, um das Blut auf Treppe und Gang abzuwischen. Friedland konnte durch einen Hausbewohner zum Arzt und von dort ins Krankenhaus begleitet werden.

Die Sozialdemokraten können stolz sein auf die Früchte ihrer Hege. Viele S. P. D. Banditen, die immer ihre Bildung bezweifeln, zeigen sich als schamlose Mordgeheulen.

Wollt ihr dem Banditentum Vorhieb leisten, den Sozialisten den Weg ebnen? Gebt der Mordbande die Antwort: wählt Kommunisten! Wählt S.

Gingekändnis der Verleumdung

Der Hamburger Senat veröffentlicht über die Freitragung der Reichsbannerleute einen Aufsatz, indem er erklärt, es ist keine Klarheit geschaffen, man kann keine Organisation nicht schuldig. Damit ist die Verleumdung der SPD schon erledigt. Dürfen Kommunisten den Reichsbannermann erschossen, der nur sich eine solche Gemeinheit nicht entgegen.

Wählt proletarische Kandidaten

Kampf der Koalitionspolitik! Für die Arbeiter- und Bauernregierung!



Siegfried Rädel
Zimmermann

Die Wahlparole der SPD „Hinein in den Staat“ bedeutet, daß die Sozialdemokratie den Wahlkampf mit dem Ziele der Erhebung einiger Ministerstellen und Beamtenposten führt. Die kommende Reichsregierung soll die Koalition von Stresemann bis Hermann Müller, also die Große Koalition sein.

Bedeutet eine solche Regierung eine Verrückung des Kurzes der Bourgeoisie?

Gewinnt das Proletariat für seinen Existenzkampf Positionen durch die sozialdemokratischen Koalitionsmänner?

Nein und abermals Nein! Die Koalitionspolitik ändert an dem arbeiterfeindlichen Kurs der Bourgeoisie nicht das geringste, sie dient vielmehr der Weiterführung und

Verstärkung der gegen das Proletariat gerichteten kapitalistischen Ausbeutungs- und Unterdrückungspolitik.

Die Koalitionspolitik ist nicht der Weg zur Macht des Proletariats, sondern sie schwächt und spaltet die Arbeiterklasse. Die Steigerung und Festigung der Macht der Bourgeoisie, dies waren die bisherigen Erfolge der sozialdemokratischen Koalitionspolitik.

Die Regierung der Scheidemann, Noske, Schiffer, Erzberger führte im Jahre 1919 einen blutigen Verdrängungskrieg gegen das revolutionäre Proletariat.

Unter der Regierung Müller, Koch, Gehler, Schlie konnten die Kapp-Banden im Jahre 1920 an den Arbeitern blutige Rache für den Widerstand nehmen, den die Arbeiter der Kapp-Regierung entgegensetzten.

Die Regierung Birth, Bauer und Co. züchtete die schwarze Reichswehr und sonstige weiße Banden zur Unterdrückung des Proletariats.

Die Regierung Stresemann, Schmidt, Sellmann organisierte 1923 den Reichswehrmarsch in Sachsen. Der Sozialdemokrat Ebert verhängte die Sedt-Diktatur.

So sind die Kennzeichen der bisherigen Koalitionspolitik politische Unterdrückung, Raub sozialer Rechte, Reaktion auf allen Gebieten, und diese Politik — so wollen es die sozialdemokratischen Führer — soll ihre Fortsetzung finden.

Werkstätige in Stadt und Land! Wollt ihr diese Politik verhindern, so kämpft die Front des Klassenkampfes gegen die Bourgeoisie!

Wählt rot! Gebt eure Stimme den Kommunisten und kämpft mit ihnen für die Regierung der werktätigen Volkes, für die Regierung der Arbeiter und Bauern!

Stegfried Rädel



H. Gräf
Kriegsbeschädigter

Dyler des Krieges und der Arbeit!

Die Versorgung der Kriegsopter war von jeher der Spielball aller bürgerlichen Parteien einschließlich der SPD, wenn es sich darum handelte, die Stimmung dieser Volkskreise für ihre verräterische Politik zu gewinnen. Besonders in Wahlkampagnen hat man die Kriegsopter immer wieder zu unglückseligen Verführern gemacht. Die Einführung des „Danke des Vaterlandes“ wurde gegenüber den Kriegsoptern ebenso zur Phrase wie das Wort von der „sozialen Gerechtigkeit“ gegenüber den Arbeitsoptern, den Opfern des kapitalistischen Ausbeutungs- und Unterdrückungssystems. Wie steht es in Wirklichkeit mit der Versorgung der Kriegsopter aus?

31 600 Offiziere erhalten jährlich an Pensionen 130 045 130 Mark; das sind pro Kopf jährlich 4140 Mark oder monatlich 342 Mark. Für einen Kriegsbeschädigten beträgt die Durchschnittsrente jedoch nur 444 Mark jährlich oder 37 Mark monatlich.

Die Rente der Offizierswitwen beträgt im Durchschnitt jährlich 2700 Mark oder monatlich 230 Mark, die der Kriegswitwen jedoch nur 37 Mark im Monat.

An 1753 Generale, Admirale usw. werden Pensionen von jährlich 10—17 000 Mark gezahlt. Ehemalige 104 Reichstanzler und Minister erhalten Pensionen von durchschnittlich 16 700 Mark jährlich.

Gegen die Erhöhung der Renten stimmten alle Parteien einschließlich der Sozialdemokraten.

Der Nominalbetrag der jetzigen Renten liegt für die Mehrzahl der Beschädigten bis zu 74 Prozent unter den Rentensätzen der früheren Versorgung.

Nur eine halbe Milliarde will die Bürgerblockregierung im kommenden Jahre am Sozialetat sparen. Das bedeutet weitere Verelendung der Kriegs- und Arbeitsopter.

Nur die Kommunistische Partei hat bewiesen, daß nur sie allein sich immer konsequent und nachdrücklich für diese Forderungen eingesetzt hat. Sie wird auch weiterhin diesen Kampf um die wirtschaftliche Sicherstellung aller Opfer des kapitalistischen Systems rücksichtslos unterstützen. Darum wählen am 20. Mai alle Kriegsopter

die Kommunistische Partei, die Liste 5.

H. Gräf,

Vorsitzender des Internationalen Bundes.

Proletarische Hausfrau!

Wir sehen überall ein eifriges Werden aller Parteien um die Frauenstimmen. An den Plakatsäulen stehen schöne „Mutter- und Kind“-Plakate der bürgerlichen Parteien. Diese Parteien, die sonst immer die proletarische Frau als ein minderwertiges Geschöpf betrachteten und behandelten, sie können sich jetzt nicht genug tun in Versprechungen gegenüber den proletarischen Frauenmassen.

Die proletarische Hausfrau, die infolge ihrer vielseitigen, aufreibenden Tätigkeit im Haushalt nicht genügend Zeit findet, sich um die politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse zu küm-



Olga Körner
Hausfrau

mern, fällt oftmals auf solche schöne Versprechungen herein. Werden die bürgerlichen Parteien auch nur ein Versprechen gegenüber den proletarischen Frauen halten? Nein! Diese Parteien sind Klassenvertreterinnen, die die Interessen der verschiedenen Schichten der bestehenden Klasse vertreten. Sie sind sich einzig in der brutalsten Ausbeutung und Entrechtung.

Die proletarische Hausfrau kann sich oft nicht erklären, wie es kommt, daß der Brotpreis schon wieder gestiegen ist, daß die Preise der anderen Lebensmittel steigen, daß ihr Mann sozial Steuern vom Lohn abgezogen bekommt, daß die Miete gestiegen ist. Ja, das kommt daher, daß diese Parteien im Reichstag gemeinsam all dieses beschlossen haben. Eine viertöpfige Familie bezahlt heute allein an Zöllen 82 Mark jährlich an die Reichskasse. In allen Lohnkämpfen unterstützten diese Parteien als Vertreter des Kapitals die Unternehmerrufen, die zur Niedrighaltung der Löhne führten. Durch all das ist die Lage der proletarischen Hausfrau schlechter geworden. Das ist das wahre Gesicht dieser bürgerlichen Parteien.

Wie steht es nun mit der Sozialdemokratischen Partei aus, haben ihre Vertreter im Reichstag immer die Interessen der arbeitenden Klasse vertreten? Nein! Auch sie sind nicht für eine restlose Beseitigung der Lebensmittelkrisse eingetreten. Bei der Abstimmung über die Anträge der kommunistischen Fraktion auf Aufhebung der Zölle schlug sich die SPD auf die Seite der Bürgerblockparteien. Die Beseitigung der Lohnsteuer lehnten diese Vertreter ebenfalls ab. Ebenso den kommunistischen Gesetzesentwurf zum Schutze für Mutter und Kind. Bei Lohnkämpfen haben die Führer der Gewerkschaften die Interessen des Industrie-Proletariats schmählich verraten.

Deshalb in letzter Stunde noch eine ernste Mahnung an die proletarischen Hausfrauen, es kann nicht angehen, daß diejenigen Parteien, die die Interessen der Arbeiterklasse mit Füßen getreten haben, eure Stimme am Wahltag erhalten. Wenn ihr wollt, daß es euch besser geht, dann kämpft mit der Kommunistischen Partei, Arbeit und Brot gibt es erst im Arbeiterstaat!

Wählt Kommunisten! Liste 5.

Wie wähle ich?

Der Stimmzettel zur Reichstagswahl trägt an 5. St. die Aufschrift **Kommunistische Partei**. Das ist Nr. 5, die von jedem Werk-tätigen gewählt wird. Das Kreuz deshalb in den Kreis neben der 5

So

1	PD Für Koalitionspolitik mit Arbeiterblock Ermächtigungsgesetz und Rationalisierung	1	0
2	Deutschnationale Hrotwucher, Faschismus, Arbeitermord. Ihre 111 Abgeordneten hatten 44 Ausschickratsposten	2	0
3	Zentrum Kriegsruhr, Schulverplattung "eine 6" Abgeordnete hatten 50 Ausschickratsposten	3	0
4	Volksrecht Frankfurt, Lohnraub, Streikrechtentzug. Ihre 51 Abgeordnete hatten 94 Ausschickratsposten	4	0
5	Kommunisten Rädel / H. Gräf	5	<input checked="" type="checkbox"/>
6	Demokraten Liberalen Phrasen, Inflation und Bankrott. Ihre 32 Abgeordnete hatten 25 Ausschickratsposten	6	0



Hans Neuhof
Metallarbeiter

Kriegsopter!

Erneut versuchen alle bürgerlichen Parteien einschließlich der Sozialdemokraten euch einzuführen. Erneut treten sie mit riesigen Versprechungen an euch heran. Denkt dabei an all die Versprechungen, die man euch bereits bei früheren Wahlen machte.

Wahl brachten alle bürgerlichen Parteien und die sozialdemokratische Agitationsanträge im Reichstag ein, die eine Erhöhung der Rente um 100 Prozent vorsahen. Doch, der Einspruch des Reichsfinanzministers genügt, um im Ausschuss die gestellten Anträge zurückzuziehen oder sogar gegen sie zu stimmen.

Die Sozialdemokraten stimmten für das neue Versorgungsgesetz (5. Novelle). Sie stimmten damit gegen die Wiederaufnahme von den 810 000 aus der Versorgung herausgeworlenen 10- und 20prozentigen Kriegsoptern, ferner dafür, daß die Elternrenten nur um 6 Prozent und die Witwenrenten nur um 3 Prozent erhöht wurden, für die Beibehaltung des 3-Klassen-Systems und für die Kürzung der Zusatzrente.

So steht das wahre Gesicht dieser bürgerlichen Heuchler einschließlich der Sozialdemokraten aus, die heute erneut versuchen, die Stimmen der Kriegsopter zu ergattern.

Kriegsopter!

Nur die Kommunisten waren es im Reichstag, die die gestellten Anträge verteidigten und aufrechterhielten.

Demogen kann eure Wahl am 20. Mai nicht schwer sein:

Wählt Liste 5!

Hans Neuhof.

Ihre Taten!

Die Helfer der Reaktion!

SPD.-Führer ...

Roske



„Ich habe zugegriffen, obwohl ich wusste, daß ich als Blut- und durch die Revolutionsgeschichte gefleischt werden würde. Ich habe diese Blutarbeit verrichtet ... Meinetwegen - einer muß der Bluthund sein!“
Roske: „Von Kiel bis Rapp.“

Höring



„Der erste Tag muß blutig sein!“
im mitteldeutschen Aufstand 1921.

Severing



„Ich brauche in diesem Anzeigeblock wohl kaum daran zu erinnern, daß ich im Jahre 1919 meine amtliche Tätigkeit mit einem Kampfe gegen linksgerichtete radikale Elemente unseres Volkes begonnen habe, daß ich diesen Kampf in der gleichen Richtung 1920 fortgesetzt habe, sowie, daß die Bekämpfung der mitteldeutschen Unruhen sich auch nicht gegen rechts gerichtet hat.“
Vizepräsident Severing im Preussischen Landtag am 21. April 1928.

Wels



„Wir haben eine Bewegung der Arbeitermassen nicht zu fürchten. Wenn sie über unsere Köpfe hinweggehen droht, stellen wir uns an ihre Spitze und biegen die Bewegung um, wie 1918.“
Wels in der Reichstagsfraktion August 1928.

„Arbeiter! Genossen! Streikt! Legt die Arbeit nieder! Schreidet der Militärämbtatur die Luft ab. Kämpft mit jedem Mittel um die Sicherheit der Republik. Bist alle Spaltung beseitigt. Es gibt nur ein Mittel gegen die Rückkehr Wilhelms II.: Sabotage jedes Wirtschaftsliebens. Keine Hand darf sich mehr rühren.“
Aufruf Wels' im Rapp-Buch.

Huer



„Nach einer Operation habe ich Heco (der Mörder Eisner! D. R.) als Erwiderung einer Aufmerksamkeitskarte einen Blumenstrauß geschickt.“
E. Huer, „Münchener Post“, September 1922.

Braun



„Wenn sich nach der Wahl die Herren von der Deutschen Volkspartei aus dem oppositionellen Schmolzwinde, in den sie sich freiwillig zurückgezogen haben, wieder herausbeweisen und mit uns gemeinsam arbeiten, dann glaube ich, werden wir vielleicht noch mehr Postkäse zum Besten unseres preussischen Vaterlandes leisten können.“ (Schäferer Beifall links.)
Braun im Preussischen Landtag am 16. Dezbr. 1927.

SPD.-Parolen ...

<p>4. Ersatzregiment Gemeinschaft, am 9. November 1923.</p> <p>Vorwärts Beständiges Volksblatt. Herausgeber: der Reichsausschuss der Arbeiterpartei Deutschlands.</p> <p>Goldaten! Reht ruhig in die Kasernen zurück. Ohne Ordnung keine Sicherung der Volksernährung! Seht morgen den „Vorwärts“, wo Euch weitere Mitteilungen bekanntgegeben werden!</p> <p>Die neue Regierung.</p>	<p>Garde-Kavallerie-Schützen-Division</p> <p>Ist in Berlin einmarschiert</p> <p>Berliner!</p> <p>Die Division verspricht Euch, nicht eher die Hauptstadt zu verlassen, als die Ordnung endgültig wieder hergestellt ist.</p>	<p>3000 Mark Belohnung.</p> <p>Die Belohnung bis zur Höhe von 3000 Mark</p> <p>Der kommandierende General.</p>	<p>Extrablatt „Vorwärts“ Organ der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands</p> <p>Offensive gegen Spartakus</p> <p>Die Freiheit Berliner Organ der Unabhängigen Sozialdemokratischen Deutschlands</p> <p>Er mordung Lieberichs und Cagenburgs.</p>
--	--	---	---

„Wer will sein Geld zurück?“

Das Plakat und die Sitzstühle

So. Die Plakatsache ist der Topf, von dem der Interessenten Honig ins Maul geschmeckt wird. Immer ist sie daher der Honigtopf bürgerlicher Parteien. Von hoch oben bis tief herunter mit „schönen“, bunten Wahlplakaten bedeckt ist sie gegenwärtig ein für die bürgerlichen Parteien bis zur SPD billiges Mittel, den Proletariern und werftätigen Schichten den Honig der Wahlversprechungen ins Gehirn zu schütten.

Man findet da Honig der verschiedensten Qualität — wenn man bei der durchgängig schlechten Qualität überhaupt noch differenzieren soll. Denn: durch all die plakatförmlich angelegte und hundertfach aufgemachte Frage der bürgerlichen Gesellschaft, die den werftätigen Schichten seit langem, insbesondere aber in den verflochtenen vier Jahren Reichstagsarbeit, brutal und rücksichtslos raubte was die werftätigen Schichten am notwendigsten bräuchten, ausgespäht durch einen gerade beispiellos dastehenden Jost- und Steuerfeldzug der bürgerlichen Klasse und ihrer Regierung, dem Bürgerlohn, stehen alle die für Lohn oder „Gehalt“ arbeitenden Proletarier heute vor den Plakatsäulen und fragen sich vielfach: „Welche Partei sollst du wählen?“

Da ist ein Plakat der Deutschnationalen. Es verkündet dem christlichen Wähler: „Wir halten fest am Gebet!“ — Schon haben sich aus dem Lager der übrigen bürgerlichen Parteien „Stimmen“ erhoben, die in der Presse lauten Widerhall fanden, daß die Deutschnationalen nicht die einzigen seien, die am Gebet festhalten. Alle bürgerlichen Parteien wissen: Wer viel betet, der glaubt viel! Wer viel glaubt, der weiß wenig! Wer wenig weiß, ist dumm! Und — wer dumm ist kann leicht regiert werden! — Auf die dummen und Beten, die nichts wollen und auf die himmlischen Freuden warten nicht sehen, daß sie auch schon auf Erden gut und in Frieden leben könnten, wenn sie nur erst die Bedingungen erkennen und schaffen würden, an diese wendet sich das Plakat: Wir halten fest am Gebet! — Nun, wir Kommunisten bekämpfen das Gebet und die denen es Mittel zur Verdummung der arbeitenden Massen ist. Wir halten auch fest, aber nicht am Gebet, sondern an der Lehre von der Notwendigkeit einer radikalen Veränderung der bestehenden Gesellschaftsordnung durch die proletarische Revolution. Dabei hilft allerdings Beten und Glauben nichts, sondern nur Wissen um die ökonomischen Zusammenhänge des gesellschaftlichen Seins und der daraus resultierende, unbedingt notwendige Kampf, den die Kommunisten führen und führen werden, so lange, bis über allen grauen Dächern und Türmen in Stadt und Land die rote Fahne des streitenden Proletariats weht.

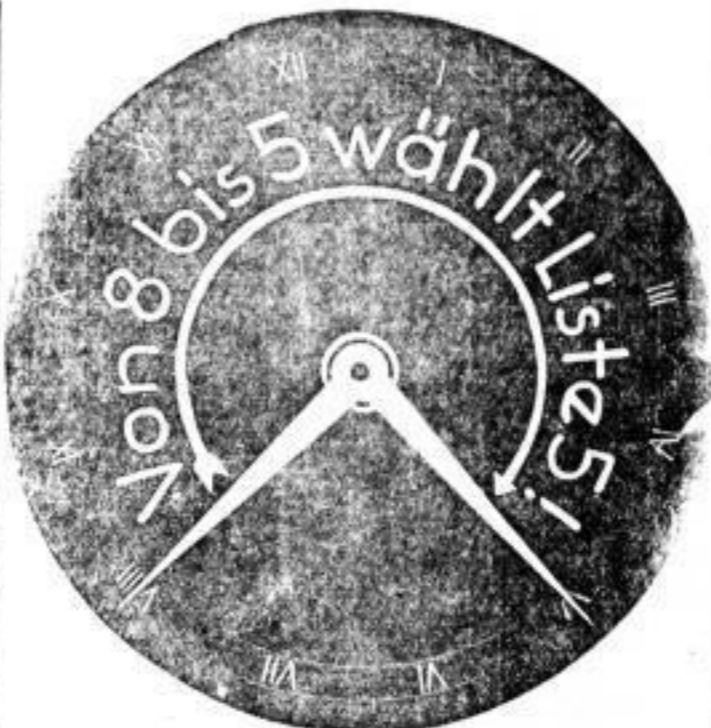
Die Nationalsozialisten, von deren Existenz Herr von Müder einst gehaltene Reden im Landtag und ein Verkaufsfeld für „literarisches“ Fallobst am Pirnaischen Platz Zeugnis ablegen produzieren sich neuerdings so, als ob sie unter die Arenaschaubühnen gegangen seien. Gottfried Feder spricht! Dies Ereignis wird angepöndelt mit einem schmutzigen Plakat dessen Inhalt für die Reichstagskandidatur Dr. Feders so wichtig, wie das letzte Plakat der Mitteldeutschen Federationsausstellung des Kleinrentnerverbandes. Aber wir wollen Dr. Feder mit Feder nicht etwa in Verbindung bringen, obwohl der Schlüssel des Plakates: „Kommt und hört und staunt!“ eigentlich wenig Anlaß gibt, Parallelen zu ziehen. Immerhin halten wir Dr. Feder, so wie er uns hier auf dem Plakat entgegentritt, für sehr geeignet als politischer Clown dafür zu sorgen, daß das Federloch, was sich bisher um ihn sammelte, zu verschleichen. Nicht etwa wegen Ueberfluß an Denkermögen wie manche naive, unpolitische Gemüter von ihm und seiner „Schar“ behaupten.

„Wer will sein Geld zurück?“ Mit dieser Frage wendet sich das Plakat der Liste 5 („Volkswahl der Inflationsgeschädigten“, „Allgemeine Volkspartei“), an diejenigen, denen durch die Inflation ihr Vermögen geraubt wurde. Eine Konsum-„Organisation der Reichspartei für „Volkswahl und Wahrung“. Eins steht fest, daß bei der „Parteien“ die Interessen der Inflationsgeschädigten weder ernsthaft vertreten können, noch Aussicht haben nennenswerten zahlenmäßigen Einfluß im kommenden Reichstag zu erhalten. Und wenn schon; dann werden sie (wie alle anderen bürgerlichen Parteien) ihre Versprechungen vergehen und „plötzlich“ jedem erkennbar, mit dem großen Bloß des Bürgerturns vermachend sein. Den Kampf im Interesse der ausgebeuteten Inflationsopfer führen nur konsequent die Kommunisten.

Nach die SPD, die SPD, die SPD von SPD und Nationalsozialisten vertrieben Bestreitung von Fremdbeschäftigung und Kapitalismus. Waschen viel auf einmal für sich und Herrschaften“ vom Schlags eines Heide, Winkler einer Eva Kattner und des offenen Sozialfaschisten August Winnig. Man merkt dem Plakat an, hier achtet man auf Ueberlebensfähigkeit, hier ist man sich bemüht, daß man offen, unbedeutend offen aussprechen muß, was dem „deutschen Volkswahl“ kommt. Im Gegensatz zu dem „Pruder, etwas weiter links“ der den Arbeitern ab und zu doch etwas vom Klassenkampf erzählt (und wenn er's auch nicht ernst meint). Nun ja, die SPD mag den nationalen Heros entfassen, die SPD mag schwächen: Wählt mit! „Reichstag den Bürgerlohn!“ In jeder Stunde wird den Arbeitern bewiesen durch Kundstunde usw., daß es der SPD nur darauf ankommt, die Arbeiter mit radikalen Reden und Plakaten zu täuschen, daß es der SPD mit dem Kampf gegen den Bürgerlohn nicht nur nicht ernst ist, sondern daß es ihr höchster Wunsch ist, bald gemeinsam mit bürgerlichen Kräften an einem Tisch zu sitzen und eben so wie die SPD die Interessen der Proletarier an diese zu verkaufen. „Alle“ und „neue“ Sozialdemokraten sind in ihren „Kampfmethoden“ die selben nur die Reklameweise anders verschieden. Die Kommunisten aber werden mit diesen arbeiterverräterischen Methoden aufhören.

Während ich mit einem Wenzeln nachts leben gehen bleiben wir beide vor der Plakatsäule stehen. Wir stehen im Schatten der eine gegenüberstehende Gaststätte breit über den Fußweg weht, und machen eine Pause. Unsere Blicke bleiben auf den verschiedenen Wahlplakaten die die Sitzstühle „ieren“, stehen. Jeder macht sich keine Gedanken. Neben den riesigen des Bürgerlohn und der SPD nur ein kleines der Kommunisten. Die haben kein Geld, um es der Gültigkeit in den Rücken zu werfen. Wir Arbeiter gehen nachts stehen nicht für Geld wie ein Polizist zu erklären was wir beim Abstrahlen unserer Plakate erkappten. Nicht für Geld und nicht um den Arbeitern Versprechungen zu machen, stehen wir nachts in der Dunkelheit, von der Polizei verfolgt und geholt unsere Plakate. Nicht um Geld führen wir den Kampf, zu dessen aufopferungsvollen Arbeiten das nächste Leben gehört. Wenn wir von den Plakaten des „Allsozialdemokraten“ Kühne gedeutet durch die Straßen der inneren Stadt oder der Vorstädte rennen, mit tausenden Augen, dann wissen wir doch, daß diese Arbeit notwendig ist. Und der Tag wird kommen nach all den Nächten, in denen wir unsere notwendige Kleinarbeit an der riesigen Aufgabe der Verwirklichung der Befreiung der Arbeiterklasse leisteten, der den Erfolg aus dieser nächsten Arbeit zeigt. Der 20. Mai wird ein Teilergebn unserer Arbeit sein, weil wir den Arbeiter immer noch davon überzeugen müssen daß die Kommunisten wählen heißt: mit den Kommunisten kämpfen. Daran möge es denken bei der Wahl von

Kommunisten, Liste 5!



Von 8 bis 17 Uhr wird gewählt!

Für die auf Sonntag den 20. Mai 1928 festgesetzte Reichstagswahl ist die Stadt Dresden in 311 Stimmbezirke eingeteilt worden. Die Abstimmungszeit dauert von 8 bis 17 Uhr. Die Einteilung der Stimmbezirke und die Abstimmungsstellen für die einzelnen Stimmbezirke sind aus den Bekanntmachungen zu ersehen, die in den einzelnen Stimmbezirken an den öffentlichen Wahlplakaten angebracht sind.

Die Wahlmännchen erfolgt ausschließlich mit amtlich hergestellten Stimmzetteln, die am Wahlmännchenstage im Wahlmännchenraum den Stimmberichtigten ausgehändigt werden. Auf den Stimmzetteln ist neben jedem Kreiswahlbezirk ein Kreis gedruckt. Der Stimmberichtigte hat sich mit dem Stimmzettel und dem ihm gleichzeitig ausgehändigten amtlichen Umschlag in den im Wahlmännchenraum vorhandenen Nebenraum zu begeben und dort durch ein + innerhalb des vorgedruckten Kreises oder durch Unterstreichen oder in sonst erkennbarer Weise anzugeben, welchem Kreiswahlbezirk er seine Stimme geben will; das + innerhalb des vorgedruckten Kreises ist die beste Kennzeichnung.

Erwerbslosenfrage im Dresdner Volkshaus?

Es war im Volkshaus, wo ich die übliche monatliche Vertrauensmännchenversammlung meiner Gewerkschaft hatte. Das Zimmer, in der die Sitzung stattfand, hat zwei Türen eine vordere, die übliche gangbare und eine hintere Seitentür, die sonst verschlossen war. Mit einem Male ging letztere auf und ein Erwerbsloser in den mittleren Jahren kam herein, ansprechen! Nach dem üblichen „Kleppern“, das etwas mangelhaft ausfiel, gab jeder seinen Oubliis. Plötzlich kommt der Kellner in unsern Erwerbslosen beim Anmelde und bürstet ihn zur vorderen Tür hinaus. Nach einiger Zeit, da die Sitzung ihren Anfang genommen hatte, meldet uns der Kellner mit großer Freude und triumphierend: „Es schon verschütt gegangen.“ Auf meine Frage, was er der Kellner, davon habe und ob dem Erwerbslosen damit gebüht sei, wer die Veranlassung zu solchen Maßnahmen gebe erklärte er mir:

Er hätte die Anweisung vom Geschäftsführer des Volkshauses, jeden Besucher, der angetroffen wird, zu melden.

Er habe den betr. Erwerbslosen deshalb in unser Zimmer durch die hintere Tür geschoben, um ihn bis zum Eintreffen der Polizei zu verbergen.

Der tschechische Abgeordnete Urian

spricht heute abend in der Wahlkundgebung in den „Annenhäusern“, Ritzschhofplatz, für die Liste 5

und die Spitzenkandidaten des Wahlkreises Dresden-Bauhen

Siegfried Radel, Paul Frölich

Außerdem liest Willi Ost politische Satiren und Grotesken „Wahlputz 1928“

„Was ein erwachsener Mann in einem Jahr verzehrt“

Das Deutschland der Bürgerrechtsdiktatur „macht“ in Ausstellungen, auf allen Gebieten des gesellschaftlichen Lebens wird mit Statistiken, graphischen Darstellungen, an lebendem und totem Material und in der Theorie, mitunter auch mit einer etwas sehr eigenwilligen „Parasit“ gereicht, was bis jetzt auf allen Gebieten von der bürgerlichen Klasse „gelehrt“ wurde.

Es greift an Innismus, wenn der kapitalistische Staat der den Arbeitern durch seine Organe zu einem Hungerdasein zwingt, solche Ausstellungen fördert, wie die in Berlin kürzlich eröffnete „Die Ernährungs-“ Schlichtungsstelle, wie wir sie in den letzten Tagen erleben, die durch den Spruch irgendeines kapitalistisch eingestellten Ministers als verbindlich erklärt wurden sollen der breiten Masse der Arbeiter die Möglichkeit nehmen, gegen Ausbeutung und für ein besseres Dasein den Kampf zu führen der zum Sturz dieses ganzen Systems notwendig ist.

Der kapitalistische Staat fällt Schiedsprüche, die für den Arbeiter ein Hungerdasein bedeuten. Der kapitalistische Staat schlägt brutal jede Regung nieder, die von den Arbeitern unternommen dieses Hungerdasein beilegen will und auf der anderen Seite empfiehlt derselbe kapitalistische Staat den ausgemergelten Proleten: „Ernährt euch vernünftig!“

Es ist der Widerspruch der kapitalistischen Gesellschaftsordnung, der auch hier wieder zum Ausdruck kommt.

Nun, unsere Metallarbeiter die jetzt in die Betriebe zurückgehen, nach einem Kampf, der von den Reformisten abgewürgt eine „enorme Lohnsteigerung“ bringt, sollen sich die von der



eine Welle aufzuhalten. Hier lag also das Geheimnis der hinteren Tür. Dann erklärte er mit weiter, die Kellner hätten volle Verantwortung für Diebstahl, was in den Sitzungen gesprochen wird und dergleichen.

Wiso, Erwerbslose merkt's auch weil ihr aus dem Produktionsprozess ausgeschlossen seid weil ihr betteln gehen müßt, um leben zu können, werdet ihr in eurem eigenen Verkehrsraum, welches von eurem eigenen Gelde gehalten wurde, wie Spitzbuben und Verbrecher betrachtet und behandelt und der Polizei der freisten aller Republiken ausgeliefert... Das ist ein Spiegelbild dieser Art „Demokratie“ der sozialdemokratischen bürgerlichen Parteien!

„Schlachtennummer“... ein recht anspruchsloses amerikanisches Lustspiel im „Capitol“ das aus deutscher Gefangenschaft entlassene amerikanische Soldaten auf Abenteuer in der Türkei zeigt und mit der glücklichen Entführung einer schönen Türkin aus den Händen eines türkischen Offiziers endet. Die Handlung ist der nunmehr einsetzenden Hauptperiode für Kinos angepaßt. Aber es wird nicht schlecht gespielt und so laßt das Publikum, das zunächst hinter dem Kriegsspiel etwas anderes vermutete, herzlich über die „Witze“ der beiden Soldaten, von denen der „häßliche aber brave“ Sergeant entlassen der bessere Schauspieler ist außerdem läuft noch ein Kulturfilm, der zeigt, daß die Pfaffen der Zukunft in allen Kulturen und Kirchenakademien recht streitbar errogen werden. Sie stellen sich nicht mit Unrecht auf eine sehr schwere Verteidigung ihrer verfallenen Positionen ein. Was im Capitol immer lobenswert ist, soll auch hier erwähnt werden... es gibt selbst bei schlechten Filmen immer vorzügliche musikalische Leistungen des Orchesters.

Katzen über Dresden. In die dießige, regenreiche Luft des Mittwochsabend schossen farbige Fontänen, Kanonenschlägen, Maschinengewehrfeuer gleich dröhnte und bohrte der pyrotechnische Värm durch die Abendstille. In der Jahreschau wurde Geld in die Luft gepulvert unter dem Motto: Licht löst Kette. Der Ausschussbesucher, der Steuerzahler trägt die Kosten dieser bunten Veranstaltungen, die sich so lustig und freudlich anseht.

Bekannmachung der Zwangsmitgliedschaft durch den Arbeiter-Radiobund

Die Großlautsprecheranlage des Arbeiter-Radiobundes wird kommenden Sonntag die Wahlresultate aus ganz Deutschland im Volkshaus, auf dem Schützenplatz und im Volkshaus durch große Lautsprecher bekanntgeben. Die Anlage des ARB wird in Zukunft allen proletarischen Organisationen, die sich den Zweck eines Großlautsprechers nicht leisten können, bei großen Veranstaltungen zur Verfügung stehen.

Was wählt der proletarische Radiohörer?

Nur die kommunistische Partei! Allein sie tritt entschlossen für eine Entwidlung des Rundfunks in freies, freies, freies ein.

Darum am 20. Mai Kopfhörer beiseite, denn wählen ist Pflicht!

Sanitätsdienst am Bahntag betreffend!

Zur Reichstagswahl stehen Samariter zum Transport von geschwundenen Personen auf besondere Anforderung zur Verfügung. Für entl. Zwischenfälle sind zwei liegende Bereitschaften außerdem zum sofortigen Eingreifen in Alarm. Bei Bedarf bitten wir um telefonischen Anruf: Landstr. 30 507.

Zeugen zu zwei Verkehrsunfällen gesucht. Am 5. Mai gegen 12 Uhr mittags ereignete sich auf der Pläntzer Straße vor dem Grundstück Nr. 54 ein Verkehrsunfall, der leicht schimmere Folgen haben konnte. Eine Verkäuferin überholte auf ihrem Fahrrad nach links ausweichend in Richtung Strieflener Platz ein Geschirr. Als das Mädchen in Höhe der Pferde war, wurde es von einem in gleicher Richtung fahrenden unbekanntem schwarzplattierten Vierhünder-Vergewaltigungswagen umgefahren und kam unter die Tiere zu liegen. Während das Rad stark beschädigt wurde, erlitt die Verkäuferin glücklicherweise nur leichte Verletzungen. Der Kraftwagen fuhr, ohne zu halten, weiter. Wer Zeuge des Unfalls gewesen ist oder den betr. Führer kennt, wird gebeten, sich mündlich oder schriftlich bei der Kriminalpolizei Zimmer 149 zu melden. Weiter ist beim Kriminalamt eine Anzeige eingegangen, wonach am 7. Mai, gegen 11 Uhr vormittags, an der Ete George-Bäder- und Helmholzerstraße eine ältere Frau von einem Motorabfahrer umgefahren wurde. Hierbei soll die Frau Verletzungen an der Hüfte davongetragen haben und mit einer Autoverletzung nach Hause gefahren sein. Bisher waren die Namen der beiden Personen nicht zu ermitteln. Der Unfall und die Nummer des Motorabfahrers sollen von einem Gerichtsbeamten aufgenommen worden sein. Dieser, sowie die Verletzte und Zeugen werden ebenfalls gebeten, ihren Namen mündlich oder schriftlich an die vorgenannte Dienststelle gelangen zu lassen.

kapitalistischen Klasse empfohlene vernünftige Ernährungsweise besonders gründlich anschauen. Er soll nämlich bei mittlerer Arbeit (die bei den Industriearbeitern wohl nicht in Frage kommt, sondern eine Beziehung in der Richtung zu schwerer und schwerer Arbeit erfährt)

in einem Jahr folgende auf dem Bild dargestellten Lebensmittel verzehren:

Fleisch und Fleisch 15 Kilogramm, Käse 4,5 Kilogramm, Getreide 200 Kilogramm, Milch 135 Liter, Gemüse 231 Kilogramm, Zucker 25,5 Kilogramm, Eier 190 Stück Fett und Butter 18,5 Kilogramm Hülsenfrüchte 5,5 Kilogramm, Kartoffeln 110 Kilogramm, Obst 100 Kilogramm, Salz 2,5 Kilogramm. Wasser ist in diesen Zahlen bereits enthalten; man kann als Durchschnitt etwa 700 Liter annehmen.

Es ist leicht auszurechnen, was ein Metallarbeiter je nach der Anzahl seiner Familienmitglieder nach den Angaben dieser von Hochzeiten zusammengekauften Speisestapel braucht. Dabei sei betont, daß diese Zahlen ein Minimum darstellen, das sich ganz in der Linie der dem Proletariat von der bürgerlichen Klasse aufgewungenen Bedürfnislosigkeit bewegt. Dabei ist an folgenden Satz aus dem kommunistischen Manifest (von Marx-Engels) erinnert: Der Durchschnittspreis der Lohnarbeit ist das Minimum des Arbeitslohnes, d. h. die Summe der Lebensmittel, die notwendig ist, um den Arbeiter als Arbeiter am Leben zu erhalten. Was also der Lohnarbeiter durch seine Tätigkeit sich aneignet, reicht bloß dazu hin, um sein nacktes Leben wieder zu erzeugen.“ Wenn es heute sozialdemokratische Führer sind, die den Arbeiter durch Schlichtungs-sprüche und deren Anerkennung, davon abhalten gegen das System zu kämpfen, welches ihnen noch nicht einmal den Erlaß der für die Arbeit notwendigen Kräfte gestatten will, so zeigen diese „Führer“ des Proletariats nur, daß sie würdige Mitglieder dieses bürgerlich-kapitalistischen Systems sind.

Der Arbeiter sollte gerade hier den Charakter unserer heutigen Staatsform, ihrer Beschäfer und Befürworter aus dem sozialdemokratischen Lager erkennen. Es gilt die radikalen Kräfte dieser „Auch“-Sozialisten zu erkennen. Der Arbeiter im Betrieb ist seit dem Schiedspruch und dessen Anerkennung durch sozialdemokratische Gewerkschaftsführer um eine Erfahrung reicher. Er wird seine Erfahrung auswerten, in dem er am 20. Mai Liste 5 wählt, die Liste der Kommunisten, die den Kampf nicht nur um die Ernährung sondern um die radikale Umgestaltung der Gesellschaft durch die proletarische

Kleingewerbetreibende! Handwerker und Kleinhändler! Gewerbetreibende Mieter!

Von Rechtsanwalt Dr. Rolf Helm

Die Wirtschaftskrisen der Jahre 1923 und 1926 haben im besonderen Maße den werktätigen Mittelstand getroffen, der noch heute unter den Auswirkungen dieser Krisen außerordentlich zu leiden hat. Auch die Rationalisierungsmethode der Großindustrie, die Konzentration des Bank- und Handelskapitals haben dazu beigetragen, und werden in steigendem Maße dazu beitragen, daß die sogenannten mittleren und kleinen selbständigen Existenzen fortgesetzt bedroht sind, und ihre Vernichtung bevorsteht. Die Konturverhältnisse ändern sich von Jahr zu Jahr. Eine unansehnliche Menge von Kleingewerbetreibenden mußte die selbständige Existenz aufgeben, ohne daß aus Mangel an Mitteln überhaupt ein Konturverfahren durchgeführt werden konnte. Hunderttausende von Provisionsreisenden, Markthändlern, reisenden Händlern usw. sind entweder völlig erwerbslos geworden oder der äußersten Verelendung preisgegeben. Die Reichämter werden in überwiegender Anzahl von Kleingewerbetreibenden, Handwerkern, Kleinhändlern, Rentnern in Anspruch genommen.

Wie groß die Not der Kleingewerbetreibenden geworden ist, die der Konkurrenz der konzentrierten Warenhäuser, denen im vollen Maße Kredite bewilligt werden, nicht mehr gewachsen sind, zeigt

das Straßenbild in der Großstadt,

insbesondere auch Dresdens. Zahlreiche Läden sind mit Plakaten versehen, wonach äußerer Ausverkauf wegen Geschäftsaufgabe oder wegen Kündigung und Mietsteigerung angekauft wird. Dahinter prallt bereits die Frage der Armut und der völligen Dummheit gegen das brutale Treiben der Großkaufleute und des dahinterstehenden Bankkapitals.

Der bisherige Reichstag hat sich um die Not dieser hunderttausend Existenzen nicht im geringsten gekümmert. Durch

die Zoll- und Währungsreform der Bürgerblockparteien

im Einverständnis mit der Sozialdemokratischen Partei, die als Koalitionspartei in Preußen keinerlei Protest gegen die die gewerblichen Mieter katastrophal schädigende Wirtschaftsverordnung erhob, hat im Gegenteil die Not des werktätigen Mittelstandes noch gefördert worden. Die Kreditforderungen der Mittelklassen zur Aufrechterhaltung ihrer Existenzen sind von den Deutschnationalen bis zu den Sozialdemokraten, insbesondere auch von der Wirtschaftspartei und den Demokraten rangweise abgelehnt worden. Kredite unter 3000 Mark aus öffentlichen Mitteln auszugeben, wurde verweigert. Damit künftigen die jenen jenen Kollapszustand die Interessen des Großkapitals und ermöglichten, daß Tausende von Existenzen ausgeplündert und dem Hungertod preisgegeben wurden.

Die tägliche Selbstmordstatistik

in den Großstädten, von der insbesondere auch Mitglieder des werktätigen Mittelstandes betroffen sind, geben ein deutliches Bild von dieser ungeheuerlichen Notlage.

Der werktätige Mittelstand ist schon von jeher, ebenso wie die Beamtenschaft, ein unvorworfenes Objekt für die bürgerlichen Parteien und die Sozialdemokraten im Wahlkampf gewesen. Als Stimmzettel sind die Mitglieder des Mittelstandes, und die Kleingewerbetreibenden, Handwerker und Kleinhändler eine willkommene Stütze im Kampf um die Mandate. Deshalb wird auch in diesem Wahlkampf wiederum mit verzerrten Versprechungen, falschen Andeutungen und leeren Agitationsphrasen von allen diesen Parteien um die Gunst der werktätigen Mittelklassen geworben.

Die Praxis dieser Parteien

Im vergangenen Reichstag hat aber mit genügender Deutlichkeit gezeigt, daß nach der Wahl diese Versprechungen eben nur Versprechungen waren, daß nach Sicherung des Mandats nur das Profitinteresse der Großindustrie und des Bankkapitals von ausschlaggebender Bedeutung ist und daß es den bürgerlichen Parteien einschließlich der Sozialdemokratischen Partei auf eine wirksame Unterstützung der Kleingewerbetreibenden und sonstigen Mittelklassen nicht ankommt.

Dies hat sich bei der Behandlung kommunistischer Anträge für den werktätigen Mittelstand im Reichstag

und im Preussischen Landtag mit aller Deutlichkeit gezeigt. Die Forderungen der kommunistischen Partei sind in folgender Entschiedenheit zurückgewiesen, zu der der Reichstag Stellung nehmen sollte.

Der Reichstag wolle beschließen, folgende Entschließung anzunehmen:

Die Reichsregierung zu ersuchen, zur Verringerung der Notlage der Kleingewerbetreibenden sind unverszüglich folgende Maßnahmen durchzuführen:

- Bereitstellung von öffentlichen Krediten für das Kleingewerbe. Daraus sollen Beträge bis zu 5000 Mark an den einzelnen Gewerbetreibenden zum niedrigsten Zinsfuß langfristige ausgeben werden.
 - Abklärung aller unter ungünstigen Bedingungen aufgenommenen Darlehen mit Hilfe öffentlicher Mittel zu niedrigstem Zinsfuß. Auszahlung solcher Darlehen vom vollen Nennwert. Wiedereinführung des gesetzlichen Schutzes gegen den Zinswucher.
 - Kontrolle der Verteilung der öffentlichen Kredite und Darlehen durch gewählte Kommissionen der Kleingewerbetreibenden.
 - Freilassung des Kleingewerbes von amtlichen Gebühren bei Reichaffung von Unterlagen für Darlehen, bei Einholung von Auskünften, Einreichung von Beschwerden, Eintragungen und Verfügungen im Grundbuch sowie Vereinfachung der Eintragungen.
 - Niedererschließung aller Steuerrückstände und der gestundeten Steuerbeträge für das Kleingewerbe. Heranziehung der Kleingewerbetreibenden zu den Steuerkommissionen, Grundwertauschüssen und dergleichen.
 - Sofortiges Verbot aller Pfändungen und Zwangsvollstreckungen an Inventar und Hausgegenständen der in Not geratenen Kleingewerbetreibenden, insbesondere Verbot von Steuerpfändungen. Bei Unfähigkeit zur Zahlung von Hypothekenzinsen, Wechseln, Schulden, Pachtzinsen und dergleichen der Zwangsvergleich unter weitestgehender Berücksichtigung der verminderten Leistungsfähigkeit des kleingewerblichen Schuldners herbeizuführen.
 - Strengste Verbot der Pfändung von Inventargegenständen, die zur Weiterführung des Gewerbes auf den vorhandenen Stand notwendig sind.
 - Unterbindung der Preisbildung der Sandfunde und Treuhand durch die Kontrolle ihrer Preisbildung durch die Betriebsräte und Gewerkschaften unter Hinzuziehung von Vertretern des Kleingewerbes und der Konsumvereine.
 - Verbot des sogenannten Preislockens mit Handelsgewinngarantien. Ausschließung des Kleinhandels, insbesondere Verbot von Konventionsstrafen für Durchbrechung von Preisbestimmungen der Fabrikanten, der Großhändler und ihrer Organisationen.
 - Förderung des genossenschaftlichen Zusammenstehens der Kleingewerbetreibenden für die Zwecke des gemeinsamen Einkaufs und des gemeinsamen Widerstandes gegen die großkapitalistische Kredit- und Preisbildung. Unterstützung solcher kleingewerblicher Genossenschaften durch staatliche Kredite.
- Keine dieser Forderungen, die das selbstverständliche Minimum dessen darstellen, was zur Aufhebung der Lage des Mittelstandes gehört, wurde von irgendeiner Partei unterstützt. In die Realisierung ist nur eine Steuererleichterung für den

gewerblichen Mittelstand geworden. Sozialfürsorge für die verarmten Mittelklassen wurde überhaupt nicht diskutiert, sondern mit Hohlnasen abgetan.

Soweit die gewerblichen Mittelklassen vor dem Krieg in der Lage gewesen waren, Sparbeträge zurückzulassen, um für ihr Alter und für ihre Familie ein wenig Kapital zur Verfügung zu haben, sind sie durch die Stabilisierung der Währung im Gegensatz zu den Kapitalisten der Großindustrie besonders benachteiligt worden. Das zeigte sich auch mit aller Deutlichkeit bei der Art der Gesetzgebung über die Aufwertung, die nicht nach sozialen Gesichtspunkten, sondern nach rein kapitalistischen Gesichtspunkten vor sich ging. Dadurch wurde das Elend der Mittelklassen noch ganz besonders häßlich.

Ein besonderes Kapitel bildet die sogenannte

Fürsorge für die Klein- und Sozialrentner.

die in einer Weise von den Bürgerblockparteien und der Sozialdemokratischen Partei hintertrieben worden ist, die jeder Beschreibung spottet.

Daß die werktätigen Mittelklassen durch die praktische Politik der Großen Koalition des Reichstages nicht gefördert, sondern im Gegenteil außerordentlich nachteilig worden sind, haben in einem großen Teil die Kleingewerbetreibenden, Handwerker und Kleinhändler, die Später und Kleinentner schon ganz gut verstanden. Ein Beweis dafür ist, daß große Teile dieser Schichten ihre Gefolgschaft, insbesondere den Deutschnationalen, aber auch den übrigen Parteien des Großkapitals gefolgt haben. Nicht aber haben sie

die Konsequenz aus dem Verhalten dieser reaktionären bürgerlichen Parteien

im vollen Umfange gezogen, sondern in ihrer Kollapslosigkeit, und weil alle Maßnahmen zur Selbsthilfe verfallen, sind den überall auftauchenden Spalterparteien zugewandert, von denen besonders die Sozialdemokratischen Partei, die Aufwertungspartei, die Spartei und wie sie alle heißen, haben es bisher nicht verstanden, und werden es in Zukunft nicht vermögen, die Interessen des werktätigen Mittelstandes wirksam zu vertreten.

Die Kommunisten legen den Mittelklassen, daß ein Parlament, ganz gleich welcher Art, überhaupt nicht in der Lage ist, im Rahmen des bestehenden wirtschaftlichen Systems, das den Großen stets die Profite kauft und die Kleinen zur Verzweiflung u. d. zum Selbstmord treibt, eine wirksame Hilfe-

leistung zu erwarten der notleidenden Masse herbeizuführen. Nur die eigene Kraft des werktätigen Mittelstandes, in Verbindung mit dem Kampf des gesamten Proletariats, der Grund- und Kapitalarbeiterschaft sowie in Verbindung mit den werktätigen Bauern ist imstande, eine grundlegende Änderung herbeizuführen.

Soweit es das Proletariat unter Führung der Kommunistischen Partei bisher nicht vermocht hat, die Grundlagen der Gesellschaftsordnung gegenüber den ausgebeuteten Massen zu ändern, haben die Kommunisten zum mindesten stets versucht, der herrschenden bürgerlichen Klasse die Waage vom Gewicht zu reifen und durch Stellung geeigneter Anträge zu zeigen, daß sie nicht die Waage behält, der Not des Mittelstandes irgendeine zu heuern. Die Kommunisten haben aber dabei immer mit aller Deutlichkeit betont, daß selbst wenn ihre Anträge angenommen worden wären, damit die wirtschaftliche und politische Unterdrückung des Gesamtproletariats keineswegs gänzlich abgeändert werden kann.

Diese eminente wirtschaftliche und politische Frage kann nur auf außerparlamentarischem Wege im härtesten Kampf mit der Großbourgeoisie gelöst werden.

Deshalb wenden sich die Kommunisten auch an den werktätigen Mittelstand nicht im irgendwelchen parlamentarischen Versprechungen und Versprechungen, deshalb sagen sie nicht, daß durch eine besonders große Anzahl von Abgeordneten der Kommunistischen Partei die unheilvolle Lage des Mittelstandes grundlegend verändert werden kann. Weil dies überhaupt auf parlamentarischer Wege allein nicht möglich ist. Aber die KPD wendet sich an den werktätigen Mittelstand als einem Teil der ausgebeuteten werktätigen Massen und fordert sie auf, ihre wirtschaftliche und politische Lage mit aller Deutlichkeit zu erkennen und diese Erkenntnis dadurch zunächst in die Tat umzusetzen, daß sie die Verbindung mit den übrigen proletarischen Schichten auf engste aufnehmen. Der werktätige Mittelstand und das gesamte übrige Proletariat sind in ihren Interessen gegen das Großkapital aufs engste miteinander verbunden. Diese Verbindung, diese Zusammengehörigkeit muß auf allerhöchster dokumentarischer Weise demonstriert werden. Wer sie bejaht, wer als Kleingewerbetreibender, als Handwerker und Kleinhändler, als gewerblicher Mieter, Kleinentner und betragener Später die bestehenden Verhältnisse verändern, die Herrschaft der Treue und Banken kürzen will, der wählt am 20. Mai die

Kommunistische Partei, Liste 5

Arbeiterport

Arbeiterportier!

Der Reichsminister Gröner hat endgültig entschieden (trotz der populären Proteste der KPD), daß die Turnerschaften als „politischer Verein“ den Voller nicht mehr als Sport- und Spielplatz benutzen darf (die H-ler-Ausschüsse sind an den Vorständen der Turnerschaften sofort zurückzugeben). Mit dieser Maßnahme des neuen Finanzminister-Generals Gröner wird auf neue bewiesen, daß innerhalb der von den sozialdemokratischen Führern gepredigten Republik im wahrsten Sinne des Wortes keine Demokratie, sondern ein Arbeiterportier-Menschen 2. Sorte ist. Hier heißt es nicht nur, mit dem Stimmzettel durch die Wahl von Kommunisten zu protestieren, sondern zu erkennen, daß die Rücknahme in der Linie der von den Kommunisten immer wieder entworfenen Geldpolitik deutscher „Republikaner“ liegt, und deswegen ein aktiver außerparlamentarischer Kampf geführt werden muß.

Jetzt ist die Parole:
Nieder mit Gröner, und am 20. Mai Liste 5!

- Wahlkreise — 2. Bezirk**
Am Sonntag den 20. Mai herrscht Spitzelzeit. Es ist unabhingige Pflicht eines jeden Bürgers, daß er sich an der Wahlarbeit beteiligt. **Samstag den 19. Mai**
Schlesien 1—Schlesien 16, 17, 18, 19, 20, 21, 22, 23, 24, 25, 26, 27, 28, 29, 30, 31, 32, 33, 34, 35, 36, 37, 38, 39, 40, 41, 42, 43, 44, 45, 46, 47, 48, 49, 50, 51, 52, 53, 54, 55, 56, 57, 58, 59, 60, 61, 62, 63, 64, 65, 66, 67, 68, 69, 70, 71, 72, 73, 74, 75, 76, 77, 78, 79, 80, 81, 82, 83, 84, 85, 86, 87, 88, 89, 90, 91, 92, 93, 94, 95, 96, 97, 98, 99, 100.

Nur erst recht für die Verteidigung der Sozialdemokratie!

HERAUS

zum 4. REICHSTREFFEN DER R.F.B.

102a Berlin.

Kreisfeste Wanderungen

Meldungen für die Wanderungen müssen bis zum 10. Juni an den Chairman des Wanderausschusses, Genossen Richard Kurt, Dresden 28, Rabenauer Straße 10, 2, eingelaufen werden. (Siehe DWS Nr. 11 vom 12. März) Nr. 19 Tageswanderung für ältere Genossinnen, Genossen und Kriegeserlebte, bequem und nicht anstrengend: Von Fohlsch-Wälden Wanderung durch den Mittelwalder Grund, Wehlener Grund und Föhlschgrund nach der Bastei, Abstieg nach Rathen. Anschließend Dampferfahrt zurück nach Dresden.

Veranstaltungskalender

- Kommunistische Partei**
Sonntag den 19. Mai
Städtisch 4. 19 Uhr: Wahlkampf: Treffen im Demokratischen Sonntag den 20. Mai
Städtisch 4. 7 Uhr: Treffen in der Kneipenhalle, Schlegelstr. 4. **Mittwoch**, 21. Mai: Treffen in der Kneipenhalle, Schlegelstr. 4. **Freitag**, 23. Mai: Treffen in der Kneipenhalle, Schlegelstr. 4. **Sonntag**, 25. Mai: Treffen in der Kneipenhalle, Schlegelstr. 4. **Dienstag**, 27. Mai: Treffen in der Kneipenhalle, Schlegelstr. 4. **Donnerstag**, 29. Mai: Treffen in der Kneipenhalle, Schlegelstr. 4. **Sonntag**, 31. Mai: Treffen in der Kneipenhalle, Schlegelstr. 4.
- Lang-Spartakus-Bund**
Sonntag den 20. Mai
Städtisch 4. 19 Uhr: Treffen in der Kneipenhalle, Schlegelstr. 4. **Mittwoch**, 21. Mai: Treffen in der Kneipenhalle, Schlegelstr. 4. **Freitag**, 23. Mai: Treffen in der Kneipenhalle, Schlegelstr. 4. **Sonntag**, 25. Mai: Treffen in der Kneipenhalle, Schlegelstr. 4. **Dienstag**, 27. Mai: Treffen in der Kneipenhalle, Schlegelstr. 4. **Donnerstag**, 29. Mai: Treffen in der Kneipenhalle, Schlegelstr. 4. **Sonntag**, 31. Mai: Treffen in der Kneipenhalle, Schlegelstr. 4.
- Kater-Kontingierbund**
Städtisch 4. 19 Uhr: Treffen in der Kneipenhalle, Schlegelstr. 4. **Mittwoch**, 21. Mai: Treffen in der Kneipenhalle, Schlegelstr. 4. **Freitag**, 23. Mai: Treffen in der Kneipenhalle, Schlegelstr. 4. **Sonntag**, 25. Mai: Treffen in der Kneipenhalle, Schlegelstr. 4. **Dienstag**, 27. Mai: Treffen in der Kneipenhalle, Schlegelstr. 4. **Donnerstag**, 29. Mai: Treffen in der Kneipenhalle, Schlegelstr. 4. **Sonntag**, 31. Mai: Treffen in der Kneipenhalle, Schlegelstr. 4.
- Kate-Kontingierbund**
Städtisch 4. 19 Uhr: Treffen in der Kneipenhalle, Schlegelstr. 4. **Mittwoch**, 21. Mai: Treffen in der Kneipenhalle, Schlegelstr. 4. **Freitag**, 23. Mai: Treffen in der Kneipenhalle, Schlegelstr. 4. **Sonntag**, 25. Mai: Treffen in der Kneipenhalle, Schlegelstr. 4. **Dienstag**, 27. Mai: Treffen in der Kneipenhalle, Schlegelstr. 4. **Donnerstag**, 29. Mai: Treffen in der Kneipenhalle, Schlegelstr. 4. **Sonntag**, 31. Mai: Treffen in der Kneipenhalle, Schlegelstr. 4.
- Kate-Kontingierbund**
Städtisch 4. 19 Uhr: Treffen in der Kneipenhalle, Schlegelstr. 4. **Mittwoch**, 21. Mai: Treffen in der Kneipenhalle, Schlegelstr. 4. **Freitag**, 23. Mai: Treffen in der Kneipenhalle, Schlegelstr. 4. **Sonntag**, 25. Mai: Treffen in der Kneipenhalle, Schlegelstr. 4. **Dienstag**, 27. Mai: Treffen in der Kneipenhalle, Schlegelstr. 4. **Donnerstag**, 29. Mai: Treffen in der Kneipenhalle, Schlegelstr. 4. **Sonntag**, 31. Mai: Treffen in der Kneipenhalle, Schlegelstr. 4.

Tagestheater der Dresdner Theater

Sonntag, Opernhaus: Zuercher (19.30), Schaulustige (19.30), Freie Schiller (19.30), Wälschtheater: Der große Sonntag (19.30), Die Schiller (19.30), Centraltheater: Aber spricht auf (19.30), Freie (19.30).
Montag, Opernhaus: Der Zuercher (19.30), Schaulustige (19.30), Freie Schiller (19.30), Wälschtheater: Der große Sonntag (19.30), Die Schiller (19.30), Centraltheater: Aber spricht auf (19.30), Freie (19.30).
Dienstag, Opernhaus: Der Zuercher (19.30), Schaulustige (19.30), Freie Schiller (19.30), Wälschtheater: Der große Sonntag (19.30), Die Schiller (19.30), Centraltheater: Aber spricht auf (19.30), Freie (19.30).
Mittwoch, Opernhaus: Der Zuercher (19.30), Schaulustige (19.30), Freie Schiller (19.30), Wälschtheater: Der große Sonntag (19.30), Die Schiller (19.30), Centraltheater: Aber spricht auf (19.30), Freie (19.30).
Donnerstag, Opernhaus: Der Zuercher (19.30), Schaulustige (19.30), Freie Schiller (19.30), Wälschtheater: Der große Sonntag (19.30), Die Schiller (19.30), Centraltheater: Aber spricht auf (19.30), Freie (19.30).
Freitag, Opernhaus: Der Zuercher (19.30), Schaulustige (19.30), Freie Schiller (19.30), Wälschtheater: Der große Sonntag (19.30), Die Schiller (19.30), Centraltheater: Aber spricht auf (19.30), Freie (19.30).
Samstag, Opernhaus: Der Zuercher (19.30), Schaulustige (19.30), Freie Schiller (19.30), Wälschtheater: Der große Sonntag (19.30), Die Schiller (19.30), Centraltheater: Aber spricht auf (19.30), Freie (19.30).
Sonntag, Opernhaus: Der Zuercher (19.30), Schaulustige (19.30), Freie Schiller (19.30), Wälschtheater: Der große Sonntag (19.30), Die Schiller (19.30), Centraltheater: Aber spricht auf (19.30), Freie (19.30).

Günstige Einkaufsquellen für Arbeiter, Angestellte und Beamte in der Oberlausitz

F

<p>LEUTERSDORF</p> <p>Hugo Voigt, Spitzmüllersdorf Fleischerei und Wurstwaren 63209</p> <p>Lebensmittel / Delikatessen Fleisch- und Wurstverkauf Paul Wülfel, Bbl. 1. 80 63207</p> <p>Kreftschum empl. seine Lokalmilch Lebensmittel FRANZ GÜNTHER, C. 21 63208</p> <p>Fleisch- und Wurstwaren Fleisch- u. Wurstwaren Ernst Wülfel, Bbl. 1. 80 63209</p> <p>Weiß- und Feinbäckerei ALFRED HERFURTH Ortsteil D 31 63271</p>	<p>FRISEUR BLAU GABLER-STRASSE 6 63013</p> <p>Leblich- u. Wurstwaren sehr preiswert Roth, Omas, Breite Straße 39 Filsie A. d. Heimstätte 63022</p> <p>Schokoladen und Lebensmittel von GUORG KREMS, Wettinerstraße 1 63017</p> <p>Fleisch- und Wurstwaren Hugo Wülfel, Bbl. 1. 80 63209</p> <p>Bäckerei, Konditorei und Café (geöffnet von 6-21 Uhr) von Alfred Liebich, Bahnhofsstr. 22, Tel. 2428 63016</p>	<p>ZITTAU</p> <p>Restaurant Tobak, Zigarren, Zigaretten von Max Engelmann, Löhnerstraße 8 63013</p> <p>Reinhold, Stadt 23 empl. feiner Kaffeebohnen Dr. G. B. Hoffmann, Grottenstr. 40 63014</p> <p>Ew. Schmidt, Gröbe Str. 17 Kolonialwaren Spezialgeschäft für Holzschuhe, Stiefel und Pastorale 63019</p> <p>Brot-, Weiß- und Feinbäckerei, Spez. Haus- machereibrot, Gries, Streubrot, Mandauer, etc. 63020</p>	<p>REICHENAU</p> <p>Barbelen- und Schönbühnenhaus Emil Büchler, Mittelberg 63040</p> <p>Gestaltstätte für Damen-, Herren- u. Rindfleischlieferung Hermann Kohn 63042</p> <p>Licht-Schauspiele u. Café Mietauto-Unternehmen Robert Altmeppen, Spielplatz, Freilagplatz 63036</p> <p>Möbel- u. Polsterwaren preiswert in Marschner's Möbelhaus, Hauptstr. 191 63001</p> <p>Fleisch- und Wurstwaren Alfred Ebermann, Hauptstr. 781 63035</p>	
<p>Kolonial- und Grünwaren Reihenhandlung Susanne Knobloch, Ortsteil D 31 63272</p> <p>Ofen- und Fliesengeschäft Max Haschke Ofenbauarbeiten, Hauptstraße 13c 63273</p> <p>Spezial-Geschäft sämtl. Herrenartikel Erwin Salomo, Hauptstraße, Aht. 1. 82 63274</p> <p>Reise-, Kleider-, Herren- und Damen-Prisen Spez. Bekleidungsartikel, Bäckerei 63275</p>	<p>PEITHAU b. ZITTAU</p> <p>Rud. Riemer Leblich- u. Wurstwaren Hauptstraße 29 63016</p> <p>NEUSALZA-SPREMBERG</p> <p>Materiale- und Grünwaren Reihenhandlung Carl Fiebig Neusalza-Spremburg 63029</p> <p>Lichtspielhaus Max Weinhold Südweststraße 61 63030</p> <p>Brot- und Weißbäckerei, Materialwaren Norm. Strahle, Zittauer Straße 22 63031</p> <p>Arno Hebold, Obermarkt 7 / Ufer, Gold- u. Silberwaren, optische Waren, photographische Artikel, Schreibmaschinen, Schallplatten 63032</p>	<p>LOBAU</p> <p>Karl Eisner Konfektionshaus Nicolaisstraße 8 Fernsprecher 2346 63009</p> <p>Josef Posler Brot-, Weiß- und Feinbäckerei Neustädter Markt- halle, Grottenstr. 63034</p> <p>DR. Hanke, Altmühl 2 Optisches Spezialgeschäft 63038</p>	<p>Fleischerei und Gastwirtschaft Otto Wülfel, Rosenstraße 4 63033</p> <p>Reinhold, Stadt 23 empl. feiner Kaffeebohnen / Dr. G. B. Hoffmann Grottenstr. 40 63014</p> <p>Wolff, Biele, Bittauer Str. 16 Schuhe- und Schuhwaren 63035</p> <p>Fleisch- und Wurstwaren empl. in bekannter Art, Georg Krab, Hermann-Ortsteil-Str. 4 63036</p> <p>Brot-, Weiß- und Feinbäckerei Karl Wagner, Grottenstraße 11 63037</p>	<p>Konditorei u. Café Kurt Schaffer F. P. Bredtstr. 571 63038</p> <p>Rudolf Klein, Bahnhofsstr. 140 Spezial- geschäft für Musik-Instrumente, F. H. Hirschfeld 63039</p> <p>J. Haller / Konfektions- u. WÄSCHE - GARDINEN - STUMPEN 63040</p> <p>Max Scheibler, Zittauer Str. 534 b Fleisch- und Wurstwaren 63041</p> <p>+ DROGERIE WINTER C. A. Prellstr. 150 63042</p> <p>Josef Rieger, Leblich- u. Wurstwaren Hauptstraße 29 63016</p> <p>Otto Haase Konfektions- u. Gastwirtschaft Pilsenerstraße 642 63043</p>
<p>KIRSCHAU</p> <p>Drogen, Photohandlung Erich Wagner Hauptstr. 39 63051</p> <p>Lebensmittelhaus Johann Heinze (Inh. R. Goldberg) Hauptstr. 39C 63052</p> <p>Fleisch- u. Wurstwaren, Lebensmittel Reinhold Wülfel 63053</p> <p>Gasthof z. Erbgericht Konzert- und Ballsaal 63057</p> <p>Wohnung bei den Inhabern der Arbeiterstimme</p>	<p>LÖBAUER LICHTSPIELE Die vornehme Stätte für Kunst und Unterhaltung 63001</p> <p>Adolf Gocht, Bahnhofstraße 25. Etage. Antiquariat in guter Wasche usw. 63007</p> <p>Restaurant „Merku“ Inhaber Hans Melzer • Spezial- Ausschank Löbauer Bergbiere 63008</p> <p>Kauf im Löbauer Waren-Kredit- Geschäft, im Hauptstr. 39C 63052</p>	<p>BAUTZEN</p> <p>Molkerei P. Friedrichs Hauptstr. 7 63005</p> <p>Roh-Fleisch- u. Wurstwaren Carl Kauschke, Töpferstr. 7 63001</p> <p>Damen- und Herrenfrisier Max Dauter, Schillerstr. 15 63002</p> <p>Fleisch- und Wurstwaren Joh. Günther, Moltkestr. 7 63003</p> <p>Fahrräder, Nähmaschinen, Sprechapparate Schallplatten / Alle Reparaturen Richard Weiß, Moltkestr. 13 63007</p> <p>Lebensmittel Hug. Wolf, Schillerstraße 9 63008</p> <p>Alfred Wolf Schillerstraße 7 Uhren, Goldwaren 63009</p>	<p>S. verw. Trankler, Rittergasse 6 Manufakturwaren / Reste / Partikularien 63006</p> <p>Paul Krebs, Rittergasse 5 Fleisch- und Wurstwaren 63007</p> <p>P. Wühlering Nachf., Bahnhofsstr. 21 Spielwaren / Haus- und Küchengeräte von Holz Artikel der Innen-Decorations 63008</p> <p>Schuhhaus Reiner an Arbeitsschuhen, Reparaturen gut u. billig 63009</p> <p>Roßschlächterei Löbau Mühlweg und Schillerstr. 63010</p>	<p>Reinhold Förster Aus der Heide 119 b Fleisch- und Wurst- waren 63044</p> <p>Gustav Schmidt, Nr. 87 Lebensmittel 63045</p> <p>Ferd. Kretschmer, Nr. 81 Kolonialwaren - Drogen - Farben 63046</p> <p>Zigarettenhaus Otto Benedikt Johannesstr. b. Sitten 63047</p> <p>Arthur Weber, Nr. 63 Reparaturwerkstätte und Maßarbeit 63048</p> <p>Anton Hubalowski, Nr. 119 c Schuhwaren und Reparaturen 63049</p> <p>Richard Knobloch Drogen Kolonialwaren Nr. 8 94 63050</p> <p>Paul Thomas Klempner, Haus- und Küchengeräte von d. D. Maschinens 63051</p>
<p>HIRSCHFELD</p> <p>Gasthof Friedländer Str. 10 Gasthof and Fleischerei 63011</p> <p>Josef, 17. W. Waren Hauptstr. 17 63012</p> <p>Wolff, Biele, Bittauer Str. 16 Schuhe- und Schuhwaren 63035</p> <p>Wurstwaren / E. Finke 63036</p> <p>Damen-Frisier-Salon Greiner Straße 31 63037</p> <p>„Zum Hirsch“ Fleischerei, Am Markt 63038</p> <p>Reinhold Wülfel Weiß- und Feinbäckerei 63039</p>	<p>Eisenwaren Werkzeuge Paul Soldner, Außere Lauenstr. 16 63040</p> <p>Zigarren, Zigaretten, Tabakwaren A. Winkler, Außere Lauenstr. 16 63041</p> <p>Damen- und Rindfleischlieferung W. G. d. d. Kornstraße 7 63042</p> <p>Billige Wäsche, Kleider, Strumpfwaren Walter Noebel, Reichenstraße 11 63043</p> <p>Wäsche, Damen-, Herren- und Kinder-Konfektion J. Sebastian, Steinstr. 12 63044</p> <p>Zigarren, Zigaretten Tabake in Rollen, Grob-, Mittel- u. feinschnitt Hermann Garlich, Tuchmacherstraße 7 63045</p>	<p>Zuchbinderei - Papierhandlung 2014g. Gut. mit. alle Sorten- und Spezialpapiere 63052</p> <p>Hüte, Mützen, Pelzwaren C. E. Rinke Reichenstraße 5 63053</p> <p>Drogerie u. Photohandlung Lehr. Albrecht Nachf. Inhaber: Erich Winter, Kornmarkt 30 63054</p> <p>Spezialgeschäft: Holz- u. Metall- Schmiederei 63055</p> <p>Kolonialwaren, Spirituosen C. F. Dietrich, Reichenstraße 3 63056</p> <p>KURT MAUER Uhrmacher, Steinstr. 17 Inhaber Hotel Kronen 63057</p> <p>Konfektionshaus Karl König Kornstr. 10 63058</p> <p>Kleiderstoffe und Konfektion Paul Oite, Kornstraße 10 63059</p> <p>Berufsgarderoben H. Kögler vorm. Joh. Marschner, Steinstraße 19 63060</p> <p>Tabak- und Schreibwaren M. und A. Zeeher, Kornmarkt 16 63061</p>	<p>R. Richter Möbel- und Polsterwaren Wandstraße 15 63062</p> <p>Damen- u. Herrenfrisier Hugo Wölfl Geckelstr. Markt 63063</p> <p>Haus- und Küchengeräte E. Ulrichs Nachf., Inh. M. Pfeil, Schillerstr. 12 63064</p> <p>Herren-Frisier Max Nieder An den Fleischbänken 1 63065</p> <p>Bäckerei / Konditorei Oswald Käpler, Moltkestr. 2 63066</p> <p>Roß-Fleisch- und -Wurstwaren empfehlen Curt Kaiser, An den Fleischbänken 5 63067</p> <p>Fleisch- u. Wurstwaren OTTO SCHRÖDER / SCHÖLERSTR. 6 63068</p> <p>Bettfedern, Textil- und Strickwaren W. Köhler, Hauptmarkt 9 63069</p> <p>Möbel / Polsterwaren P. Handrick, Steinstr. 32 (auch auf Katalogauftrag) 63070</p>	<p>GROSSPOSTWITZ</p> <p>Drogerie Ewald / Farben, Lacke, Zigaretten und Spirituosen Leibnizstr. Nr. 4 63071</p> <p>FLEISCHEREI FRIEDR. RÖTKE Kornstr. b. Großpostwitz Nr. 38 63072</p> <p>Fleisch- und Wurstwaren RICHARD STURM, HAINITZ 63073</p> <p>Klempner, Haus- und Küchengeräte von d. D. Maschinens J. G. Hirschfeld Großpostwitz Nr. 19 b 63074</p>
<p>WENDLER Tabakwaren-Groß- und Kleinverkauf 63030</p> <p>Johannes Rentsch Spirituosen / Weine / Liköre 63031</p> <p>GUSTAV BÜRGER Textil- und Kolonialwaren 63032</p> <p>W. Neumann Klempner und Auto-Installation 63033</p> <p>Ewald Sauer Brot- und Weißbäckerei 63034</p> <p>Anton Röscher Klempner u. Sattler Klempner 63035</p> <p>Kurt Schönleider Roadster und Café Markt 32 63036</p>	<p>Wäsche, Damen-, Herren- und Kinder-Konfektion J. Sebastian, Steinstr. 12 63044</p> <p>Zigarren, Zigaretten Tabake in Rollen, Grob-, Mittel- u. feinschnitt Hermann Garlich, Tuchmacherstraße 7 63045</p> <p>GÖRLITZER SCHUHHAUS A. JACOBSONN REICHENSTR. 24 KAISERSTR. 22 63046</p>	<p>Lederhandlung W. CHRIST Kornstraße 16 63060</p> <p>Herrenkonfektion, Wäsche, Berufskleidung Hugo Pachaly, Schillerstr. 1 63061</p> <p>Fahrradhaus Rührmann Reparaturwerkstatt Zöpflerstraße 10 63062</p> <p>BROT-, WEISS- UND FEINBÄCKEREI Oskar Voigt, Wendischer Graben 22 63063</p>	<p>Werkzeughaus Schneider & Schulze Steinstraße 15 63067</p> <p>Sattler- und Lederwaren Herm. Domschick, Reichenstraße 23 63068</p> <p>FRISIER PAUL NAUMANN REICHENSTRASSE 31 63069</p>	<p>WILTHEN</p> <p>Fleisch- u. Wurstwaren Paul Häufig, Mittelstraße 16 63075</p> <p>Drogerie Wilthen Inh.: Wilhelm Kunzsch, Heilkundiger Bahnhofsstraße 40 b 63076</p> <p>Gust. Lehmann, Uhren und Goldwaren Fornal 34 Uhren-Katalog gratis und kostenlos Kornstraße 37 63077</p>
<p>Möbel kaufen Sie am billigsten beim Selbstherzeuger • Gebr. Heidrich 63078</p> <p>MARIENTHAL</p> <p>Beerenweinschänke 63079</p> <p>B. Kurze Kohlenhandlung 63080</p> <p>Adolf Scholze Fleisch- und Wurstwaren 63081</p> <p>Arthur Schwandner Brot- und Weißbäckerei 63082</p> <p>Martha verw. Hiltcher Gasthof und Fleischerei 63083</p> <p>Paul Glausch, Gasthaus 63084</p>	<p>Herrenkonfektion, Wäsche, Berufskleidung Hugo Pachaly, Schillerstr. 1 63061</p> <p>Fahrradhaus Rührmann Reparaturwerkstatt Zöpflerstraße 10 63062</p>	<p>Herrenkonfektion, Wäsche, Berufskleidung Hugo Pachaly, Schillerstr. 1 63061</p> <p>Fahrradhaus Rührmann Reparaturwerkstatt Zöpflerstraße 10 63062</p>	<p>Drogerie, Parfümerie, Photohandlung Johannes Teich, Reichenstraße 18 63080</p> <p>Kalteeisfabrik u. Kolonialwaren Georg Nitsche, Reichenstraße 8 63081</p> <p>Konfektions- und Wäschehaus W. Müller, Reichenstraße 6 63082</p> <p>Herrenartikel-Spezialgeschäft Hans Walther, Hauptmarkt 3 63083</p> <p>Fleisch- und Wurstwaren R. Rabowsky, Schillerstraße 4 63084</p> <p>Qualitäts-Schuhwaren aus eigener Gerberei Reinhold Meyer, am Kornmarkt 63085</p>	<p>BEITSDORF</p> <p>Gasthof „Zum Hirsch“ mit Fleischerei 63086</p> <p>Gasthaus „Zum Selbighöfen“ mit Fleischerei 63087</p> <p>Agoschmiederei Fritz Kohlert 63088</p> <p>Restaurant Zester mit Fleischerei 63089</p> <p>Brot-, Weiß- und Feinbäckerei Paul Gnausch 63090</p>
<p>Neuegerdorp</p> <p>Hirsch-Lichtspiele Seiffenhensdorf Neuegerdorp Lichtspiele Inh.: Waldemar Götke, Hauptstr. 63091</p>	<p>Trinkt die erstklassigen Biere der Bautzener Brauerei und Mälzerei A.-G. 63092</p>			

AUFZUM REICHSTREFFEN DES R.F.B.

RÜCKBLICK AUF DREI GENERALAUFMÄRSCHE DES DEUTSCHEN PROLETARIATS

Im Herbst 1924 hatten sich die ersten Formationen des Roten Frontkämpferbundes gebildet. Die revolutionäre Arbeiterschaft hatte erkannt, daß es an der Zeit war, einen eisernen Abwehrblock gegenüber dem immer frecher werdenden Faschismus und den Vorstößen des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold zu schaffen. Bald hatten sich bedeutende Kreise des Proletariats um das Zeichen der Roten Faust gesammelt. Auch die Gegner merkten sofort, welche neuer und gefährlicher Feind ihnen hier entstanden war.

Schon kurze Zeit nach der Gründung, Himmelfahrt 1925, rief der Rote Frontkämpferbund seine Kameraden aus den Gauen zur ersten Heerchau nach Berlin.

Nach hatten sich die Kolonnen nicht restlos formiert. Noch war der R.F.B. eine zahlenmäßig schwache Organisation. Und trotzdem war schon sein 1. Reichstreffen ein Erfolg.

Das erste Reichstreffen

Freilich bot die damalige Rundgebung noch ein ganz anderes Bild als die unferer heutigen Aufmärsche. Die Bundesleitung war noch nicht in den Reihen der Kameraden eingeführt; sie kamen noch durchweg in ihren Bindfäden, zum großen Teil auch mit blauen Mützen. Nur ganz vereinzelt hatten sich schon R.F.B.-Kapellen gebildet.

So daß man noch auf das Mißföhren zylinderbüchseter Berufs-sapellen angewiesen war.

Auch bestand zur damaligen Zeit noch kein Stöckerbrot, so daß die Formationen noch überall mit ihren Knäppeln anhielten. Das wichtigste aber war, daß erst zu einem geringen Teil eine kleine Proletarie den Weg zur Roten Front gefunden hatten und hauptsächlich Jungarbeiter in ihren Reihen marschierten. Nur spärlich waren die Kameraden aus der Provinz vertreten.



Das 1. Reichstreffen im Lichtenberger Stadion

Und dennoch nahmen die Berliner Proleten am roten Aufmarsch teil. Ein Kamerad schreibt über seine Eindrücke während des Aufmarsches vom Lustgarten zum Lichtenberger Stadion:

„... Die Sonne brennt, der Weg ist staubig. Die Hitze föhren den hundstangen Marsch. Aber sind es Müdigkeit und Durst, die uns verstimmen lassen können? Nein, denn Kaffee und Wasser wird uns von den Bewohnern der Straßen, durch die wir marschieren, angeboten. Die gehobene Stimmung, die Menschen, die Müst unterdrückten jegliches Gefühl der Ermüdung.“

An 25 000 Frontkämpfer, dazu Tausende von Indifferenten umten das Lichtenberger Stadion. So stark wirkte der Aufmarsch, daß die Berliner Organisation

mit einem Schlage 600 neue Mitglieder gewann.

Mit dem alten Kameraden gemeinsam leisteten sie den Schwur der unerschütterlichen Treue zur roten Klassenfront. Unter gewaltiger Begeisterung der Versammelten erfolgte als Abschluß der Rundgebung die Uebergabe einer russischen Fahne durch die Bundesführung an die Neuföhner Abteilung.

Mit verstärkter Wucht gingen die Kameraden in Berlin und im übrigen Reich nach ihrer Rückkehr an die Arbeit. Bald zeigten sich die Auswirkungen des ersten Treffens. Gewaltige neue Massen der deutschen Arbeiterschaft riefen zur Roten Front und schufen in ihr eine rote Wehr, die die Gegenrevolution im Inland und Ausland erzittern machte.

Zum zweiten Male in Berlin

Und wieder rüstete man zum Reichstreffen. Wieder sparten die Kameraden sich das Fahrgeld nach Berlin vom Munde ab. Gerade beim 2. Reichstreffen war der Boden für ein Vorstößen der Roten Front besonders günstig.

Ihre Formationen waren im Laufe des vergangenen Jahres weitausföhren angewachsen. Rationalisierung, Massenarbeitslosigkeit, Steuer- und Zollraub hatten unter der Präbentenschaft Hindenburgs breiteste Massen der Berufstätigen ausgerüttelt. Die Forderungen der 1918 geföhrenen Kämpfer entfachten die ganze arbeitende Bevölkerung zu ungeheurer Empörung.

Da war es der Rote Frontkämpferbund, der in Berlin als erster den Gedanken des Volksentscheides durch seine Unterzeichnungsammlung in die Praxis umsetzte.

Nach bis zum letzten Moment hatte die Sozialdemokratie den Plan einer solchen Aktion als unfruchtbar und verantwortungslos bezeichnet. Jetzt wurde sie von den Massen zur Beteiligung am Volksentscheid gezwungen. Im Kampf um die Enteignung des Rüstungspads und gegen die reaktionäre Politik der Luther-Eitelmann-Regierung fand der R.F.B. in vorderster Linie. Unermüdlich zeigte er das Wachsen der Kriegsvorbereitungen gegen die Sowjetunion. Die Antwort auf diese Aktivität waren erneute Massenentritte. Damit änderte sich auch vollkommen das Gesicht der Organisation. Waren es noch 1925 vor allem die Jungmännchen, die den Aufmärschen das Gepräge gaben, so traten jetzt die erwachsenen Proletarier in den Vordergrund. Dies zeigte sich besonders deutlich während des zweiten Reichstreffens.

Auch durch die wildeste Hege der gesamten bürgerlichen Presse liehen sich die Berliner Proleten nicht beirren. Zu Zehntausenden marschierten sie mit der roten Klassenfront auf. Bereitwillig nahmen sie die auswärtigen Kameraden in Quartier. Die Ankomenden wurden mitunter schon auf der Straße zum Quartierlokal von den Arbeitern „abgeholt“ und untergebracht. Ein Thüringer Kamerad schrieb später von seiner Heimat aus:

„Ob wir mochten oder nicht, wir mußten mit Zehntausenden mitessen. In jeder Gastwirtschaft wurde uns hineingehiebt. Rauchen, Trinken, Essen — alle Tische wurden uns vollgestopft. Ungeheure Begeisterung...“

Der Aufmarsch

Von drei Hauptansammlungsstellen aus marschierten die einzelnen Abteilungen mit den in ihrem Stadtteil einquartierten Gauen auf, um sich am Friedrichshain zu einer gewaltigen Kolonne zusammenzuschließen. Und dann geht es — die Bundesführung an der Spitze — hinunter zum Neuföhner Volkspark. Untermwegs liehen die Proleten Kopf an Kopf; über zweihunderttausend Menschen kauerten sich in den Annarschtrahlen. Überall sieht auch die Bevölkerung mit Getränken zur Erquickung der Marschierenden bereit.

Um 3 Uhr treffen die ersten Jüge im Volkspark ein. Ununterbrochen marschieren nun die roten Soldaten auf. 7 Uhr bereits — und noch ist kein Ende der heranmarschierenden Kolonnen abzusehen. Da bricht die Bundesführung den Aufmarsch ab und beginnt die Rundgebung.

Am 80 000 rote Frontkämpfer waren insgesamt aufmarschiert.

Auch eine Reihe von Reichsbannerkameraden waren beteiligt. Gemeinsam mit ihren Klassenangehörigen demonstrierten sie für die einheitliche Front des Proletariats gegen die Bourgeoisie und ihre Diener. Solidarisierten sie sich mit den kämpfenden englischen Bergarbeitern und leiteten sie gleich unseren Kameraden in ihre Heimorte zurück mit dem Bewußtsein, den Kampf zu führen in der Roten Front gegen Zentrums-spielen und demokratische Börsenjobber.

Neben den Vertretern der Bundesführung wandten sich bei diesem Reichstreffen auch

Delegierte ausländischer Organisationen

in kommenden Worten an die Massen. Mit dem Gelang der „Internationale“ und der Uebergabe einer russischen Fahne fand der gewaltige Aufmarsch seinen Abschluß. Noch einmal waren am folgenden Tage die auswärtigen Kameraden in den Veranstaltungsorten ihrer Quartierbezirke zu Gast. Dann zogen sie wieder ihrer Heimat entgegen.

Und 1927

Das Barometer stand auf Sturm. Die Regierung des Bürgerblocks hatte sich gebildet. Der Stahlhelm plante die Niederwerfung der Berliner Arbeiterschaft durch einen Reichsaufmarsch am 1. Mai. Internationale eine gewaltige Verschärfung des imperialistischen Angriffes auf die Sowjetunion, Ueberfälle und Attentate auf ihre Vertreter. In China die Revolution in stürmischer Vorwärtsbewegung.

Alle diese Tatsachen zeigten die Arbeiterschaft in noch härterem Maße in die Rote Front. Unter dem Druck der Berliner Werttätigen mußte

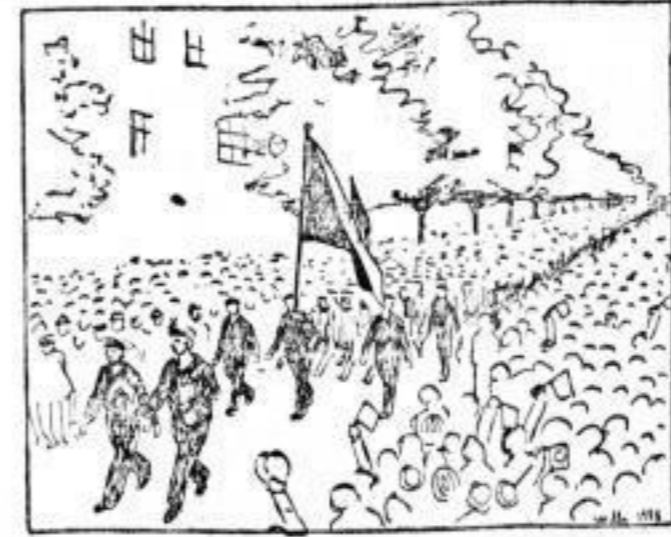
der Stahlhelm seinen Aufmarsch vom Volkspark auf den 8. Mai verschieben.

Der Empfang, der ihm am 8. Mai vom roten Berlin bereitet wurde, wird den schließlichen Soldatenherden für immer im Gedächtnis bleiben. Wer Zeuge war, wie am 7. und 8. Mai der Stahlhelm unter einem ungeheuren Polizeiaufgebot, den Niederzufen der Bevölkerung und Ueberbrot vom Massenansturm der „Internationale“, einem Gesangentransport gleich, zum Lustgarten schick und an die Bahnhöfe zurücktrieb, wie kein Stahlhelmer es wagen durfte, Berlin zu besichtigen, weil er sonst von der Liebe der Bevölkerung erdrückt worden wäre, der spürte so recht den Gegenlag zum roten Pfingstaufmarsch. Keine Phrasen war es, wenn der Kamerad Leow bei der Vorbereitung des 3. Reichstreffens erklärte:

„Der Rote Frontkämpferbund braucht Berlin nicht zu erobern; Berlin ist rot!“

Welt über den Rahmen Berlins hinaus sammelten sich die Arbeiter zur Abwehr des Stahlhelmangriffes. So drückten sich die Herren Faschisten bei ihrer Rückkehr nach Stuttgart stundenlang nicht vom Bahnhof weg, da sie sonst sehr handgreiflich mit Proletenläuten Bekanntheit gemacht hätten.

Wie ganz anders war das 3. rote Reichstreffen! Begeisterte Abfahrts- und Empfangsgruppen in allen Orten. Und die



Aufmarsch der Roten Marine zum 2. Reichstreffen

Berliner weitesterten darin, die auswärtigen Kameraden in Quartier zu nehmen. So erzählt ein Berliner Quartiermacher:

„Der öfene Junge brüllte gleich die Treppe hinauf:

„Mutter, die Quartiermacher sind da!“

Mutter war nämlich in der Waschküche und mußte erst herunterkommen: „Zwei Mann wie vorjiet Jahr!“ erklärte die Frau be-

trimmt. „Käuflich mit Verpflegung.“ „Mensch, der is inoerf mit der Junge. Und so geht es treppauf, treppauf.“

Als dann am Pfingstsonnabend die roten Gäste eintriefen, hat Berlin bereits festlich gefestigt. Unzählige Transparente und Willkommensgrüßen zierten die Straßen. Einzelne tragen und geradezu eingetaucht in einem Meer von roten Fahnen. Bergelich verjucht die Bourgeoisie die Aufmerksamkeit auf den gleichzeitig stattfindenden Kummel zu Ehren des Dogen-lagers Chamberlin abzulenken.

Das rote Berlin stand zu uns!

Auf das Totschweigen des Treffens, besonders in der Pinkel-Peile, mußte da nichts mehr. Und der „Lokal-Anzeiger“ nicht seinen Gehnungsgegnen hatte sich ja im Jahre zuvor vermähnt blamiert, daß der schwache Versuch, auch 1927 ein ähn-



Fahnenaufmarsch beim 3. Reichstreffen

liches Theater aufzuführen, höchstens ein herzhaftes Gelächter hervorzurufen konnte.

Dem eigentlichen Treffen ging eine gewaltige Rundgebung der Roten Jungfront im Sportpalast voraus, die von 25 000 Berlinern, darunter mindestens 18 000 Jungarbeitern, besucht war. Ein Zeichen, daß das Berliner Jungproletariat wie ein Mann zur Roten Front gehört.

Um zu vermeiden, daß, wie beim 2. Reichstreffen, der Aufmarsch nicht zu Ende geführt werden könne, nahm man ihn diesmal von drei Sammelplätzen aus vor. Überall auf dem Aufmarschstraßen warteten Hunderttausende von Arbeitern Arbeiterfrauen Kopf an Kopf. Erstaut fragte sich der Spio: ob das dieselben Berliner waren, die den Stahlhelmen ihren Besühern aus wenige Wochen vorher Nacht- und Blutlöpe gemeldet hatten? Kaum konnten sich die Marschierenden vor den dargebotenen Erfrischungen und Blumen retten. In Lustgarten, vom Kleinen Tiergarten und vom Rudolfs-Wald aus zogen etwa je 35 bis 40 000 uniformierte R.F.B. Kameraden zum Schillerpark auf den Wedding hinunter, beiden Seiten der Straße von einer unübersehbaren Zahl Sowjetkämpfer begleitet. Am Schluß der Jüge folgten die Kommunistische Partei, die Arbeiterpartei, die Rote Hilfe und andere proletarische Organisationen. Auch ein plötzlich niedergebender kurzer Regen vermehrte die Begeisterung der Monfranten nicht zu hören. Bedäglich ein walterscheuer bürgerlicher Berichtshatter blieb als Opfer auf der Straße und richtete hernach in seinem Kälteblättern „Der Deutsche“, die Reichstreffen sei wegen Regens aufgesagten!

Gegen 6 Uhr ist nach dreißigminütigem Aufmarsch endlich all zur Rundgebung verammelt. Ein wesentliches Kennzeichen bilden diesmal die zahlreichen Delegierten aus anderen Gauen, die von der Wucht der Demonstration völlig hingerissen nahezu um die Hälfte hat sich die Zahl der Aufmarschier gegenüber dem letzten Reichstreffen vermehrt. Von mehr als 20 Plänen aus sprechen Redner zu den versammelten Tausenden. Den Höhepunkt bildet das mit erhobener Hand den Massen gesprochene Kampfgelöbnis

„Stets und immer zum Kampf in der Roten Front, in Verteidigung des ersten Arbeiterstaates der Welt bereit zu sein!“

Noch einmal ertönt über den weiten Platz die „Internationale“ dann rücken die Arbeiterkolonnen wieder in ihre Quartiere. Eingedenk ihres Schwurs gehen die auswärtigen Kameraden in die Heimat, oft unter unehrerem Strapazen in 50 bis 100 Kilometer Autofahrt. Sie tragen die Bevölkerung des Aufmarsches in alle Betriebe, in die kleinen Dörfer, und geföhrt geht der Ansturm der Roten Front weiter. —

Vorwärts zum neuen Schicksal

Und nun ruft der Rote Frontkämpferbund zu dem 4. Reichstreffen auf. Ein Jahr Bürgerblockregierung, ein der unerhörtesten Anrechtung und Ausplünderung des deutschen Proletariats liegt wieder hinter uns. Ein Leu hell verbrennen mit einem Rederlich zu verbieten, daß maute er unter Massenansturm der Arbeiter vorwärts zurückzuehen. Die politischen Konflikte haben ungeheuren Umfang angenommen. Der Arbeiterkampf um die Sowjetunion schließt sich enger an. Offener denn je vertritt das reformistische Führertum die Interessen seiner kapitalistischen Auftraggeber.

Unmittelbar vor uns stehen die Massen, in denen der Rote Frontkämpferbund seine ganze Stärke zur Sicherung der proletarischen Partei, der Kommunistischen Partei, einleitet. Diese Tage nur vor unferem 4. Reichsaufmarsch wird die Entscheidung um den Parlamenten vor sich gehen. Das beschlossene rote Reichstreffen wird ein Aufruf an die Massen der deutschen Arbeiterschaft sein, nicht zu warten und zu vertrauen auf die Forderung von Parlamenten, sondern nur zu vertrauen auf die eigene Kraft. Es wird eine prägnante Kampfbahn sein an die kommende Regierung der Großen Koalition und auf seinen Rücken wird die Lösung kommen des Kampfes um eine deutsche Arbeiter- und Bauernregierung!

Das 4. Reichstreffen erhebt den Kampf um rückföhren Niederbringung des Faschismus, der wenzle Tage darauf von sozialdemokratischen Führern geföhrt, gegen das Hamburger Proletariat vorzutreten lacht.

Frontkämpfer heraus! Betriebe auf die Posten!
Das rote Berlin erwartet euch!

Bauernforderungen im Sächsischen Landtag

Die Forderungen der Kommunisten in den Parlamenten bemerken, sie alle parlamentarischen Möglichkeiten auszunutzen zur Beseitigung der Lage aller notleidenden Schichten. Die übrigen Parteien wenden sich gegen die kommunistischen Forderungen, die Profitinteressen der Ausbeuter zu verteidigen. Die Tatsachen beweisen, daß alle wertvollen Wähler nur eine Möglichkeit der Befreiung des bedrückten Bauern haben; am 20. Mai die Abgabe eines kommunistischen Stimmszettels ihre Bereitschaft zum Kampf gegen das bestehende System zu dokumentieren. Einiges Tatsachenmaterial, das wir nachstehend aufzuführen, das oben erwähnte belegen.

Der Landtag wolle beschließen:

1. Die Regierung zu beauftragen, sofort eine Vorlage vorzulegen, die das Kinderzuschlaggesetz aufheben und bis zur endgültigen Regelung des Abganges von 1923 wieder in Kraft zu setzen.

2. Am 14. 6. 27 (über ein halbes Jahr später) wurde dieser von allen Parteien (Deutschnationale bis SPD) niedergelassen.

Der Landtag wolle beschließen:

1. Die Regierung zu beauftragen, sofort eine Vorlage vorzulegen, nach welcher die Grund- und Gewerbesteuer sowie die Mietzinssteuererlässe dahingehend abgeändert werden, daß:

1. von obigen Steuern alle Kleinbauern, Kleingewerbetreibenden sowie Lohn- oder Gehaltsempfänger befreit werden, deren Einkommen jährlich 5000 RM nicht übersteigt. Für die Befreiung der Kleinbäuerlichen Betriebe ist unabhängig von obiger Bestimmung festzulegen, daß Betriebe bis zu einem Werte von 20 000 RM von der Steuer befreit; für Betriebe bis zu einem Werte von 25 000 RM wird jeweils die Hälfte der für Betriebe von höherem Wert erhobenen Steuer erhoben;
2. eine höhere Befreiung der großen Besitzer und der großen Kapitalerträge herbeigeführt wird;
- 3) bei der Reichsregierung dahin vorstellig zu werden, daß die Mietzinssteuer aufgehoben wird.

Dresden, den 7. Dezember 1926.

Daraus ist zu erkennen, daß nur die Kommunisten sich Mühe geben eine Besserung der wirklich notleidenden kleinen Landwirte zu schaffen. Allerdings wurde auch hier bewiesen, daß die Bauern mit den Arbeitern für die Befreiung des korrupten parlamentarischen Systems kämpfen müssen. Vorbedingung ist, daß die Großgrundbesitzer und ihre Speisekammern aus den Bauernorganisationen befreit werden.

Wer ist für eine gerechte Besteuerung?

Seit 1927 haben wir in Sachsen einen Vertreter der Deutschen Nationalen Partei im Ministerium. Wie da die Interessen der Bauern berücksichtigt werden, beweist, daß der folgende Antrag heute im Ausschuss begraben liegt.

Der Landtag wolle beschließen:

1. Die Regierung zu beauftragen, unter Hinzuziehung einer Kommission von wertvollen Bauern

1. sofort umfangreiche Erhebungen über die Notlage der wertvollen Bauern anzustellen,
2. festzustellen die Entschädigungen der Bauern, die Lage derselben Bayern, die schon Kredite erhalten haben, aber deren Lage durch diese Befreiung noch mehr erschwert worden ist;

3. denjenigen Bauern, die jetzt noch unter der Auswirkung der Entschädigungen leiden oder die anderweitig unverschuldet in Notlage geraten sind, ist:

- a) eine Entschädigung in der Höhe des festgestellten Schadens zu gewähren,
- b) die Rückzahlung eventuell schon gewährter Darlehen zu erlassen,
- c) die Zahlung der rückständigen Steuern zu erlassen,
- d) bis zur gesetzlichen Regelung die Zahlung der Grund- und Mietzinssteuer zu erlassen;

die Befreiung von billigem Saatgut, Düngemitteln und landwirtschaftlichem Gerät sowie Zuchtvieh schnellstens in die Wege zu leiten;

2. sofort Mittel zur Verbilligung der Futtermittel, Saatgut und Düngemittel für die wertvollen Bauern im umfassenden Maße zur Verfügung zu stellen;

3. die Strompreise für die oben angeführten Bauern, soweit diese aus den staatlichen Elektrizitätswerken ihren Strom beziehen, zu ermäßigen, bei Privatlieferungen im gleichen Sinne auf die privaten Stromerzeuger einzuwirken;

4. der Reichsregierung den Erlass der Umfassener für die wertvollen Landwirte zu erwirken, für die Aufhebung der Umfassener einzutreten.

Der Landtag wolle beschließen:

1. Die Regierung zu beauftragen, unter Hinzuziehung einer Kommission von wertvollen Bauern

1. sofort umfangreiche Erhebungen über die Notlage der wertvollen Bauern anzustellen,
2. festzustellen die Entschädigungen der Bauern, die Lage derselben Bayern, die schon Kredite erhalten haben, aber deren Lage durch diese Befreiung noch mehr erschwert worden ist;

3. denjenigen Bauern, die jetzt noch unter der Auswirkung der Entschädigungen leiden oder die anderweitig unverschuldet in Notlage geraten sind, ist:

- a) eine Entschädigung in der Höhe des festgestellten Schadens zu gewähren,
- b) die Rückzahlung eventuell schon gewährter Darlehen zu erlassen,
- c) die Zahlung der rückständigen Steuern zu erlassen,
- d) bis zur gesetzlichen Regelung die Zahlung der Grund- und Mietzinssteuer zu erlassen;

die Befreiung von billigem Saatgut, Düngemitteln und landwirtschaftlichem Gerät sowie Zuchtvieh schnellstens in die Wege zu leiten;

2. sofort Mittel zur Verbilligung der Futtermittel, Saatgut und Düngemittel für die wertvollen Bauern im umfassenden Maße zur Verfügung zu stellen;

3. die Strompreise für die oben angeführten Bauern, soweit diese aus den staatlichen Elektrizitätswerken ihren Strom beziehen, zu ermäßigen, bei Privatlieferungen im gleichen Sinne auf die privaten Stromerzeuger einzuwirken;

4. der Reichsregierung den Erlass der Umfassener für die wertvollen Landwirte zu erwirken, für die Aufhebung der Umfassener einzutreten.

Der Landtag wolle beschließen:

1. Die Regierung zu beauftragen, unter Hinzuziehung einer Kommission von wertvollen Bauern

1. sofort umfangreiche Erhebungen über die Notlage der wertvollen Bauern anzustellen,
2. festzustellen die Entschädigungen der Bauern, die Lage derselben Bayern, die schon Kredite erhalten haben, aber deren Lage durch diese Befreiung noch mehr erschwert worden ist;

3. denjenigen Bauern, die jetzt noch unter der Auswirkung der Entschädigungen leiden oder die anderweitig unverschuldet in Notlage geraten sind, ist:

- a) eine Entschädigung in der Höhe des festgestellten Schadens zu gewähren,
- b) die Rückzahlung eventuell schon gewährter Darlehen zu erlassen,
- c) die Zahlung der rückständigen Steuern zu erlassen,
- d) bis zur gesetzlichen Regelung die Zahlung der Grund- und Mietzinssteuer zu erlassen;

die Befreiung von billigem Saatgut, Düngemitteln und landwirtschaftlichem Gerät sowie Zuchtvieh schnellstens in die Wege zu leiten;

2. sofort Mittel zur Verbilligung der Futtermittel, Saatgut und Düngemittel für die wertvollen Bauern im umfassenden Maße zur Verfügung zu stellen;

3. die Strompreise für die oben angeführten Bauern, soweit diese aus den staatlichen Elektrizitätswerken ihren Strom beziehen, zu ermäßigen, bei Privatlieferungen im gleichen Sinne auf die privaten Stromerzeuger einzuwirken;

4. der Reichsregierung den Erlass der Umfassener für die wertvollen Landwirte zu erwirken, für die Aufhebung der Umfassener einzutreten.

Der Landtag wolle beschließen:

1. Die Regierung zu beauftragen, unter Hinzuziehung einer Kommission von wertvollen Bauern

1. sofort umfangreiche Erhebungen über die Notlage der wertvollen Bauern anzustellen,
2. festzustellen die Entschädigungen der Bauern, die Lage derselben Bayern, die schon Kredite erhalten haben, aber deren Lage durch diese Befreiung noch mehr erschwert worden ist;

3. denjenigen Bauern, die jetzt noch unter der Auswirkung der Entschädigungen leiden oder die anderweitig unverschuldet in Notlage geraten sind, ist:

- a) eine Entschädigung in der Höhe des festgestellten Schadens zu gewähren,
- b) die Rückzahlung eventuell schon gewährter Darlehen zu erlassen,
- c) die Zahlung der rückständigen Steuern zu erlassen,
- d) bis zur gesetzlichen Regelung die Zahlung der Grund- und Mietzinssteuer zu erlassen;

die Befreiung von billigem Saatgut, Düngemitteln und landwirtschaftlichem Gerät sowie Zuchtvieh schnellstens in die Wege zu leiten;

Beihilfstellung war es so, daß die kommunistischen Parteimitglieder allein für den Antrag stimmten. Die kommunistische Fraktion erweiterte den Antrag in der letzten Sitzung des Reichsausschusses in der aus dem Minderheitsantrag unter 1 ersichtlichen Weise. Es war nötig, besonders die Forderung zu erheben, daß ein Zwangsturs festgelegt werde und die Zurückzahlung erfolgt, weil die Roggenrentenschuldner durch den steigenden Roggenpreis jetzt nicht nur mit ungeheuren Schulden belastet sind, für die sie nie Geld erhalten haben, sondern auch Zinsen bezahlen, die bis 40, 50 oder 60 Prozent der Summe herausgefordert sind. Alle übrigen Parteien, auch die sozial-

Deine

Wahlarbeit, Genosse, besteht nicht nur in der mündlichen Propaganda in Deinem Betrieb, in Deiner Gewerkschaft, in dem Haus, in dem Du wohnst, im Austragen von Flugblättern, im Sammeln für den Wahlfonds und was es sonst noch alles gibt. Nein, Du mußt als Mitglied der Partei in erster Linie selbst dazu beitragen, daß diese mit allen Kräften den Wahlkampf führen kann. Dazu gehört Geld, Geld und wieder Geld. Und zwar muß das Geld so schnell wie möglich eintommen. Deshalb muß der Kommunist seine

Pflichtmarken

schnellstens bezahlen. Denn mit den Geldern, die als Pflichtbeiträge eintommen müssen, rechnet die Partei, darauf verläßt sie sich, danach berechnet sie, wieviel Wahlmaterial sie mindestens herausgeben kann. Daß es der Partei nicht möglich ist, aus der blauen Luft zu fallulieren, wird jeder einsehen. Dieses Geld wird sofort gebraucht, denn die Lieferanten warten nicht. Du

mußt

als pflichtbewußter Parteigenosse Deinen Pflichtbeitrag sofort entrichten. Was soll werden, wenn noch viele Parteimitglieder ihre Pflicht nicht erfüllen und die Partei in dieser äußerst wichtigen Finanzfrage im Stich lassen? Keiner wird den Ausfall an politischer Arbeit, der aus diesem Grunde erfolgen würde, verantworten wollen. Jeder möge erkennen, daß die schnelle Abführung der Pflichtbeiträge eine politische Angelegenheit ist.

Du

zählst Dich zu den ergebenen Parteimitgliedern. Seit Februar hast Du Zeit, Deinen Pflichtbeitrag zu bezahlen. Leider bist Du noch im Rückstand. Du darfst die Partei nicht im Stich lassen. Du mußt dieses Opfer bringen. Die Sache der Revolution wird noch ganz andere Opfer von Dir verlangen. Beginne Dich nicht, zahle Deinen Pflichtbeitrag

sofort

an den zuständigen Kassierer. Er wartet auf das Geld. So wie das Geld in der Parteikasse einkommt, können die Flugblätter, Plakate usw. hinausgeschickt werden. Dann gibt es keine Störungen. Darauf kommt es an. Dein Ehrgefühl wird helfen, dazu beizutragen, daß wir dem Bürgerblock und allen Handlangern — die SPD eingeschlossen — ordentlich eine

leben

Arbeiterfrau, Hausfrau, wen wählst du?

Von Luise Steinbach

Wählst du eine der 20 aufgestellten bürgerlichen Parteien, wählst du sozialdemokratisch oder wählst du die kommunistische Partei, die Partei der wertvollen Massen?

Kann es dir gleichgültig sein, welche Politik die Reichstagsabgeordneten machen? Genügt es, daß du eine tüchtige Hausfrau bist, daß du es gut verträgst, das Kleingeld einzuteilen und die Kinder zu versorgen? Oder ist es nicht auch für dich wichtig, zu wissen, daß es die Vertreter der bürgerlichen Parteien und die Sozialdemokraten waren, die im Reichstag Gesetze machten, die auch dein und deiner Familie Leben beeinflussen, die die Löhne für die Arbeiter durch Schiedssprüche senkten, die Löhne, die den Arbeitern einige wenige Erhöhungen brachten, auf der anderen Seite uns das Vießsack abnahmen durch Steuern und Erhöhung der Mieten.

Wählst du eine dieser Parteien wählen?

Die bürgerlichen Parteien und die SPD sorgten dafür, daß die Lohnkneuer von 1095 Millionen Mark im Jahre 1926 auf 1282,5 Millionen Mark im Jahre 1927 erhöht wurde.

Die Bürgerblockregierung mit Unterstützung der Sozialdemokratie war es, die die Mieten in die Höhe schraubte.

Die bürgerlichen und Sozialdemokraten sorgten dafür, daß die Mittel für den Sozialetat von 1 077 000 000 Mark im

demokratische Fraktion, haben durch ihre Redner mehrmals abgelehnt, eine solche Unterstützung der Roggenrentenschuldner herbeizuführen. Von der sozialdemokratischen Fraktion wurde dauernd betont, daß die Angelegenheit eine Angelegenheit der Roggenrentenbank sei, sie sie selber austragen müßte.

Auch die Regierung erklärt, daß sie einem solchen weitgehenden Antrag nicht zustimmen könne, daß sie aber angeordnet habe, daß ihr von den einzelnen fahrlässigen Zwangsversteigerungen Mitteilung gemacht werde, daß sie jetzt eine Abmachung mit der Roggenrentenbank getroffen habe, daß keine Zwangsversteigerung mehr bei den Kleinbauern erfolge, sondern, falls sich zeige, daß die Notlage des Kleinbauern aus der Roggenrentenschuld entstanden sei, dann der Kleinbauer die Summe verzinsen solle, die er tatsächlich in bar erhalten habe, während für den übersteigenden Restbetrag die Regierung eine Zinsenleichterung durchzuführen wolle, vorläufig wohl auf 3 Jahre.

Wir sind der Ansicht, daß das zwar schon eine kleine Hilfe bedeutet, aber faktisch nicht genügt, sondern daß faktisch nur eine vollständige Befreiung der Rückzahlung genügen würde, die eine Überverschuldung ist und dann doch bestehen bleibt, und es wird kaum anzunehmen sein, daß in 3 Jahren sich die Wirtschaftslage der Bauern so geändert hätte, daß sie dann ihren Verpflichtungen nachkommen könnten.

Wir Kommunisten betonen ständig, daß eine Befreiung für die Werttätigen nur möglich ist im Kampf um die Befreiung der Herrschaft des Finanzkapitals — für eine Arbeiter- und Bauernregierung.

Die Bauern und Bäuerinnen wählen am 20. Mai Kommunisten, die Liste 5, Kadel, Frölich, Graf, Olga Körner.

Diktatur des Verkehrsverbundes

Der Kampf der Reformisten gegen die „gefährliche Opposition“

Unter den Straßenbahnern ist in den letzten Tagen eine große Bewegung. Sämtliche Kollegen sind empört über das Vorgehen der Gewerkschaftsbureaukratie des Verkehrsverbundes gegen die Opposition bei den Straßenbahnern.

Es ist allgemein bekannt, daß die Gewerkschaftsorganisation unter den Straßenbahnern im Laufe der letzten Jahre große Fortschritte erzielt hat. Diese Fortschritte sind zum allergrößten Teil auf Grund der Arbeit der Opposition zu buchen. Aus diesem Grunde genügt auch die Opposition unter den Straßenbahnern das größte Ansehen. In allen Verammlungen holen sich die Reformisten Niederlage auf Niederlage. Jetzt geht man nun zu organisatorischen Maßnahmen über. So ist es ein allgemeines Stadtgespräch, daß auf einem der größten Straßenbahnhöfe, Pflanzhauerstraße, der Genosse Max Garbe sämtliche Funktionen entzogen wurde. Ferner hat die Ortsverwaltung des Verkehrsverbundes die Anlegung einer Bahnhofsverammlung für den Bahnhof Mitten verboten und nur die Einberufung einer Mitgliederversammlung des Verkehrsverbundes gestattet.

Genosse Garbe genießt unumstößliches Vertrauen auf dem Bahnhof Pflanzhauerstraße. Die Kollegen vom Bahnhof Mitten fordern alle eine Bahnhofsversammlung und dennoch kommt sich die Ortsverwaltung gegen den Willen der Mitglieder.

Wir werden auf diese Gelegenheit in den nächsten Tagen zurückkommen, wie hier seitens der Gewerkschaftsbureaukratie Methoden zur Anwendung gebracht werden, die jeder gewerkschaftlichen Geistesfreiheit spotten und das Ansehen der freien Gewerkschaften aufs schwerste schädigen, ferner die Verberberheit der oppositionellen Straßenbahner für den Verband stark einschränken.

Die Reformisten gehen auch hier in Dresden zu härteren Maßnahmen gegen die Opposition über. Sie treten die Rechte der Mitglieder mit Füßen. Es gibt daraus nur die eine Lehre zu ziehen: den Reformisten den verdienten Foktritt zu geben, bei allen Wahlen nur Kommunisten zu wählen und zur Reichstagswahl die Liste 5.

Wahlrat für die Roggenrentenschuldner ein?

Genosse Renner forderte im Landtag, Befreiung der Roggenrentenschuldner, Herabsetzung der Schuldsumme und erhaltenen Betrag. Er führte dabei aus: In der Besprechung des Antrages mußten alle Parteien die Roggenrentenschuldner anerkennen, aber bei der

Aus dieser beson. schweren Zeit, auch aus der S. P. D. befreit, wenn Jäger seinen Augenblick wählt S. P. D. Sie bringt das Glück.

Ihr Bürger, wenn ihr vernünftig seid, Recht vorzieht und wahr geschick, dann wählt zur Reichstagswahl im Wahlrat die S. P. D. Partei!

Im wunderschönen Monat Mai, wo alle Knospen prangen, Da wählt die S. P. D. Partei. Zu größter Macht gelangen.

Von allen Sorgen macht Euch frei. Allein die S. P. D. Partei.

★

Laßt euch einseifen!

Aus Seifenkünstler Schaumfammlung
4 Stück SPD-Seife

Seidvorsichtig! Der Schaum hält nicht!

★

Sind es nicht wir, die Arbeiterfrauen, die Hausfrauen, denen der Vertreter der bestehenden Klasse im Parlament die ohnehin kümmerliche Lebenshaltung schmälerten, indem die

Zufuhrsteuer von 14 auf 50 Mark pro Doppelzentner erhöht wurde. Die Mineralwasser, die Zündwaren, die Leuchtmittel, die Salzsteuer wurden im Laufe der letzten Jahre dauernd erhöht.

Die breite Masse der wertvollen Bevölkerung ist es, die Arbeiterfamilie, die Familie des kleinen Beamten und der Angestellten, die Hausfrau ist es, der neue Sorgen um die Lebenshaltung aufgebürdet werden.

Wir Frauen wollen nicht diejenigen sein, die den bürgerlichen und Sozialdemokraten durch unsere Stimme für die Reichstagswahl am 20. Mai weiter die Möglichkeit geben, uns auszubeuten und zu unterdrücken.

Nur die Kommunisten haben gegen alle Anträge, die sich gegen die wertvollen Massen richten, im Reich, in den Ländern und Gemeinden gestimmt. Nur die Kommunisten haben entgegengelegte Anträge, Anträge im Interesse der Werttätigen, eingebracht. Die Kommunisten standen allein der Front der Feinde des Proletariats gegenüber.

Die proletarischen Hausfrauen wählen deshalb nur Kommunisten in den Reichstag.

Haben wir damit genug getan? Wird es dann ander s. besser werden? Nein, noch nicht! Die Kommunisten sind die einzigen, die ihren Wählern nicht versprechen, daß durch Abgabe des Stimmzettels die Verhältnisse geändert werden.

Die kommunistische Partei ruft alle Arbeiter, alle Arbeiterinnen, alle Arbeiterfrauen, alle Werttätigen auf, nicht nur am 20. Mai ihre Stimme für die Liste 5 abzugeben, sondern sie ruft besonders auch den Frauen zu:

Reicht euch ein in die rote Klassenfront!
Kämpft mit uns für den Sturz des Ausbeuterstaates!
Für eine Regierung der Arbeiter und Bauern!

Ruf zum 4. Reichstreffen des RFB!

Abfahrt Freitag, den 25. Mai, 24 Uhr vom Neustädter Bahnhof / Teilnehmer stellen 22 Uhr Freiburger Platz / Fahrpreis für Hin- und Rückfahrt 8.— M. / Kinder bis zu 10 Jahren die Hälfte / Anmeldung zur Beteiligung und Bezahlung der Fahrt bis zum Dienstag, den 22. Mai, im Saubüro des RFB, Dresden, Jakobsgasse 15

Wer ist der G.P.D.-Wahlfilm-Verfasser?

Was die G.P.D. ihren Wählern im Film nicht zeigt

Der sozialdemokratische Parteivorstand beauftragt Monarchisten mit der Kommunistenhetze

Der Wahlfilm der SPD mit seinen schamlosen Geschmäckleiten antibolschewistischer Hetze, mit seiner schmutzigen Leichenhandlung des Genius der Weltrevolution, Lenins, der als Schaufelpferd verhöhnt wird, hat mit Recht überall Protest und Ablehnung der Arbeiterheit gezeitigt. In verschiedenen Industriebezirken konnte es die SPD einmündig nicht wagen, dieses Machwerk vorführen zu lassen, sondern zog den Wahlfilm trotz Anführung jurist. In Berlin ließ der Parteivorstand sein Reichsbanner-Kollommando in Aktion treten, um den schamlosen Hetzfilm trotz Protest vorführen zu können.

Wer aber ist der Verfasser dieses Films? Wem hat die SPD die Aufgabe übertragen, einen Agitationsfilm für ihren Wahlkampf herzustellen?

Der Mann, der dieses uneingeschränkte Vertrauen des sozialdemokratischen Parteivorstandes genießt, ist ein ehemaliger Oberlehrer Dr. Lohmann, ein Namensvetter des Phosphor-Schiebers. Herr Lohmann war bis zum 9. November 1918 ein Radreaktionärer und Kaiserlicher Kriegsheer. Auf der Kaiserin-Gedächtnisfeier des Vaterländischen Frauenvereins, die Ende 1916 in Leipzig stattfand, präsidierte er den Weltkrieg an:

„Er ist die Feuerprobe, in der sich Eures vom Gefährtesten, die Wahrheit von der Phrasen, die Tat vom Gerede scheidet.“



Ebert (3), David (2), Scheidemann (1) und Schöpslin (4) im Großen Hauptquartier, während Viechnacht und Zugemburg eingeleitet waren.

*Zweifeln
Prinzipien =
Lügen d. P.D.*

Zeichnet Kriegsanleihe!



Scheidemann als Kaiserlicher Staatssekretär



Goldaten!

Rehrt ruhig in die Kasernen zurück. Ohne Ordnung keine Sicherung der Volksernährung! Erst morgen den „Vorwärts“, wo Euch weitere Mitteilungen bekanntgegeben werden!

Die neue Regierung.

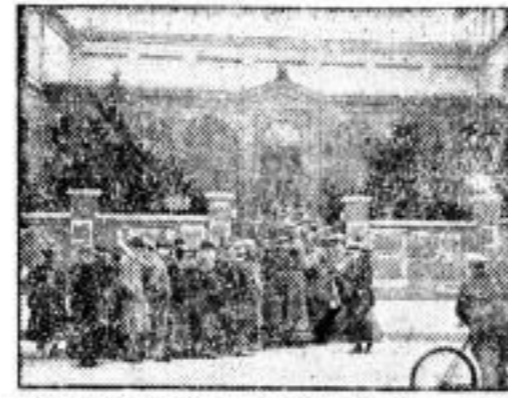
9. November oder Ruhe ist die erste Bürgerpflicht



Kostes Bistenzkarte



Ron Koste handrechtlich ermordet



Kolonade vor dem Berliner Reichenschanhaus während der Ebert-Diktatur



Viechnacht — ermordet im Auftrage der SPD



Eberts Lieblingsbeschäftigung — Todesurteile gegen Proleten



Hörfings republikanische Jugendberziehung in Mitteldeutschland 1921



Offensive gegen Spartakus

Zimmer feste druff

Wachte auch die deutsche Frau in der Friedensarbeit ihrer Wünsche schönste Erfüllung sehen, im Kriege mußte sich die Schöpfung des Friedens bewahren. ... Boreck gilt's freilich noch des Kriege's letztes Wehrtät zu bezwingen, das letzte Stück, das so endlos sich dehnen will unter der nervenprüfenden Deutle des Durchhaltens, die den Traum des raschen Sieges ablöste. ... Nur des Entschlusses bedarf's zu diesem Sichaufrufen aus der Vekargie der Müdigkeit. ... So sammeln wir uns auch am heutigen Geburtstage in dem Gelöbnis treuer Weltarbeit im Sinne unserer Kaiserin, der hohen Protektorin, unter dem Schutze unseres Kaisers, des Schirmherrn deutscher Größe und Zukunft, in dem Jubelruf deutscher Fest: Seine Majestät, unser Kaiser und König Wilhelm II. er lebe hoch!

Das ist der Mann, dem der sozialdemokratische Parteivorstand vertrauensvoll die Aufgabe übertrug, einen „sozialistischen“ Wahlfilm gegen die Kommunisten zu verfassen.
Das ist der Mann, der in seinem Film einen Lenin verhöhnend darstellte!

Sollen wir noch eine kleine Probe aus dem früheren Ketzertum dieses heutigen sozialdemokratischen Filmschmaxus herausgreifen? Herr Dr. Lohmann dichtete:

Die Legion der „Gmden“

Wir wollen sünden am heimischen Herd
Von Wikingerräubern auf tollkühner Fahrt,
Wie wir Albions Gohmut Achtung gelohnt
Und Kurch vor deutschen Seemanns Art!
Mach Holztes britisches Schiff ging jäh
Auf grünem Grunde da schlafen;
Und trauten sie sich nicht hinaus auf die See —
Wir holten sie uns aus dem Hafen!

Wir beneiden die sozialdemokratischen Führer nicht um diese „Errungenheit“. Die sozialdemokratischen Arbeiter aber fragen wir und mit ihnen die Klasse des deutschen Proletariats:

Wollt ihr dulden, daß das schamlose Machwerk dieses monarchistischen Abenteuerers des Andenkens des genialsten Kämpfers der Arbeiter aller Länder, Lenins, schändet?

Wollt ihr dulden, daß die Schmutzereien dieses Burschen unter der Firma einer angeblich „proletarischen“ Wahlagitiation verbreitet werden?

Ja! Herr Lohmann mit verdientem Ruhtritt zu seinem „Schirmherrn deutscher Größe und Zukunft“ nach Doorn, mit ihm seinem schmutzigen Wahlfilm und dem SPD-Parteivorstand, der solchen Burschen sein Vertrauen bekennt!

Sozialdemokratische Arbeiter!
Wählt kommunistisch, Liste 5!



Goldber Friede — Süße Eintracht (Koste und die Khorst, Kampene Gehler und Jenker)



Frei Heil dem einzigen wahren Republikaner



Rehretat bewilligt!



„Moderner“ Klassenkampf Luther (1), Vöbe (2), Gehler (3) auf einem Festessen der Trutz-Magnaten



Sozialdemokratischer Polizeischutz den Streifbroschern!

Die Jungen und der Jungarbeiter

Am 20. Mai werden 3 Millionen junger Wähler zum ersten Male an die Urnen treten. Drei Millionen, die aufgewachsen sind in den Jahren des Krieges, als ihre Väter in den Schlachten und in den Jahren der Revolution, als die Arbeiterklasse auf den Barricaden hand und den Kampf um ihre Befreiung führte. Mit allen Mitteln kämpfen die bürgerlichen Parteien um die Stimmen dieser jungen Wähler. Sie machen Versprechungen über Versprechungen, doch um sie eben so wie in der vergangenen Parlamentsperiode zu verraten.

Diese Wahl aber interessiert nicht nur diejenigen jungen Arbeiter und Arbeiterinnen, die jetzt zum ersten Male wählen werden.

„Die Jugend ist vor der Ausbeutung zu schützen“ (Art. 122 der Reichsverfassung)



Zwölfjähriger Junge, der für geringes Geld täglich mehrere Stunden arbeiten muß

den, sondern auch die Millionen junger Proletarier, denen der bürgerliche Staat zwar das Recht gibt, sich ausbeuten und auszubeutigen zu lassen, denen er aber das Stimmrecht vorenthalten will. Mit besonderer Schärfe richteten sich die Angriffe der Bürgerblockregierung und des letzten Reichstages, der nichts weiter als ihr gefügiges Instrument war, gegen die arbeitende Jugend. Nicht nur, weil sie hier die schwächste Stelle in der Politik der Arbeiterklasse zu finden glaubt, sondern auch, weil die Sorge der Jugendlichen für sie eine große Bedeutung hat, besonders in der Betrachtung eines kommenden Krieges, wo es gerade die Jugend ist, die als Kanonenfutter für die Profitinteressen der herrschenden Klassen dienen soll. Drei Gesetze sind es vor allem, die besonders die Jugend angehen.

Das Gesetz gegen Schmutz und Schand.

Den Reigen der reaktionären Gesetze gegen die Jugend eröffnete das Gesetz gegen Schmutz und Schand des demokratischen Innenministers Killy. Dieses Gesetz ist der ernsteste Angriff auf die Freiheit des Wortes und der Presse. Durch dieses Gesetz können alle revolutionären Schriften und Zeitungen für die Jugend verboten werden und ganz aus dem öffentlichen Leben gestrichelt werden. Schriften, die auf die Schmutz- und Schandbilde gezeichnet werden, dürfen an Jugendliche nicht verkauft und dürfen nicht öffentlich angepriesen, ausgestellt und angeboten werden.

Das Gesetz zum Schutze der Jugend bei Lustbarkeiten.

Dieses Gesetz ist vom Reichstag noch nicht verabschiedet. Der Reichsrat schlägt einige Änderungen vor, die es notwendig machen, daß das Gesetz erneut vom Plenum des Reichstages beschlossen wird. Dadurch, daß dieses Gesetz das Verbot von Veranstaltungen sowohl künstlerischer wie anderer Natur (z. B. auch Jugendweihen) erlaubt, ist es ein erster Angriff auf das Vereins- und Versammlungsrecht der arbeitenden Jugend. Mit Annahme dieses Gesetzes wird es jeder Polizeibehörde freigestellt, alle Veranstaltungen der revolutionären Organisationen des Jungproletariats zu verbieten und so ihr öffentliches Auftreten unmöglich zu machen. Es besteht kein Zweifel, daß auch der neue Reichstag dieses vom Bürgerblock vorbereitete Gesetz annehmen wird.

Wie sich das Lustbarkeitsgesetz auswirken wird, zeigen am besten die Zustände in Bayern und Württemberg, wo mit allen Schikanen die revolutionären Jugendorganisationen, der Kommunistische Jugendverband und der Jung-Spartakus-Bund verfolgt werden und ihnen ein öffentliches Auftreten so gut wie unmöglich gemacht wird.

Das Reichsschulgeseh.

Es ist dies das dritte Gesetz gegen die Jugend, das vom Innenminister Reudell dem Reichstag vorgelegt wurde. Es sieht die vollständige Auslieferung der Schule an die Kirche vor. Die geistliche Schulaufsicht soll wieder eingeführt werden, die Einheit der Schule soll erlangt werden durch die Trennung der Kinder nach Konfessionen. Wenn dieses Gesetz auch noch nicht angenommen ist, so ist die Gefahr der Schulverpflanzung noch nicht gebannt und die Jungarbeiterklasse hat allen Anlaß, auf der Hut zu sein und den energischsten Kampf zu führen gegen die Leute, die die arbeitende Jugend durch religiöse Verbannung zu billigen Arbeitslöhnen und Kanonenfutter für kommende Kriege erziehen wollen. Welche Erfolge der Klerus auf diesem Gebiete schon aufzuweisen hat, zeigt u. a. die Tatsache, daß

in einem Teil der Verurteilten der Religionsunterricht ihren Eingang gefunden hat.

„Die Jugend ist gegen Ausbeutung sowie gegen sittliche und geistliche Verwahrlosung zu schützen.“ (Artikel 122 der Reichsverfassung)

Der Reichstag hat nichts unternommen, um die Jugend gegen Ausbeutung zu schützen. Dagegen hat er sich der „sittlichen Verwahrlosung“ der Jugend im weitesten Maße „angenommen“, wobei er unter sittlicher Verwahrlosung die revolutionäre Jugend versteht, wie schon die oben angeführten Gesetze beweisen. Für die sittliche Erziehung des Volkes, insbesondere der Jugend, werden mehr als 800.000.000 Mark ausgeben, aber die Kräfte der Kommunistischen Partei auf Erziehung von Jugendheimen wurden von diesem Reichstag abgelehnt. So verfehlt sich von selbst, daß diese Gelder verwendet werden für mörderische Zwecke, um die Jugend der Kirche und den Klöster auszuliefern. Wie der Reichstag für die Jugend sorgt, dafür sind auch die Zahlen charakteristisch. Die für die Erziehung der Jugendlichen ausgegebenen 85 Millionen Mark

Studentenmittelschulhilfe wurden 85 Millionen Mark ausgegeben.

Für Fortbildungsschulen und Erziehungszwecke 300.000.000 M., also weniger als 10 Proz. obiger Summe. Das sind weniger als 10 Proz. des Einkommens der Reichsregierung. Nicht anders in Preußen, wo die Jugendfürsorge in den Händen des laienistischen Reichstages liegt.

Es war aber gerade die Zeit der Herrschaft des Bürgerblocks, in der die Ausbeutung der Jugendlichen gewaltig vergrößert wurde. Die Nationalisierung zog Tausende neuer Jungarbeiter in den Produktionsprozess, die zum Teil die erwachsenen Arbeitkräfte verdrängten. Die Nationalität brachte eine Erhöhung der Preise mit der die Erhöhung der Löhne langsam nicht Schritt hielt. Die Zahl der Jugendleibenden ist auf 187 gestiegen, die Kinderarbeit breitete sich aus und hat vor allem in der Landwirtschaft katastrophale Ausmaße erreicht. In einer Umfrage wurde festgestellt, daß jeder 8. Jungarbeiter und jede 7. Jungarbeiterin Sonntagsarbeit leisten muß.

Die Bürgerblockregierung hat alles getan, um die Ausbeutung der Jugend zu erleichtern, nichts aber, um sie zu verhindern und zu hemmen. Hier ist in erster Linie zu nennen das Arbeitszeitgesetz, das

für Jugendliche unter 16 Jahren einen 10- bis 11stündigen Arbeitstag

und für Jugendliche über 16 Jahren einen 10- bis 14stündigen Arbeitstag erlaubt und praktisch alle Bestimmungen über Fortbildung der Arbeitszeit auf 8 Stunden anordnet.

An anderer Stelle ist hier zu nennen der Entwurf eines Berufsausbildungsgesetzes, der dem kommenden Reichstage vorgelegt wird. Dieses Berufsausbildungsgesetz bringt so gut wie keine Verbesserungen für den Schilling. Ein großer Teil der Schillinge nämlich alle, die in der Landwirtschaft und in landwirtschaftlichen Nebenberufen beschäftigt sind, sind von dem Gesetz einfach ausgeschlossen. Die Frage des Schillingenrechts wird vorläufig umgangen (die Unternehmer haben natürlich sofort geantwortet, daß das Schillingenrecht ausdrücklich im Gesetz festgelegt wird). Garantien für eine richtige und gute Berufsausbildung fordert der Gesetzentwurf nicht, dagegen sieht er vor, daß die

Verhältnisse mit häuslichen Arbeiten im Haushalt des Lehrherrn

Schillinge werden können. Eltern verlangen, daß der Lehrherr dem Schillingen außerhalb der Arbeitszeit (1. Zeit gibt (1), den Unterricht und Veranstaltungen für die Jugend zu besuchen.

Die Sozialdemokratische Partei und die arbeitende Jugend.

Alle Angriffe des Bürgerblocks auf die Jugend wurden unterstützt von den Demokraten und Sozialdemokraten. Die Gesetze gegen Schmutz und Schand und zum Schutze der Jugend bei Lustbarkeiten brachte der demokratische Innenminister Killy im Reichstag ein. Ein Teil der Demokraten stimmte für diese Gesetze. Die Sozialdemokraten bestritten sich darauf, im Reichstag gegen die Gesetze zu stimmen, aber die Vertreter der Bürgerblockregierung, eine Regierung, in der Sozialdemokraten sitzen, stimmten im Reichstag für das Gesetz gegen Schmutz und Schand und verhalten sich so zur Annahme. Beim Gesetz zum Schutze der Jugend bei Lustbarkeiten wurden lediglich im Reichsrat einige Änderungen angenommen, die ganz unwesentlich sind und vom Bürgerblock akzeptiert wurden. Die Sozialdemokraten lehnten die Ministeranträge der Kommunisten gegen den Innenminister Killy ab oder enthielten sich der Stimme. Auch

Reichsjugendtag des KJVD. in Chemnitz



ein gewaltiger Aufmarsch gegen Bürgerblock und Kriegsgefahr

gegen die Regierung des Bürgerblocks führten die Sozialdemokraten keinen einheitlichen Kampf. Sie betrieben eine Politik der Scheinopposition, die in Wirklichkeit auf eine Unterwürfung und Förderung hinauszielte. Das ist gegen die Kirche und ihre Bestrebungen auf Verpflanzung der Schule nichts Größeres unternommen worden, bemerkt am besten ihre Politik in Preußen, wo sie mit dem Zentrum in einer Regierung sitzen. Die Preußenregierung gibt der Kirche gegenwärtig 72 Millionen Mark Zuschüsse.

Nicht anders steht es um die SAJ aus. Statt die Arbeiterjugend für den Kampf um ihre Forderungen zu organisieren und mobilisieren, haben sie sich dem Reichsausschuß Deutscher Jugendverbände angeschlossen, in dem alle Jugendorganisationen, von der Deutschnationalen Volkspartei bis zur Sozialistischen Arbeiterjugend, zusammengeschlossen sind, und wollen mit Hilfe dieser reaktionären Organisationen die Forderungen der Jugendklasse durchsetzen.

Die Gefahr eines neuen imperialistischen Krieges

Die Gefahr eines neuen imperialistischen Krieges wird immer größer. Mit allen Mitteln versuchen die imperialistischen Mächte, eine Kriegsfront gegen den ersten Arbeiterstaat die Sowjetunion, zu schaffen. Auch die Bürgerblockregierung bezieht den Krieg mit allen Mitteln vor. Die Ausgaben für Rüstungen sind seit dem Jahre 1924 kolossal gewachsen. Die Reichswehretat für 1928 zeigt eine Steigerung um 250 Millionen Mark gegenüber dem von 1924 vor. Dieser Anstieg auf die Tausende des arbeitenden Volkes für den deutschen Militarismus konnte nur mit Hilfe der Sozialdemokratie geschehen, die alles unternahm, um eine breite Kampagne gegen die deutschen Rüstungen zu führen.

Die Frage eines neuen Krieges ist von größter Bedeutung für die arbeitende Jugend. Sie muß sich zusammenschließen, um in einheitlicher Front gegen den Krieg und die Kriegsvorbereitungen zu kämpfen. Kampf gegen den imperialistischen Krieg heißt Kampf gegen den Bürgerblock und seine Helfer, die Sozialdemokraten.

Gibt am 20. Mai die Antwort.

Der KJVD und die Kommunistische Partei sind die einzigen Organisationen, die wirklich für die Interessen der arbeitenden Jugend eingetreten sind.

Die Kommunistische Partei ist die einzige Partei, die und

Die jungen Arbeiter in der Sowjet-Union



Genießen bei vier- und sechsständiger Arbeitszeit eine vorbildliche Ausbildung in Betriebschulen

ihren Spitzenkandidaten einen Vertreter der Jungarbeiterklasse hat. Sie und der KJVD stellen für die Jungarbeiter folgende Forderungen auf:

Herabsetzung des Wahlalters auf 18 Jahre.

Billige Vereinigungs- und Versammlungsfreiheit für die proletarische Jugend.

Schulstundentag für alle Jugendlichen unter 18 Jahren, Einbeziehung der Berufsschulzeit in die Arbeitszeit! Achtstundentag für Jugendliche über 18 Jahre.

Bezahlter Fernstudienurlaub im Jahre und Unterbringung der Jugendlichen in Ferienheimen.

Obligatorische, unentgeltliche Berufsausbildung für alle Jugendlichen bis zu 18 Jahren.

Aufbau der Berufsausbildung auf den praktischen Unterricht nach den Grundrissen der Arbeitsschule.

Abkündigung der individuellen Lehrverträge und Regelung der Berufsausbildung durch Kollektivverträge. — Zweijährige Lehrzeit.

Schulforderungen:

Gegen die Einführung des reaktionären Reichsschulgeseh, für die Einheitlichkeit und Weltlichkeit des gesamten Schulwesens.

Wahl von Klassenvertrauensleuten, Schülerräten und Anerkennung derselben durch die Schulbehörden. Mitbestimmungsrecht am Lehrplan und in allen Schultagen.

Die Kommunisten machen den Jungwählern keine Versprechungen, daß der kommende Reichstag diese Forderungen verwirklichen und ihre Lage verbessern wird. Sie sagen klar und deutlich: Nicht der Stimmzettel kann das Schicksal der Arbeiterklasse entscheiden. Die Arbeiterklasse und ihre Jugend kann ihre Ziele nur dann verwirklichen wenn sie die Herrschaft der Ausbeuter niederwirft wenn sie die Macht erobert, die Diktatur des Proletariats errichtet. Nur uns ist der Wahlkampf ein Gelegenheitskampf zur Mobilisierung der Massen und die Abgabe des Stimmzettels für die kommunistische Linie eine Bereitschaftserklärung zum Kampf.

Gibt dem Bürgerblock und den Koalitionsparteien, den Wegbereitern des neuen Krieges, die Antwort. Gebt ihnen die Antwort für die reaktionären Jugendgelehrte. Zahlt ihnen kein für euer Geld, an dem sie voll und ganz die Schuld tragen.

Wählt am 20. Mai Kommunisten!

Kämpft mit uns gegen den imperialistischen Krieg!

Für die Verteidigung der Sowjetunion!

Für die Forderungen der Jungarbeiterklasse! Gegen den Bürgerblock und gegen die reaktionären Gesetze!

FÜR PFINGSTEN!

Zum Pfingstfest
billige
Fahrräder

Nur erstkl. Fabrikate
Erwerblose mit Ausweis erhalten bis Pfingsten auf Fahr-
räder 10%, Kabell, Zubehör und Ersatzteile 15%, Kabell

EDEL & HALANK

Zittau, Albertstraße 14



Die gut sitzenden
ANZÜGE / MANTEL

kauft man billigst bei

KIRST & BARTSCH

Das Haus der guten Qualitäten moderner
Herren-, Kneben-, Sport- u. Berufskleidung

Zittau, Innere Weberstr. 31

FERNRUF 3002/3003

Siehe besichtigen Sie meine Hüte in meinen doppelt vergrößerten
Verkaufsräumen ohne Kautschwang!



Wesen-Auswahl:

Alle Hüte sind in verschiedenen Kombinationen gearbeitet.
Preis 3,50 bis 12,50 Mark
Schle Exoten 9,50 bis 16.- M. / Trauerhüte sehr billi-
gorentiner von 5,75 M. an / Kinderhüte von 1,80 M. an
In neuesten Modellen zum Umwerren. 14 Tage Lieferzeit, mit Wunsch 5 Tage!

Fabrikpreise

46 Die neue Hutfabrik Reichenberger Str. 46

Vornehm. Frauenhut
in gutem Florinengelecht, schwarz und
farbig 4 75
Jugendlicher Hut
aus exotischem Gelecht, mit mod.
Lockbandparnir 3 50
Kinderhüte
in Fantasiegelechten und Wasch-
stoffen 1 10
S. Kiewe & Co. Zittau
Weberstraße, Ecke Markt

Plazer elegante,
Florentinerartige
Hüte mit Blumen- und Hand-
blumen-Verzierungen 4 50
Gründler Kofel
bei
S. Kiewe & Co.
Weberstraße, Ecke Markt

Schweizer-Basar
Zittau

Seit Jahrzehnten
bekannt für gut
und preiswert!

Sie
treffen gut
wenn Sie
**Herren-, Damen-,
Kinderbekleidung**
auf Bar- und Teilzahlung
kaufen bei

„Frigo“

das große Teilzahlungsgeschäft
Zittau, Bräderstr. 11
neben der Handwerkerschule

Deutsches
Schuhwarenhaus
Zittau

Innere Weberstr. 22

Schuhwaren für alle

Kauft bei
Strumpf-
Wilfert
Zittau

Markt 15
Ihr werdet bestimmt
zufrieden sein!

Sporthemden
weiß-grün gestreift
Sportgürtel
Leder und Gummi
Sport-Strümpfe • Rucksäcke
Foerder, Zittau
Rathausplatz

KAUFT ALLE ALLES
im
Kaufhaus
L. Wolf Söhne

Tota-
Räumungs-
Ausverkauf
bis Pfingsten
wegen Geschäfts-
verlegung nach
Bräderstr. 1 (neb.
d. Rathauspl.) Mantel-,
Kleider-, Blusen-,
Wäsche-,
Schürzen-, Futter-
stoffe usw. usw.
Verblüffend
billig

Josef Stürzekamp,
Zittau, Kaiser-Wilhelm-Platz

CARLSAUPPE, ZITTAU

Bedeutendstes Spezial-Haus der Oberlausitz für Trikotagen, Wollwaren und Garne
Zittaus größtes Sortiment und reichste Farbauswahl in Strümpfen jeder Art